


Statistisches Monatsheft Thüringen

SEPTEMBER 2020

- 
- Zukünftige Entwicklung der Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung und der Schülerzahlen bis 2040
 - Gastbeitrag Bevölkerungsvorausberechnungen - Was sie leisten können - und was nicht

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt

Schriftleitung:

Dr. Holger Poppenhäger

Auskunft erteilt:

Präsidialbereich Grundsatzfragen, Presse
Daniel Mroß
Telefon 03 61 57 331-91 10
Telefax 03 61 57 331-96 97
E-Mail: Daniel.Mross@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Satz und Druck:

Thüringer Landesamt für Statistik

Titelfoto:

unsplash.com

Heft-Nr.: 163/20

Jahrgang: 27

Preis: 5,00 Euro

ISSN 0948-5449

Bestell-Nr.: 40 301

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Zeichenerklärung:

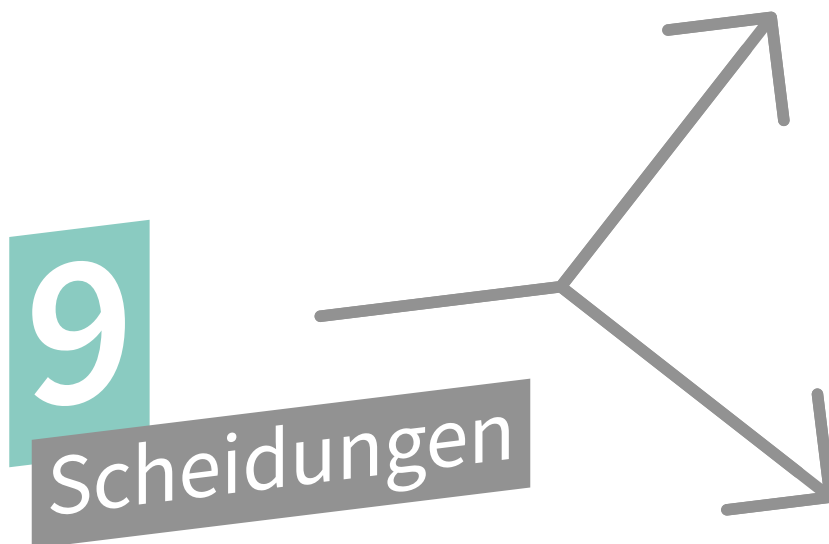
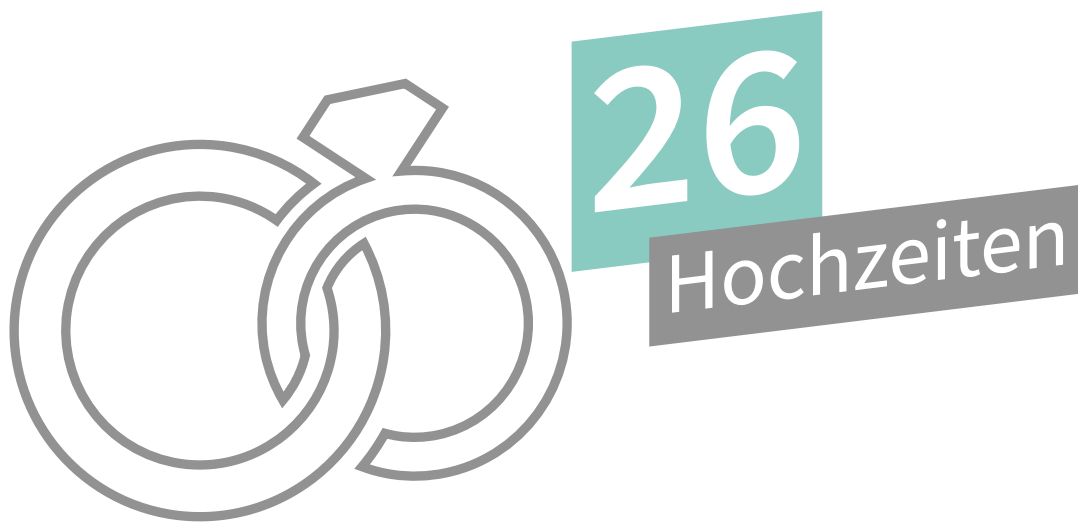
- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

SEPTEMBER 2020

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 3 | INHALT | 14 | IM FOKUS |
| 5 | AN EINEM TAG IN THÜRINGEN | 16 | THÜRINGEN AKTUELL |
| 6 | NEUES | 32 | AUFSATZ |
| 6 | Geboren am 3. Oktober 1990 –
30 Jahre seit der Wiedervereinigung | | Dr. Susanne Knabe: „Zukünftige Entwicklung der Zahl
der Kinder in Kindertagesbetreuung und der Schüler-
zahlen bis 2040“ |
| 6 | Schlachtungen und Fleischerzeugung
im 1. Halbjahr 2020 | 45 | DER DURCHSCHNITTSTHÜRINGER |
| 6 | Betriebsdichte der Thüringer Industrie im Jahr 2019 | 46 | GASTAUFSATZ |
| 7 | Beschäftigtendichte in der Thüringer Industrie
im Jahr 2019 | | Prof. Dr. Klaus Friedrich & Dr. Susanne Knabe:
„BEVÖLKERUNGSVORAUSBERECHNUNGEN
Was sie leisten können – und was nicht“ |
| 7 | Das Thüringer Bauhauptgewerbe im Ländervergleich
im 1. Halbjahr 2020 | 55 | TROCKENE ZAHL |
| 7 | Deutlicher Rückgang der Unfälle und verunglückten
Personen im Juni 2020 | 56 | WIESO WESHALB WARUM |
| 8 | Rückgang der Straßenverkehrsunfälle im 1. Halbjahr 2020
um knapp ein Fünftel gegenüber Vorjahreszeitraum | 59 | TROCKENE ZAHL |
| 8 | Mehr als 5500 Promovierende an Thüringer Hochschulen | 60 | GRAFIKEN |
| 9 | Rund 589000 vollstationär behandelte Patienten in
Thüringer Krankenhäusern im Jahr 2018 | 66 | TROCKENE ZAHL |
| 9 | Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt
zum Jahresende 2019 auf 7500 Personen gesunken | 67 | WIRTSCHAFTSINDIKATOREN |
| 9 | Rückgang des Wohngeldbezugs | 70 | ZAHLENSPIEGEL |
| 10 | Mehr als drei Viertel der unter 6-Jährigen Thüringer
Kinder in Kindertagesbetreuung | | |
| 11 | Im Jahr 2019 erhielten 36000 Personen in Thüringen
im Rahmen der Sozialhilfe eine besondere Leistung | | |
| 11 | Halbjahresbilanz 2020 der Finanzen der Thüringer
Kommunen – Deutlicher Zuwachs auf Grund des
Corona-Hilfspakets der Landesregierung | | |
| 12 | Reallohnindex 2019 in Thüringen um 2,2 Prozent
gestiegen | | |
| 12 | Inflationsrate sank in Thüringen im Juli auf 0,3 Prozent
– Niedrigster Wert seit Mai 2016 | | |
| 13 | Leichter Anstieg der Baulandverkäufe in Thüringen 2019 | | |

AN EINEM TAG IN THÜRINGEN BEVÖLKERUNG



Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2019.

Neues aus der Statistik

Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen der Corona-Krise finden Sie in den Themenbereichen. Darüber hinaus erscheint monatlich die Sonderveröffentlichung „Aktuelle Zahlen für Thüringen in Zeiten der Corona-Krise“ als Sammlung statistischer Daten mit möglichem Bezug zur Corona-Pandemie.

Geboren am 3. Oktober 1990 – 30 Jahre seit der Wiedervereinigung

In genau 30 Tagen feiern die „Einheitskinder“ ihren 30. Geburtstag. Dies haben wir zum Anlass genommen – in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt – eine 30-teilige Serie von kurzen Clips zu erstellen. Täglich erscheint ein statistisches Thema, das mit dem entsprechenden Lebensalter dieser Kinder verknüpft ist. Den Startpunkt markiert natürlich 1990, das Jahr der Geburt.

Schlachtungen und Fleischerzeugung im 1. Halbjahr 2020

Im 1. Halbjahr 2020 wurden in Thüringen 199833 als tauglich beurteilte Tiere geschlachtet. Differenziert nach Tierarten waren das 43818 Rinder, 152524 Schweine, 3097 Schafe, 379 Ziegen und 15 Pferde. Insgesamt wurden in der ersten Jahreshälfte 264434 Tiere bzw. 57,0 Prozent weniger geschlachtet als im 1. Halbjahr 2019.

Die Zahl der geschlachteten Schweine sank gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum 2019 aufgrund reduzierter Schlachtkapazitäten um mehr als die Hälfte. Der Rückgang belief sich auf 264627 Tiere bzw. 63,4 Prozent. Die Anzahl der geschlachteten Rinder stieg leicht um insgesamt 189 Tiere (+0,4 Prozent) an. Bei den Schafschlachtungen war ein Rückgang um 97 Tiere bzw. 3,0 Prozent zu verzeichnen. Der Anteil der Schlachtungen von Lämmern betrug dabei 59,1 Prozent. Die Zahl der geschlachteten Ziegen stieg im 1. Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 100 Tiere (+35,8 Prozent), die Pferdeschlachtungen blieben nahezu konstant (+1 Tier bzw. +7,1 Prozent).

Aus den geschlachteten Tieren wurden im 1. Halbjahr dieses Jahres 28628 Tonnen Fleisch erzeugt. Diese Schlachtmenge lag aufgrund der stark reduzierten Schweineschlachtungen um 24684 Tonnen bzw. 46,3 Prozent unter dem Vorjahreswert von 2019.

Auf die einzelnen Fleischarten entfielen im 1. Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr 3870 Tonnen Rindfleisch (+476 Tonnen bzw. +3,6 Prozent), darunter 58 Tonnen Kalbfleisch (+5 Tonnen bzw. +8,7 Prozent), 14677 Tonnen Schweinefleisch (-25161 Tonnen bzw. -63,2 Prozent), 71 Tonnen Schafffleisch (-1 Tonne bzw. -1,2 Prozent), 7 Tonnen Ziegenfleisch (+2 Tonnen bzw. +35,8 Prozent) und 4 Tonnen Pferdefleisch (entspricht der Fleischerzeugung des 1. Halbjahres 2019).

Bitte beachten:

Die Berechnung der Entwicklung der Schlachtmenge erfolgt auf der Maßeinheit Kilogramm.

Betriebsdichte der Thüringer Industrie im Jahr 2019

Die Betriebsdichte lag im Jahr 2019 bei den Thüringer Industriebetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) bei 81,4 Betrieben je 100000 Einwohner. Das waren 1,2 Betriebe je 100000 Einwohner weniger als ein Jahr zuvor.

Von den 1736 Betrieben befanden sich 146 im Kreis Schmalkalden-Meiningen, 139 im Wartburgkreis und 120 im Ilm-Kreis. Die niedrigste Anzahl von Industriebetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten gab es in Thüringen in den kreisfreien Städten Weimar mit 21 Betrieben, sowie Eisenach mit 23 Betrieben und Suhl mit 25 Betrieben.

Zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens gab es eine starke Differenzierung. Die höchste Betriebsdichte 2019 wurde, wie schon in den Jahren zuvor, für den Landkreis Sonneberg mit 144 Betrieben je 100000 Einwohner ermittelt. Ihm folgten die Landkreise Schmalkalden-Meiningen und der Wartburgkreis mit jeweils 117 Betrieben, der Ilm-Kreis mit 113 Betrieben sowie der Saale-Orla-Kreis mit 111 Betrieben je 100000 Einwohner.

Die höchste Betriebsdichte innerhalb der kreisfreien Städte wurde für die Stadt Suhl mit rund 68 Betrieben je 100000 Einwohner verzeichnet. Die niedrigste

Betriebsdichte der kreisfreien Städte hatte die Stadt Weimar mit 32 Betrieben und bei den Landkreisen der Kyffhäuserkreis mit 65 Betrieben je 100 000 Einwohner.

Im Vergleich der Bundesländer hat Thüringen die höchste Betriebsdichte. Der Durchschnittswert für Deutschland liegt bei 57 Betrieben je 100 000 Einwohner. Nach Thüringen folgt Sachsen mit 78 und Baden-Württemberg mit 77 Betrieben je 100 000 Einwohner. Berlin hat mit 21 Betrieben je 100 000 Einwohner die geringste Betriebsdichte.

Beschäftigtendichte in der Thüringer Industrie im Jahr 2019

Die Beschäftigtendichte lag im Jahr 2019 in den Thüringer Industriebetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) bei rund 83 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen Rückgang um 0,4 Beschäftigte je 1 000 Einwohner.

Im Ländervergleich liegt Thüringen über dem Durchschnittswert Deutschland von insgesamt 77 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Deutschlandweiter Spitzenreiter ist Baden-Württemberg mit 120 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Schlusslicht ist Berlin mit 24 Beschäftigten je 1 000 Einwohner.

Die Beschäftigtendichte in den Kreisen des Freistaates hat eine große Spannweite. Sie schwankte von durchschnittlich 26 Beschäftigten in der kreisfreien Stadt Weimar bis 143 Beschäftigten je 1 000 Einwohner im Landkreis Sonneberg. Im Vergleich zu 2018 veränderte sich die Beschäftigtendichte in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen vergleichsweise wenig. In den kreisfreien Städten Eisenach (-9,5) und Suhl (-8,7) sowie im Landkreis Sonneberg (-6,3) sank die Anzahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner von 2018 zu 2019 jedoch deutlich. Den höchsten Anstieg hatte der Ilm-Kreis mit +6,3 Beschäftigten je 1 000 Einwohner, gefolgt von der kreisfreien Stadt Jena mit einem Zuwachs von 2,4 Beschäftigten je 1 000 Einwohner und dem Wartburgkreis mit einem Plus von 2,1 Beschäftigten je 1 000 Einwohner.

Dem Spitzenreiter 2019 – dem Landkreis Sonneberg mit 143 Beschäftigten je 1 000 Einwohner – folgten die kreisfreie Stadt Eisenach mit 137 Beschäftigten, der Saale-Orla-Kreis mit 131 Beschäftigten, der Wartburgkreis mit 124 Beschäftigten, der Ilm-Kreis mit 110 Beschäftigten und der Landkreis Sömmerda mit einer Beschäftigtendichte von 108 Beschäftigten je 1 000 Einwohner.

Das Thüringer Bauhauptgewerbe im Ländervergleich im 1. Halbjahr 2020

Das Thüringer Bauhauptgewerbe verzeichnete von Januar bis Juni 2020 einen deutlichen Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum von insgesamt 2,1 Prozent. Nach dem 1. Halbjahr lagen die Betriebe des Thüringer Bauhauptgewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten damit um 4,1 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und 6,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Bis Ende Juni 2020 sank die Anzahl der Arbeitsplätze im Thüringer Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1,0 Prozent. In den neuen Bundesländern lag die durchschnittliche Zahl der tätigen Personen 1,6 Prozent über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Deutschlandweit stieg die Anzahl der Baubeschäftigten um 3,9 Prozent an.

Während sich die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden deutschlandweit um 5,7 Prozent steigerte, wurden in Thüringen 0,9 Prozent und in den neuen Bundesländern 3,3 Prozent mehr Stunden gearbeitet.

Die Umsatzproduktivität stieg in Thüringen von Januar bis Juni 2020 gegenüber dem 1. Halbjahr 2019 um 3,2 Prozent. Mit 70 538 Euro Umsatz je baugewerblich Beschäftigten lag sie unter dem Bundesdurchschnitt (85 146 Euro Umsatz je Beschäftigten; +4,1 Prozent). In den neuen Bundesländern gab es einen Anstieg um 4,5 Prozent (80 778 Euro Umsatz je Beschäftigten).

Die in den ersten 6 Monaten 2020 gezahlten Entgelte lagen im Thüringer Bauhauptgewerbe um 3,4 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. In den neuen Bundesländern und deutschlandweit stiegen die Entgelte um 5,1 Prozent an.

Deutlicher Rückgang der Unfälle und verunglückten Personen im Juni 2020

Nach vorläufigen Ergebnissen meldete die Thüringer Polizei im Juni 2020 insgesamt 3 944 Unfälle. Zum Vorjahresmonat war das ein Rückgang um 18,4 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat Mai war das ein leichter Anstieg um 3,7 Prozent.

Bei den 470 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 572 Personen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sank damit nicht nur die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 131 Unfälle bzw. 21,8 Prozent, sondern auch die Zahl der verunglückten Personen um 231 Personen bzw. 28,8 Prozent.

Im Monat Juni verloren 7 Personen bei Unfällen auf Straßen in Thüringen ihr Leben. Das waren 2 Personen mehr als im Juni 2019. Die Zahl der schwerverletzten Personen sank zum Vorjahresmonat um 40 Personen bzw. 21,5 Prozent auf 146 Personen. Bei den Leichtverletzten war ein noch größerer Rückgang um 193 Personen bzw. 31,5 Prozent auf 419 Personen zu verzeichnen.

Betrachtet man den gesamten Zeitraum von Januar bis Juni 2020, stellt man sowohl bei der Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (-16,9 Prozent) als auch bei den dabei Verunglückten (-20,4 Prozent) einen Rückgang der Straßenverkehrsunfälle im 1. Halbjahr 2020 um knapp ein Fünftel zum entsprechenden Vorjahreszeitraum fest.

Rückgang der Straßenverkehrsunfälle im 1. Halbjahr 2020 um knapp ein Fünftel gegenüber Vorjahreszeitraum

Im 1. Halbjahr 2020 meldete die Thüringer Polizei insgesamt 22 150 Straßenverkehrsunfälle. Das war ein Rückgang um 19,6 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Bei den 2 302 Unfällen mit Personenschaden im 1. Halbjahr 2020 verunglückten 2 939 Personen. Gegenüber dem gesamten Zeitraum Januar bis Juni 2019 sank damit nicht nur die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 469 Unfälle bzw. 16,9 Prozent, sondern auch die Zahl der verunglückten Personen um 753 Personen bzw. 20,4 Prozent.

Bei Straßenverkehrsunfällen in Thüringen kamen 37 Personen ums Leben. Das waren 13 Personen bzw. 26,0 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Je 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner starben im 1. Halbjahr 2020 in Thüringen durchschnittlich 17 Personen im Straßenverkehr¹⁾. Die Zahl der schwerverletzten Personen sank um 9,3 Prozent auf 680 Personen. Ein noch größerer Rückgang um 23,2 Prozent auf 2 222 Personen war bei der Zahl der Leichtverletzten feststellbar.

Die Anzahl der Unfälle mit nur Sachschaden belief sich im Zeitraum Januar bis Juni 2020 auf 19 848 Unfälle, was einem Rückgang um 4 924 Unfälle bzw. 19,9 Prozent zum Vorjahreszeitraum entsprach.

Mehr als 5 500 Promovierende an Thüringer Hochschulen

Zum Jahresende 2019 hatten sich 5 559 Doktorandinnen oder Doktoranden an den 5 Hochschulen Thüringens, die über Promotionsrecht verfügen, erstmals bzw. neu als Promovierende registriert oder setzten ihre Promotion aktiv fort. Das war im Vergleich zum 01.12.2018 ein Anstieg um 179 Promovierende bzw. 3,3 Prozent. Knapp die Hälfte waren Frauen (45,0 Prozent bzw. 2 503 Personen).

Rund zwei Drittel der Promovierenden (64,6 Prozent bzw. 3 589 Personen) strebten an, ihren Dokortitel an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu erwerben. Weitere 14,8 Prozent waren Doktorandinnen oder Doktoranden an der Technischen Universität Ilmenau (822 Personen), 10,9 Prozent an der Bauhaus-Universität Weimar (604 Personen) und 8,9 Prozent promovierten an der Universität Erfurt (492 Personen). An der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar wurden 52 Promovierende gezählt (0,9 Prozent).

Die meisten Promovierenden planten ihren Doktorgrad in der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaft“ (1 526 Personen) zu erwerben, darunter 475 Personen im Promotionsfach „Biologie“ und 375 im Fach „Chemie“. 1 290 Personen dissertierten in der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ und 972 im Bereich „Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften“, darunter 864 im Fach „Medizin (Allgemeinmedizin)“. Darauf folgten mit 827 Promovierenden die „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ sowie die „Geisteswissenschaften“ mit 756 Promovierenden.

Von den 5 559 Promovierenden waren 56,7 Prozent nicht an der Hochschule immatrikuliert, an der sie die Doktorarbeit schreiben.

Etwa jeder vierte Promovierende stammte aus dem Ausland (26,8 Prozent bzw. 1 488 Personen), darunter waren 42,4 Prozent Frauen (631 Personen). Auch bei den Promovierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit war die beliebteste Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaft“ mit 579 Doktoranden.

1) Berechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2019 auf Basis des Zensus 2011

Rund 589 000 vollstationär behandelte Patienten in Thüringer Krankenhäusern im Jahr 2018

Im Jahr 2018 wurden in den 43 Thüringer Krankenhäusern 588 871 Patienten vollstationär behandelt. Das waren 4 947 Fälle bzw. 0,8 Prozent weniger als im Jahr 2017. Von den 588 871 Krankenhausfällen wurden 9 830 Patienten am Aufnahmetag wieder aus dem Krankenhaus entlassen bzw. in ein anderes Krankenhaus verlegt (sogenannte Stundenfälle).

Der häufigste Grund für einen Krankenhausaufenthalt war eine Erkrankung des Kreislaufsystems. Etwa jeder sechste Patient (89 676 Fälle bzw. 15,2 Prozent) wurde mit dieser Diagnose vollstationär behandelt. Im Vergleich zum Jahr 2017 sank die Zahl der Behandlungen bei diesem Krankheitsbild um 2 804 Fälle bzw. 3,0 Prozent. Mit der Hauptdiagnose Neubildungen erhielten 64 506 Patienten bzw. 11,0 Prozent eine vollstationäre Behandlung. Das sind 2,3 Prozent bzw. 1 476 Fälle mehr als im Jahr 2017. Darunter wurden 53 027 Krankenhausfälle bzw. 82,2 Prozent wegen bösartiger Neubildungen verzeichnet; 10 91 Fälle bzw. 2,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der höchste prozentuale Rückgang der Behandlungsfälle im Jahr 2018 im Vergleich zum Jahr 2017 konnte bei bestimmten Zuständen, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben mit 10,4 Prozent bzw. 500 Fällen verzeichnet werden.

Von den 588 871 Thüringer Krankenhausfällen insgesamt hatten 538 783 Patienten bzw. 91,5 Prozent ihren Wohnsitz in Thüringen, 48 962 Patienten wohnen in einem anderen Bundesland und in 1 126 Fällen hatten die Patienten ihren Wohnsitz im Ausland oder dieser war unbekannt.

Mehr als die Hälfte der vollstationär entlassenen Patienten (336 177 Fälle bzw. 57,1 Prozent) war 60 Jahre und älter. Allein 12,8 Prozent (75 582 Fälle) der Patienten waren im Alter von 75 bis unter 80 Jahren. Kinder im Alter bis zu 5 Jahren wurden in 33 810 Fällen (5,7 Prozent) vollstationär im Krankenhaus behandelt.

Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 2019 auf 7 500 Personen gesunken

Am 31.12.2019 erhielten in Thüringen 7 490 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß Kapitel 3 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), davon 2 806 außerhalb von und 4 684 Personen in Einrichtungen. Das war gegenüber dem Vorjahresstichtag ein Rückgang um 581 Leistungsempfänger bzw. 7,2 Prozent.

918 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren bzw. 12,3 Prozent bezogen Ende 2019 Hilfe zum Lebensunterhalt. Weitere 469 Personen bzw. 6,3 Prozent befanden sich im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. Zwei Drittel der Hilfebedürftigen (4 983 Personen bzw. 66,5 Prozent) waren im Alter von 25 bis unter 65 Jahren und 1 120 Personen (15,0 Prozent) 65 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter betrug 45,1 Jahre.

Die 7 490 Leistungsempfänger lebten in 7 349 Personengemeinschaften, darunter 36,3 Prozent (2 665 Personengemeinschaften) außerhalb von Einrichtungen. Der durchschnittliche Bruttobedarf für Personengemeinschaften außerhalb von Einrichtungen lag im Jahr 2019 bei monatlich 732 Euro (2018: 723 Euro). Nach Abzug aller Einkommen betrug der durchschnittliche monatliche Nettobedarf 421 Euro (2018: 396 Euro).

Für Hilfe zum Lebensunterhalt wurden im Jahr 2019 von den öffentlichen Haushalten insgesamt 32 Millionen Euro als Bruttoausgaben aufgewendet. Das waren 0,6 Millionen Euro bzw. 1,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Nach Abzug der Einnahmen für Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 4,1 Millionen Euro (2018: 4,2 Millionen Euro) verausgabten die Träger dieser Sozialhilfeart 27,9 Millionen Euro netto und damit 0,7 Millionen Euro bzw. 2,6 Prozent mehr als 2018.

Rückgang des Wohngeldbezugs

Am 31.12.2019 bezogen 17 878 Thüringer Haushalte Wohngeld. Das waren 2 366 Haushalte bzw. 11,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Somit bezogen 1,6 Prozent aller Thüringer Privathaushalte am Jahresende 2019 Wohngeld. 2018 lag der Anteil bei 1,8 Prozent.

Rund zwei Drittel der Wohngeldhaushalte (65,7 Prozent) waren 1-Personen-Haushalte, 13,6 Prozent 2-Personen-Haushalte und 7,2 Prozent 3-Personen-Haushalte. Bei weiteren 6,7 Prozent handelte es sich um Haushalte mit 4 Personen und bei 6,8 Prozent um Haushalte mit 5 und mehr Personen.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch betrug 115 Euro (Ende 2018: 116 Euro), jener der reinen Wohngeldhaushalte 114 Euro (Ende 2018: 115 Euro) und der von wohngeldrechtlichen Teilhaushalten²⁾ 142 Euro (Ende 2018: 142 Euro).

Ende 2019 waren 17003 bzw. 95,1 Prozent aller Wohngeldhaushalte reine Wohngeldhaushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder einen Anspruch auf Wohngeld hatten. Gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt sank diese Zahl um 2185 Haushalte. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) wurden 90,3 Prozent der reinen Wohngeldhaushalte (15357 Haushalte) als Mietzuschuss gewährt. Als Wohnungs- bzw. Hauseigentümer bezogen 1646 reine Wohngeldhaushalte einen Lastenzuschuss.

59,8 Prozent der Haupteinkommensbezieher in reinen Wohngeldhaushalten (10161 Haushalte) waren Rentner und Pensionäre. Der Anteil der erwerbstätigen Haupteinkommensbezieher lag bei 26,3 Prozent (4474 Haushalte), jener der Arbeitslosen bei 4,1 Prozent (702 Haushalte).

Fast jeder zwanzigste Wohngeldhaushalt (875 Haushalte bzw. 4,9 Prozent) war ein wohngeldrechtlicher Teilhaushalt in so genannten Mischhaushalten, in denen Personen mit und ohne Wohngeldanspruch wohnten. Von diesen Haushalten erhielten 844 bzw. 96,5 Prozent Leistungen als Mietzuschuss und 31 bzw. 3,5 Prozent als Lastenzuschuss.

Mehr als drei Viertel der unter 6-Jährigen Thüringer Kinder in Kindertagesbetreuung

Am 01.03.2020 besuchten 95458 Kinder in Thüringen im Alter von unter 14 Jahren eine der 1330 Kindertageseinrichtungen oder wurden von den 280 Tagesmüttern und -vätern betreut. Das waren 304 Kinder bzw. 0,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Davon besuchten 94443 Kinder eine Kindertageseinrichtung (216 Kinder bzw. 0,2 Prozent weniger im Vergleich zum Vorjahr) und 1031 Kinder waren in öffentlich geförderter Kindertagespflege (96 Kinder bzw. 8,5 Prozent weniger im Vergleich zum Vorjahr).

Die Betreuungsquote³⁾ der unter 6-Jährigen am 01.03.2020 betrug in Thüringen 76,1 Prozent und lag damit 0,5 Prozentpunkte über der des Vorjahres. In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen wurde eine Betreuungsquote von 95,7 Prozent ver-

zeichnet, bei den unter 3-Jährigen von 54,8 Prozent. Im regionalen Vergleich wies der Landkreis Greiz (80,2 Prozent) die höchste Betreuungsquote der Kinder im Alter von unter 6 Jahren auf, während die niedrigste mit 69,2 Prozent in der Stadt Eisenach ermittelt wurde.

Von den in Thüringen betreuten Kindern waren 30,2 Prozent (28791 Kinder) unter 3 Jahre alt. Bei den Kindern im Alter von unter 3 Jahren entsprach das einem Rückgang von 954 Kindern bzw. 3,2 Prozent im Vergleich zum 01.03.2019. Rund 57,1 Prozent befanden sich im Alter von 3 bis unter 6 Jahren (54475 Kinder). Dies waren 334 Kinder bzw. 0,6 Prozent mehr als zum Vorjahreszeitpunkt. Weiterhin waren 12,8 Prozent (12192 Kinder) im Alter von 6 bis unter 14 Jahren und damit 316 Kinder bzw. 2,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (01.03.2019: 11876 Kinder).

Am 01.03.2020 waren 18230 Personen in den Thüringer Kindertageseinrichtungen tätig und damit 1,4 Prozent mehr als am 01.03.2019. Der Großteil, 15702 Personen bzw. 86,1 Prozent, war im pädagogischen, Leitungs- und Verwaltungsbereich beschäftigt. Zum Vorjahresstichtag ist dies ein Zuwachs um 214 Personen (+1,4 Prozent). Auch die Zahl der in diesem Bereich tätigen Männer nahm erneut zu und hat sich gegenüber dem 01.03.2019 mehr als vervierfacht (von 207 auf 898 Personen). Rund jeder achtzehnte Beschäftigte ist männlichen Geschlechts. Auf Basis der vertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit wurden im pädagogischen, Leitungs- und Verwaltungsbereich rechnerisch 14235 Vollzeitstellen⁴⁾ ermittelt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt stieg diese Zahl um 1,5 Prozent.

36,3 Prozent des pädagogischen, Leitungs- und Verwaltungspersonals war jünger als 35 Jahre (5699 Personen), 40,4 Prozent war im Alter von 35 bis unter 55 Jahren (6338 Personen) und 23,3 Prozent 55 Jahre oder älter (3665 Personen). Der höchste Anstieg zum Vorjahreszeitpunkt ist mit 9,2 Prozent in der Altersgruppe 35 bis unter 45 Jahre zu verzeichnen.

Bitte beachten:

Am 01.03.2020 besuchten von den 1031 Kindern in öffentlich geförderter Kindertagespflege 16 Kinder zusätzlich eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagschule. Um Doppelzählungen zu vermeiden, blieben sie bei der Betrachtung der insgesamt betreuten Kinder unberücksichtigt.

2) Bei wohngeldrechtlichen Teilhaushalten handelt es sich entweder um Haushalte, in denen der Antragsteller Empfänger von Transferleistungen und somit nicht selbst wohngeldberechtigt ist, aber mindestens einer der übrigen Mitbewohner, oder um Haushalte, in denen der Antragsteller selbst wohngeldberechtigt ist, in dessen Gesamthaushalt aber auch Transferleistungsempfänger leben.

3) Betreuungsquote: Anzahl der betreuten Kinder je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe.

4) Für eine Vollzeitstelle wurden 39 Wochenstunden angesetzt.

Im Jahr 2019 erhielten 36000 Personen in Thüringen im Rahmen der Sozialhilfe eine besondere Leistung

Im Laufe des Jahres 2019 erhielten in Thüringen 35 719 Personen Leistungen gemäß den Kapiteln 5 bis 9 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Das waren 82 Personen bzw. 0,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Rund jeder fünfte Empfänger dieser Leistungen (7 677 Personen bzw. 21,5 Prozent) war mindestens 65 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Leistungsempfänger betrug 42,4 Jahre. Knapp 70 Prozent der Hilfen (69,6 Prozent bzw. 24 861 Personen) erhielten Empfänger in Einrichtungen.

Für drei Viertel (75,8 Prozent bzw. 27 071 Personen) der Empfänger wurde im Laufe des Jahres 2019 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gewährt. Die Eingliederungshilfe hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung abzuwenden, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen beziehungsweise zu mildern und Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzugliedern. Das Durchschnittsalter dieser Leistungsempfänger betrug 32,8 Jahre. Männer (16 377 Personen) waren häufiger betroffen als Frauen (10 694 Personen). Für 5 662 Personen wurde die Eingliederungshilfe im Jahr 2019 nach durchschnittlich 4,6 Jahren beendet, während für 21 409 behinderte Menschen die Hilfe weiter andauerte. Sie erhielten die Eingliederungshilfe bereits seit durchschnittlich 9,2 Jahren.

7 746 Personen erhielten im Laufe des Jahres 2019 Hilfe zur Pflege. Das Durchschnittsalter der Personen betrug 74,3 Jahre. Hier waren Frauen (4 379 Empfänger) häufiger betroffen als Männer (3 367 Empfänger). Weiterhin erhielten 1 462 Personen Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen sowie 230 Personen Hilfen zur Gesundheit.

Die öffentlichen Haushalte haben im Jahr 2019 für diese Hilfearten 552,3 Millionen Euro als Bruttoausgaben aufgewendet. Das waren 30,6 Millionen Euro bzw. 5,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Nach Abzug der Einnahmen für die besonderen Leistungen verausgabten die örtlichen Träger der Sozialhilfe 490,2 Millionen Euro netto. Das waren 29,5 Millionen Euro bzw. 6,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Halbjahresbilanz 2020 der Finanzen der Thüringer Kommunen – Deutlicher Zuwachs auf Grund des Corona-Hilfspakets der Landesregierung

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten im 1. Halbjahr 2020 Ausgaben in Höhe von 2,78 Milliarden Euro. Das waren 120,4 Millionen Euro bzw. 4,5 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Hauptgründe für diese Entwicklung waren unter anderem die gestiegenen Ausgaben für Sachinvestitionen, Personal sowie für den laufenden Sachaufwand.

Ein großer Ausgabenblock sind die Ausgaben für Sachinvestitionen. Hier war der höchste Anstieg zu verzeichnen. Die Ausgaben lagen bei insgesamt 336,5 Millionen Euro und damit um 63,8 Millionen Euro bzw. 23,4 Prozent höher als in den ersten 6 Monaten des Jahres 2019. Davon wurden für Baumaßnahmen 270,5 Millionen Euro (+52,8 Millionen Euro bzw. +24,3 Prozent) und für den Erwerb von Sachvermögen 66,0 Millionen Euro (+11,0 Millionen Euro bzw. +19,9 Prozent) mehr ausgegeben.

Die Personalausgaben sind gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 34,0 Millionen Euro bzw. 4,6 Prozent gestiegen und beliefen sich auf insgesamt 776,7 Millionen Euro, was unter anderem auf tarifliche Anpassungen zurückzuführen ist.

Für den laufenden Sachaufwand wurden insgesamt 492,9 Millionen Euro ausgegeben und damit 11,0 Millionen Euro bzw. 2,3 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus höheren Ausgaben für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, aus höheren Mieten und Pachten und aus höheren Ausgaben für weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben.

Die Ausgaben für soziale Leistungen sind gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 7,3 Millionen Euro auf insgesamt 690,4 Millionen Euro gesunken.

Im 1. Halbjahr 2020 konnten die Kommunen 3,14 Milliarden Euro als Einnahmen verbuchen. Das waren 488,3 Millionen Euro bzw. 18,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Den größten Anteil der Einnahmen bildeten die laufenden und investiven Finanzaufweisungen vom Land mit einem Volumen von 1,97 Milliarden Euro. Das entsprach einem Anteil von 62,6 Prozent an den Gesamteinnahmen. Die allgemeinen Zuweisungen vom Land betragen 1,70 Milliarden Euro (+466,8 Millionen Euro

bzw. +37,9 Prozent), darunter Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1,02 Milliarden Euro (+389,1 Millionen Euro bzw. +62,1 Prozent). Die Zuweisungen für Investitionen des Landes betragen 268,3 Millionen Euro (+89,3 Millionen Euro bzw. +49,8 Prozent). Die Anstiege bei den allgemeinen und investiven Zuweisungen des Landes sind vorrangig auf die Umsetzung des neuen Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) zurückzuführen.

Bei den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ist ein Rückgang festzustellen. Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen beliefen sich insgesamt auf 702,9 Millionen Euro und waren um 51,5 Millionen Euro bzw. 6,8 Prozent niedriger als in den ersten 6 Monaten des Vorjahres.

Dieser Rückgang beruht zum größten Teil auf geringeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer (netto). Es wurden insgesamt 330,5 Millionen Euro eingenommen, 69,1 Millionen Euro weniger als im Vorjahreszeitraum.

Reallohnindex 2019 in Thüringen um 2,2 Prozent gestiegen

Der Reallohnindex 2019 lag 2,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Nach endgültigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung stieg der Nominallohnindex gegenüber dem Jahr 2018 um 3,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist ein Anstieg der Verbraucherpreise von 1,4 Prozent zu beobachten.

Im Dienstleistungsbereich (+3,7 Prozent) ist die Verdienstentwicklung höher, als im Produzierenden Gewerbe (+3,5 Prozent). Während der Nominallohnindex im Baugewerbe (+5,2 Prozent), im Wirtschaftsbereich Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+5,2 Prozent) sowie im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen (+5,1 Prozent) deutlich anstieg, waren in den Bereichen Energieversorgung (+0,4 Prozent) und Kunst, Unterhaltung und Erholung (+0,9 Prozent) nur geringe Steigerungen zu erkennen.

Eine unterschiedliche Entwicklung ergab auch die Betrachtung des Nominallohnindex nach Art der ausgeübten Tätigkeit. Den größten Anstieg erreichten Fachkräfte (+4,0 Prozent) und herausgehobene Fachkräfte (+3,9 Prozent), während Arbeitnehmer in leitender Stellung (+2,2 Prozent) einen niedrigeren Verdienstanstieg erzielten.

Im bundesweiten Vergleich konnte in Thüringen (+3,7 Prozent) eine positive Entwicklung der Nominallöhne beobachtet werden. Der durchschnittliche Anstieg aller Bundesländer beträgt 2,6 Prozent. Berlin und Brandenburg verzeichneten mit jeweils +3,9 Prozent bundesweit die höchsten Anstiege.

Bitte beachten:

Der Nominallohnindex spiegelt die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste einschließlich der Sonderzahlungen der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich wider. Aus dem Nominallohnindex sowie dem Verbraucherpreisindex wird zusätzlich eine reale Variante, der Reallohnindex, berechnet. Hierbei wird die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt. Der Reallohnindex gibt somit Hinweise zur Entwicklung der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Inflationsrate sank in Thüringen im Juli auf 0,3 Prozent – Niedrigster Wert seit Mai 2016

Die Verbraucherpreise fielen gegenüber dem Vormonat Juni um 0,4 Prozent auf einen Indexstand von 106,8 Prozent (Basis 2015=100). Die Jahresteuerrate verlor enorm an Dynamik und ging von 1,1 Prozent im Juni auf 0,3 Prozent im Juli zurück.

Starke Preisnachlässe im Einzelhandel sowie die im Jahresvergleich weiterhin rückläufigen Preise der Mineralölprodukte (-16,2 Prozent) verursachten die niedrige Inflationsrate. Heizöl wurde im Juli 2020 um 24,3 Prozent günstiger angeboten und die Kraftstoffe um 13,0 Prozent. Betrachtet man den Gesamtindex ohne die Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe würde die Inflationsrate 1,0 Prozent betragen.

Durch hohe Rabatte des Einzelhandels sowie die Mehrwertsteuersenkung ab 1. Juli sanken die Preise z. B. für Schuhe um 3,8 Prozent, für Glaswaren, Tafelgeschirr u. a. Gebrauchsgüter um 2,6 Prozent, für Gartengeräte bzw. Handwerkzeuge um 2,4 Prozent sowie für motorbetriebene Großwerkzeuge für Haus und Garten um 2,0 Prozent unter das Vorjahresniveau. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich trotz Mehrwertsteuersenkung im Jahresvergleich um 1,4 Prozent.

Den größten Anstieg verzeichneten Obst (+7,8 Prozent), Fleisch und Fleischwaren (+5,6 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+2,2 Prozent). Günstiger als im Vorjahr wurden Gemüse (-4,7 Prozent), Speisefette und Speiseöle (-2,2 Prozent) sowie Kaffee, Tee und Kakao (-1,7 Prozent) angeboten. Die Preise für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,7 Prozent) stiegen weiter kontinuierlich an. Insbesondere die Preise der Tabakwaren verteuerten sich binnen Jahresfrist um 6,6 Prozent.

Im Vergleich zum Vormonat sanken die Verbraucherpreise um durchschnittlich 0,4 Prozent. Die stärksten Preisrückgänge binnen Monatsfrist wurden für Bekleidung und Schuhe (-4,5 Prozent), für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (-2,5 Prozent) für Post und Telekommunikationsdienstleistungen (-2,3 Prozent) sowie für Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör (1,6 Prozent) beobachtet.

Leichter Anstieg der Baulandverkäufe in Thüringen 2019

Im Jahr 2019 wechselten im Freistaat Thüringen 2908 unbebaute Grundstücke den Eigentümer. Das waren 99 Verkaufsfälle mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt wurde ein Flächenumfang von rund 3,9 Millionen Quadratmetern (m²) veräußert. Die dafür entrichtete Kaufsumme belief sich auf etwa 144 Millionen Euro. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 36,88 Euro pro Quadratmeter.

Die überwiegende Zahl der Kauffälle (91,4 Prozent) betraf baureifes Land mit einem durchschnittlichen Kaufwert von 49,67 Euro pro Quadratmeter.

Unter den kreisfreien Städten war baureifes Land in der Stadt Jena mit durchschnittlich 221,67 Euro pro m² am teuersten, gefolgt von Eisenach mit 170,51 Euro pro m² sowie Erfurt mit 142,57 Euro pro m². In der kreisfreien Stadt Suhl wurden die niedrigsten durchschnittlichen Kaufwerte mit 48,24 Euro pro m² ermittelt. Von den Landkreisen hatte der Saale-Holzland-Kreis mit 57,68 Euro pro m² den höchsten und das Altenburger Land mit 20,99 Euro pro m² den niedrigsten durchschnittlichen Kaufwert zu verzeichnen.

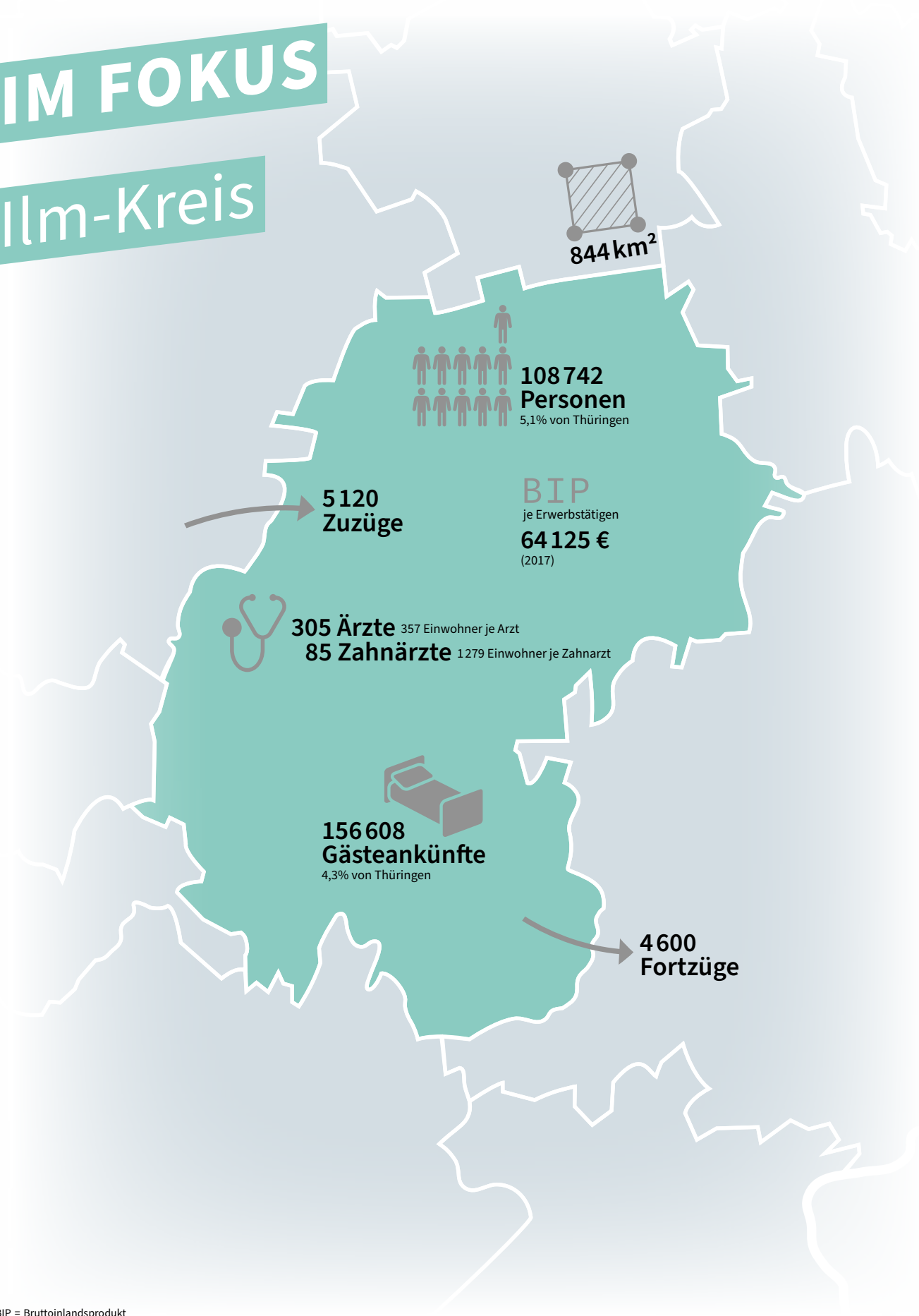
In 112 Fällen wechselte Rohbauland den Besitzer mit einem durchschnittlichen Kaufwert von 14,83 Euro pro Quadratmeter. 138 Grundstücke aus dem Bereich sonstiges Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen) wurden zu einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 14,20 Euro verkauft.

Bitte beachten:

Das „Gesetz über die Preisstatistik“ sieht die Erfassung von Preisen für Grundstücke, die nach Arten und Merkmalen zu bezeichnen sind, vor. Auf dieser Grundlage werden im Rahmen der amtlichen Statistik Kaufwerte für Bauland erfasst. Die Daten stammen aus den Meldungen der Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse. Die Gutachterausschüsse erhalten die Veräußerungsanzeigen von den Notaren. Die Angaben beziehen sich auf verkaufte Grundstücke, deren Größe 100 Quadratmeter und mehr beträgt.

IM FOKUS

Ilm-Kreis




BIP = Bruttoinlandsprodukt
Die Zahlen beziehen sich, wenn nicht anders ausgewiesen, auf das Jahr 2018.

Landkreis Weimarer Land


804 km²

BIP
je Erwerbstätigen
63 158 €
(2017)


81 947
Personen
3,8% von Thüringen


3 348
Zuzüge


167 374
Gästeankünfte
4,6% von Thüringen


3 172
Fortzüge


555 Ärzte 148 Einwohner je Arzt
46 Zahnärzte 1 781 Einwohner je Zahnarzt

BIP = Bruttoinlandsprodukt
Die Zahlen beziehen sich, wenn nicht anders ausgewiesen, auf das Jahr 2018.



Thüringen aktuell

Die hier vorliegenden Informationen beziehen sich auf Daten zum Stand Juni 2020. Hintergrundinformationen zu bereits möglichen Auswirkungen der Corona-Krise sind unter den einzelnen Themenbereichen zu finden. Darüber hinaus erscheint monatlich die Sonderveröffentlichung „Aktuelle Zahlen für Thüringen in Zeiten der Corona-Krise“ als Sammlung statistischer Daten mit möglichem Bezug zur Corona-Pandemie. Die 5. Veröffentlichung erfolgte am 7. Oktober 2020 und ist auf der Startseite des Thüringer Landesamtes für Statistik abrufbar.

Sylvia Schlapp

Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse,
Auskunftsdienst, Qualitäts-
management, Controlling,
Querschnittsveröffentli-
chungen, Forschungsdaten-
zentrum

0361 57331-9130
Sylvia.Schlapp
@statistik.thueringen.de

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe waren im Monat Juni 2020 spürbar, jedoch weniger gravierend als im Vormonat. Im Vergleich zum Mai waren im Juni deutlich höhere Umsätze sowie eine gestiegene Produktivität, bei gleichzeitig höheren Auftragseingängen und weniger Beschäftigten, feststellbar (bei 2 Arbeitstagen mehr). Im Vergleich zum Monat Juni 2019 verringerten sich dagegen der Umsatz, die Produktivität, der Auftragseingang und die Zahl der Beschäftigten (bei 2 Arbeitstagen mehr).

Im Baugewerbe waren im 2. Quartal keine negativen Effekte der Corona-Pandemie zu beobachten. Der Umsatz lag deutlich über dem Niveau des Vorquartals. Die Zahl der Beschäftigten stieg leicht, die Produktivität sogar stark an. Auch im Vergleich zum 2. Quartal des Vorjahres errechneten sich, mit Ausnahme der Beschäftigten, für alle genannten Kennziffern Zuwächse.

Wie schon im Mai 2020 beobachtet, hat sich der Thüringer Arbeitsmarkt auch im Juni 2020 aufgrund der Corona-Krise verändert. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Juni dieses Jahres leicht erhöht. Im Vergleich zu den Vorjahreswerten stiegen die Arbeitsmarktzahlen deutlich an. Die Arbeitslosenquote lag über dem Vorjahresniveau.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Wie schon im Mai 2020 mussten die Thüringer Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten auch im Juni 2020 Umsatzeinbußen in Kauf nehmen. Mit einem Volumen von 2427 Millionen Euro lag der Umsatz um 6,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats (Deutschland: -8,7 Prozent). Dabei gingen sowohl die Umsätze im Inland (-5,4 Prozent) als auch im Ausland (-8,1 Prozent) zurück.

Niedrigere Umsätze gegenüber Juni 2019 in der Industrie – gegenüber Vormonat hohe Steigerung

Gegenüber dem stark betroffenen Monaten April und Mai, die bei den Konjunkturdaten deutlich von der Corona-Krise geprägt waren, konnte jedoch im Juni ein Umsatzzuwachs im zweistelligen Bereich gegenüber dem Vormonat beobachtet werden (+21,9 Prozent). Der Inlandsumsatz stieg dabei um 22,1 Prozent und der Auslandsumsatz um 21,7 Prozent.

Abbildung 1: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

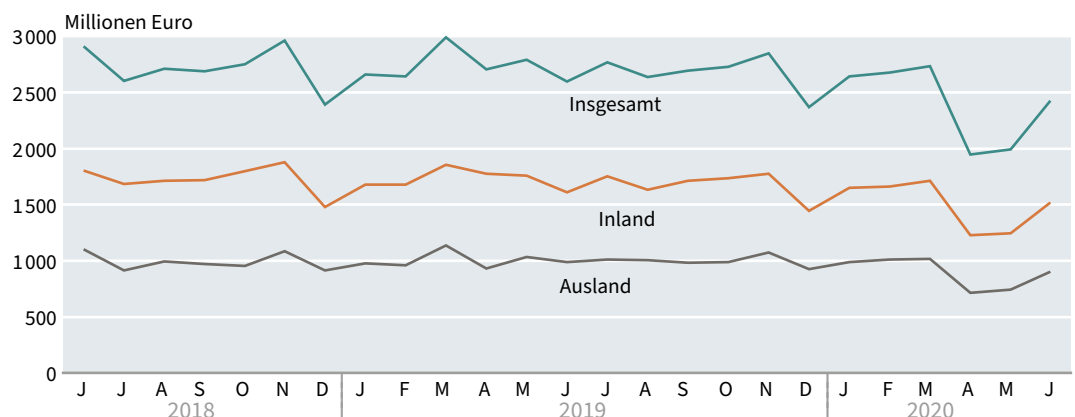
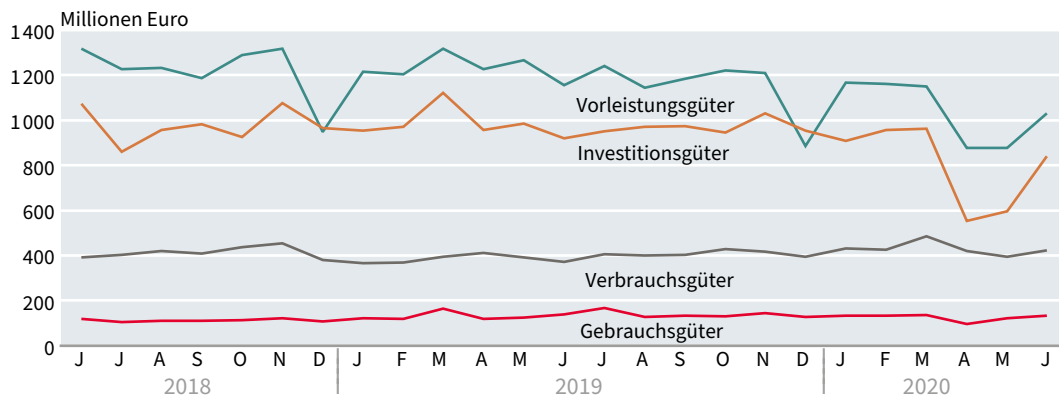


Abbildung 2: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen



Umsatzrückgang in fast allen Hauptgruppen

Im Vergleich zum Vorjahresmonat blieb der Umsatz bei fast allen Hauptgruppen deutlich im Minus. Überdurchschnittlich hohe Einbußen mussten die Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Minus von 122,8 Millionen Euro (-10,6 Prozent) und die Investitionsgüterproduzenten mit -88,2 Millionen Euro bzw. -9,5 Prozent verkraften. Gestiegen ist der Umsatz nur in der Gruppe der Verbrauchsgüterproduzenten mit +49,9 Millionen Euro bzw. +13,4 Prozent.

Industrieumsatz im 1. Halbjahr 2020 im Minus

Das Umsatzvolumen war im 1. Halbjahr 2020 mit 14410 Millionen Euro um 12,1 Prozent geringer als im 1. Halbjahr 2019 (bei einem Arbeitstag mehr). Dabei verringerte sich der Inlandsumsatz um 12,9 Prozent auf 9025 Millionen Euro und der Auslandsumsatz um 10,6 Prozent auf 5385 Millionen Euro. Die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) stieg mit 37,4 Prozent im 1. Halbjahr 2020 um 0,6 Prozentpunkte an.

Die höchste Exportquote erreichten im 1. Halbjahr 2020 die Gebrauchsgüterproduzenten mit 57,0 Prozent, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten mit 45,2 Prozent. Die Verbrauchsgüterproduzenten wiesen mit 20,5 Prozent die niedrigste Exportquote aus. In fast allen Hauptgruppen stieg die Exportquote gegenüber dem Vorjahreszeitraum an. Dabei errechnete sich in der Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten der höchste Zuwachs (+8,3 Prozentpunkte). Bei den Verbrauchsgüterproduzenten ging die Exportquote leicht zurück (-2,0 Prozent).

Die negative Halbjahresbilanz 2020 im Vergleich zu 2019 wurde insbesondere von den 2 Hauptgruppen Vorleistungsgüterproduzenten (-1131,2 Millionen Euro) und Investitionsgüterproduzenten (-1061,3 Millionen Euro) verursacht.

Leichter Beschäftigtenabbau

Trotz der massiven Umsatzeinbrüche in der Thüringer Industrie fällt der Abbau der Beschäftigten noch moderat aus. Die Anzahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe lag im Juni 2020 mit 143368 Personen leicht unter dem Niveau des Vormonats (-0,1 Prozent bzw. -203 Personen) und mit -3,6 Prozent bzw. -5383 Personen unter dem Vorjahresmonat.

Abbildung 3: Veränderung der Beschäftigtenzahl im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat



Durchschnittliche Beschäftigtenzahl unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag in der ersten Hälfte dieses Jahres mit 144 678 Personen unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes (-2,9 Prozent). Dabei verzeichneten bis auf die Gebrauchsgüterproduzenten alle anderen Hauptgruppen eine Verringerung der Beschäftigtenzahlen. Die höchste prozentuale Abnahme wurde in der Hauptgruppe der Verbrauchsgüterproduzenten mit -4,0 Prozent ermittelt.

Produktivität im Vergleich zum Vormonat gestiegen

Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe stieg im Monat Juni 2020 auf einen Wert von 16 929 Euro (Vormonat: 13 863 Euro). Im Vergleich zum Juni 2019 ging sie jedoch um 2,9 Prozent zurück. Der Umsatz

je Beschäftigten entwickelte sich gegenüber Juni 2019 in 3 der 4 Hauptgruppen rückläufig. Dabei errechnete sich bei den Vorleistungsgüterproduzenten ein Produktivitätsrückgang von 7,5 Prozent, bei den Investitionsgüterproduzenten ein Minus von 5,7 Prozent und bei den Gebrauchsgüterproduzenten ein Minus von 4,6 Prozent. Dagegen lag der Umsatz je Beschäftigten bei den Verbrauchsgüterproduzenten deutlich über dem Vorjahresniveau (+18,6 Prozent).

Im 1. Halbjahr 2020 war der Umsatz je Beschäftigten mit 99 599 Euro deutlich niedriger als in der ersten Jahreshälfte 2019 (-9,4 Prozent). Dabei konnte trotz der negativen Gesamtentwicklung in der Hauptgruppe der Verbrauchsgüterproduzenten eine Produktivitätssteigerung von +16,7 Prozent ermittelt werden. Der größte Produktivitätsrückgang errechnete sich dagegen für die Hauptgruppe der Investitionsgüterproduzenten (-15,3 Prozent), gefolgt von den Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Minus von 13,0 Prozent.

Die geleisteten Arbeitsstunden waren im Monat Juni 2020 mit 17 751 Tausend Stunden um 11,8 Prozent höher als im Vormonat, lagen jedoch um 5,0 Prozent unter dem vergleichbaren Wert des Vorjahres.

Abbildung 4: Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

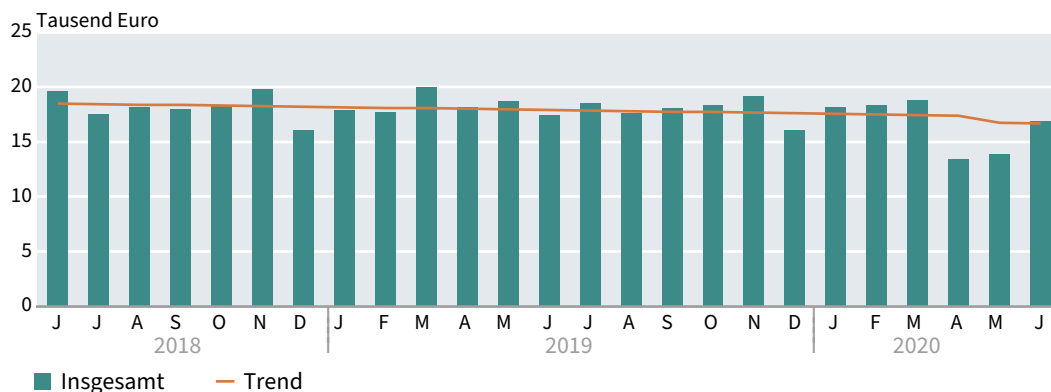
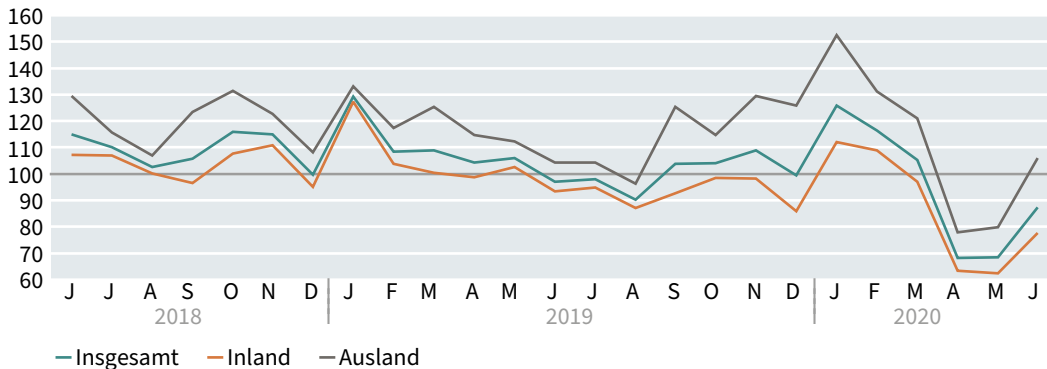


Abbildung 5: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe

Volumenindex 2015 = 100



Dabei ist zu beachten, dass der Juni 2020 sowohl 2 Arbeitstage mehr hat als der Mai dieses Jahres und als auch der Juni 2019. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 5,9 Stunden (Vormonat: 5,8 Stunden; Juni 2019: 6,6 Stunden). Im 1. Halbjahr 2020 wurden 109435 Tausend Arbeitsstunden geleistet und damit 9,3 Prozent bzw. 11270 Tausend Stunden weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Allerdings ist der Auftragsrückgang im Juni 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat etwas abgeschwächt als noch bei der Betrachtung des Monats Mai 2020 gegenüber Mai 2019. Hier betrug der Auftragsrückgang 35,5 Prozent.

Auftragseingänge niedriger als im 1. Halbjahr 2019

Auswirkungen der Corona-Krise auf den Auftragseingang noch spürbar

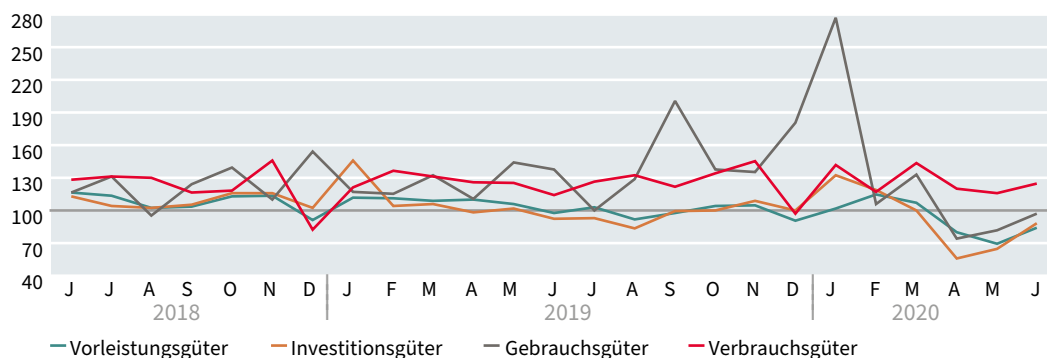
Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015=100) im Verarbeitenden Gewerbe hat sich im Juni dieses Jahres gegenüber dem Vormonat deutlich gesteigert und lag mit einem Index von 87,4 um 27,8 Prozent über dem Wert vom Mai 2020. Im Vergleich zum Juni 2019 ist aber ein Rückgang der Aufträge zu verzeichnen (-10,0 Prozent). Der Rückgang zum Vorjahresmonat war insbesondere auf eine geringere Inlandsnachfrage (-16,8 Prozent) zurückzuführen. Die Auslandsnachfrage stieg dagegen leicht an (+1,8 Prozent).

Insgesamt war der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe im 1. Halbjahr 2020 durchschnittlich um 12,6 Prozent niedriger als im 1. Halbjahr 2019. Dabei ging der Auftragseingang aus dem Inland um 16,7 Prozent zurück und der aus dem Ausland um 5,5 Prozent.

Nach Hauptgruppen betrachtet wurde ein beachtliches Auftragsminus bei den Vorleistungsgüterproduzenten (-13,8 Prozent) errechnet, dicht gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten mit -13,6 Prozent. Einen leichter Auftragsanstieg erreichten sowohl die Gebrauchsgüterproduzenten (+1,4 Prozent) als auch die Verbrauchsgüterproduzenten (+1,2 Prozent).

Abbildung 6: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen

Volumenindex 2015 = 100



Baugewerbe

Die Betriebe des **Baugewerbes** insgesamt erzielten im 1. Halbjahr 2020 einen Gesamtumsatz in Höhe von 1.542 Millionen Euro. Damit waren die Umsätze höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (+5,2 Prozent bzw. +75,9 Millionen Euro).

Baugewerbe im 1. Halbjahr 2020: mehr Umsatz und weniger Beschäftigte

Der baugewerbliche Umsatz stieg um 5,2 Prozent an und lag bei 1.515 Millionen Euro. Im 1. Halbjahr dieses Jahres waren in diesen Betrieben durchschnittlich 23.223 Personen beschäftigt. Das waren 116 Personen bzw. 0,5 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Umsatz im Bauhauptgewerbe im Monat Juni 2020 gegenüber Vormonat gestiegen

Im **Bauhauptgewerbe** erwirtschafteten im Juni 2020 die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einen Umsatz von 217 Millionen Euro. Gegenüber dem Vormonat stieg dieser um 8,4 Prozent und war um 5,5 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Der baugewerbliche Umsatz belief sich auf 215 Millionen Euro. Das waren 8,3 Prozent mehr als im Vormonat und ein Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat von 5,7 Prozent. Die Umsatzentwicklung war in den 3 Bausparten sehr unterschiedlich. Gegenüber dem Vorjahresmonat haben sich die Umsätze im öffentlichen und

Straßenbau (+13,9 Prozent) sowie im gewerblichen Bau (+4,9 Prozent) positiv entwickelt. Gleichzeitig ging der Umsatz im Wohnungsbau im zweistelligen Bereich zurück (-21,3 Prozent).

Der Umsatz im Bauhauptgewerbe war im gesamten 1. Halbjahr 2020 mit 1.027 Millionen Euro um 2,0 Prozent bzw. 20,3 Millionen Euro höher als in der 1. Jahreshälfte 2019. Auch der baugewerbliche Umsatz erreichte ein Umsatzplus von 2,1 Prozent. Zuwachsraten wurden ausschließlich im öffentlichen und Straßenbau verzeichnet (+9,5 Prozent). In den Bereichen Wohnungsbau (-14,9 Prozent) und gewerblicher Bau (-1,0 Prozent) waren die Umsätze rückläufig.

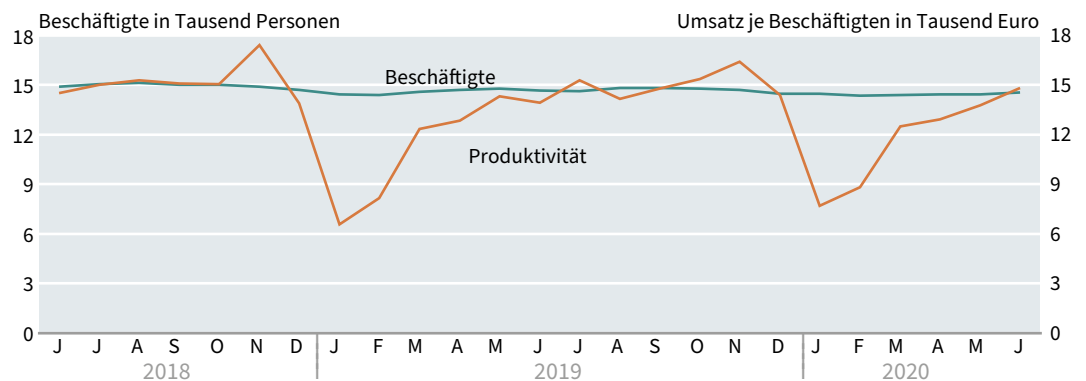
Zahl der Beschäftigten leicht über Vormonatsniveau

Die Zahl der Beschäftigten in den befragten Betrieben lag im Monat Juni 2020 über dem Vormonatsniveau (+0,9 Prozent). Mit 14.545 Personen waren 123 Personen mehr beschäftigt als im Mai dieses Jahres. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Zahl der Beschäftigten reduziert (-0,7 Prozent bzw. -106 Personen).

Produktivität im Juni 2020 erhöht

Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe erreichte im Juni 2020 einen Wert von 14.811 Euro. Die Produktivität war damit um 7,4 Prozent höher als im Mai 2020 und lag um 6,4 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert.

Abbildung 7: Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe



Im gesamten 1. Halbjahr 2020 verzeichnete das Bauhauptgewerbe eine um 3,2 Prozent höhere Produktivität als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, da der Umsatz bei gleichzeitigem Beschäftigtenrückgang stieg.

Mehr Arbeitsstunden als im Juni 2019 geleistet

Die geleisteten Arbeitsstunden waren im Monat Juni 2020 mit 1636 Tausend Stunden um 12,3 Prozent höher als im Vormonat und lagen auch über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats (+9,2 Prozent). Der Anstieg der Arbeitsstunden gegenüber Juni 2019 trifft, wie schon bei der Umsatzbetrachtung, nicht auf alle Bausparten zu. Während im öffentlichen und Straßenbau (+11,5 Prozent) und gewerblichen Bau (+10,6 Prozent) zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen waren, wurden im Wohnungsbau 4,1 Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet.

Im Zeitraum Januar bis Juni 2020 waren die geleisteten Stunden um 0,9 Prozent höher als in den ersten 6 Monaten des Vorjahres. Dieser Zuwachs wurde sowohl vom gewerblichen Bau (+3,3 Prozent) als auch vom öffentlichen und Straßenbau (+0,6 Prozent) getragen.

Juni 2020: Deutliches Auftragsplus gegenüber dem Vormonat

Die Auftragslage insgesamt hat sich im Bauhauptgewerbe im Monat Juni 2020 gegenüber dem Vormonat deutlich verbessert (+8,7 Prozent). Dennoch war der Auftragseingang mit 214 Millionen Euro um 6,4 Prozent bzw. 14,6 Millionen Euro niedriger als im Juni 2019. Das rückläufige Ergebnis wurde hauptsächlich von der Bausparte Wohnungsbau (-37,2 Prozent)

beeinflusst. Im öffentlichen und Straßenbau lag der Rückgang der Auftragseingänge bei minus 6,0 Prozent und im gewerblichen Bau konnte ein Auftragsplus in Höhe von 9,7 Prozent errechnet werden.

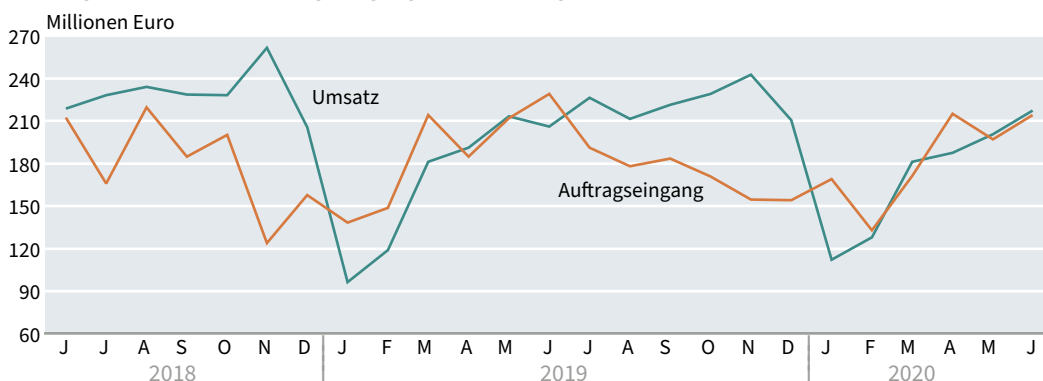
Volumen der Auftragseingänge verringerten sich im 1. Halbjahr 2020 leicht

Von Januar bis Juni 2020 summierten sich die Auftragseingänge auf 1100 Millionen Euro und waren damit um 27,2 Millionen Euro (-2,4 Prozent) niedriger als in den ersten 6 Monaten 2019. Der Auftragsrückgang insgesamt wurde durch den Bereich Wohnungsbau mit einem Minus von 34,5 Millionen Euro bzw. 25,2 Prozent verursacht. Die Auftragseingänge in den Bereichen öffentlicher und Straßenbau (+0,8 Prozent) sowie gewerblicher Bau (+0,6 Prozent) blieben dagegen fast auf Vorjahresniveau.

Ausbaugewerbe im 1. Halbjahr 2020: Umsatzzuwachs und mehr Beschäftigte

Der Gesamtumsatz im **Ausbaugewerbe** betrug in der ersten Hälfte dieses Jahres 515 Millionen Euro und war damit um 12,1 Prozent bzw. 55,6 Millionen Euro höher als im 1. Halbjahr 2019. Der ausbaugewerbliche Umsatz stieg um 12,2 Prozent an und betrug im Betrachtungszeitraum 497 Millionen Euro. Ende Juni 2020 waren durchschnittlich 8786 Personen im Ausbaugewerbe beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt waren das 34 Personen bzw. 0,4 Prozent mehr. Der ausbaugewerbliche Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich im 1. Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11,9 Prozent auf 56526 Euro.

Abbildung 8: Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen

Bis Ende Juni 2020 haben die Thüringer Bauaufsichtsbehörden mit den 2472 Anträgen für Bauvorhaben insgesamt 3014 Wohnungen genehmigt. Das waren 4,2 Prozent bzw. 121 Wohnungen mehr als im 1. Halbjahr 2019.

Steigende Wohnungsbaunachfrage bei Mehrfamilienhäusern

Im Wohnungsbau insgesamt werden 2924 Wohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt, davon 562 Wohnungen in schon bestehenden Wohngebäuden und 2362 Neubauwohnungen. 37,6 Prozent des neu genehmigten Wohnraums sind Einfamilienhäuser (889), 59 Genehmigungen weniger als in den ersten 6 Monaten 2019. In neuen Mehrfamilienhäusern wurden 1379 Wohnungen genehmigt, 233 Wohnungen mehr als im 1. Halbjahr 2019.

Die zum Zeitpunkt der Baugenehmigung veranschlagten Kosten aller in den ersten 6 Monaten 2020 genehmigten Bauvorhaben im Wohnungsbau betragen 576 Millionen Euro; 12,7 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum 2019. Für den Bau

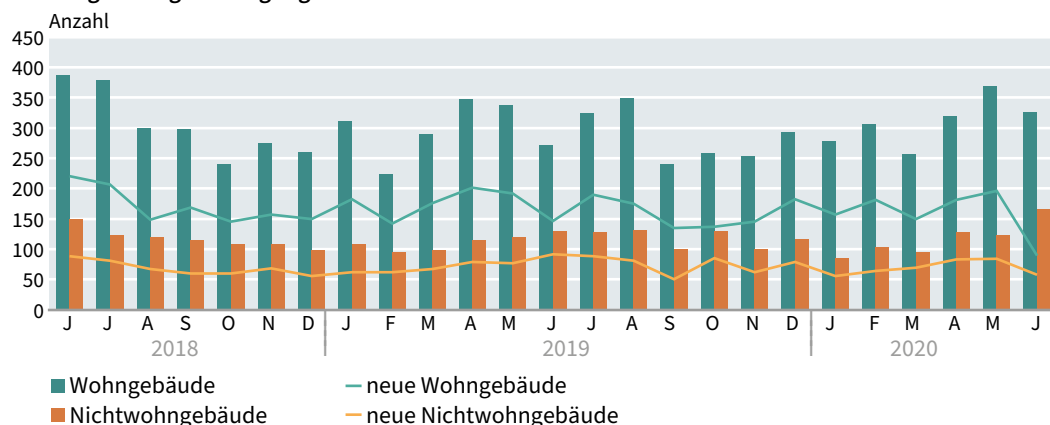
neuer Wohngebäude sind in diesem Zeitraum 432 Millionen Euro Baukosten veranschlagt worden (+11,4 Prozent).

Weniger genehmigte Bauvorhaben im Nichtwohnbau bei gleichzeitigem Anstieg der veranschlagten Baukosten

Im Nichtwohnbau erteilten die Bauaufsichtsbehörden im 1. Halbjahr 2020 insgesamt 622 Gebäuden eine Baugenehmigung. Das waren 6,3 Prozent bzw. 42 Bauvorhaben weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. 414 Nichtwohngebäude werden durch Neubau entstehen (2019: 439 Nichtwohngebäude).

Die zum Zeitpunkt der Baugenehmigung veranschlagten Kosten im Nichtwohnbau insgesamt betragen 486 Millionen Euro (+66,0 Prozent). Für neue Nichtwohngebäude wurden 368 Millionen Euro veranschlagt. Das waren 162,7 Millionen Euro bzw. 79,2 Prozent mehr als im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Abbildung 9: Baugenehmigungen für Gebäude



Beherbergungswesen

Auch im Juni 2020 beeinträchtigte die Corona-Pandemie den Thüringer Tourismus in beträchtlichem Maße. Die Zahl der Übernachtungen ging in den Thüringer Beherbergungsbetrieben gegenüber dem Vorjahr um 44,4 Prozent auf 574 Tausend zurück. Das waren 458 Tausend Übernachtungen weniger als im Juni 2019.

Tourismusaufkommen deutlich unter Vorjahresniveau

Die Zahl der Gästeankünfte reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 48,4 Prozent (-204 Tausend) auf 217 Tausend Ankünfte. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Gast lag mit 2,6 Tagen leicht über dem im Juni 2019 gemessenen Niveau (2,5 Tage).

In Deutschland verringerte sich die die Zahl der Gästeankünfte im Betrachtungsmonat ebenfalls deutlich um 52,4 Prozent auf 9,1 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 29,3 Millionen und nahm um 42,1 Prozent ab. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Gast lag mit 3,2 Tagen leicht über dem Thüringenniveau.

Im 1. Halbjahr 2020 empfingen die Thüringer Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Gästebetten (einschließlich der Campingplätze) etwas mehr als 888 Tausend Gäste, die 2,5 Millionen Übernachtungen buchten. Sowohl die Gästezahlen (-51,9 Prozent) als auch die Anzahl der Übernachtungen (-45,8 Prozent) blieben coronabedingt deutlich hinter den Vorjahreswerten. Die durchschnittliche Verweildauer

der Gäste hat sich mit 2,8 Tagen gegenüber dem Vorjahr (2019: 2,5 Tage) leicht erhöht.

Der starke Rückgang spiegelt sich sowohl bei den inländischen Gästen als auch bei den ausländischen Besuchern wider. Mit 849 Tausend Ankünften und 2,4 Millionen Übernachtungen verzeichnete der Thüringer Tourismus bei den inländischen Gästen einen Rückgang von -51,0 Prozent bzw. -44,9 Prozent. Die Anzahl der ausländischen Gäste ging noch stärker um 66,1 Prozent und deren Übernachtungen um 60,7 Prozent zurück. Der Anteil der Auslandsgäste an allen Gästen betrug 4,4 Prozent. Die ausländischen Gäste verweilten mit 2,6 Tagen kürzer in Thüringen als die inländischen Gäste mit 2,9 Tagen.

In Deutschland ist im Zeitraum von Januar bis Juni 2020 die Zahl der Gästeübernachtungen um 47,2 Prozent auf 117,3 Millionen gesunken. 15,6 Millionen Übernachtungen entfielen auf ausländische Gäste und 101,6 Millionen auf inländische Gäste.

Einbrüche weiterhin in allen Tourismusregionen

Betrachtet man die Ergebnisse im 1. Halbjahr 2020 nach Regionen, so verbuchten alle 9 Reisegebiete ein stark gesunkenes Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Das größte Reisegebiet, der Thüringer Wald, verzeichnete gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Rückgang der Gästezahlen von 48,2 Prozent und die Übernachtungszahlen verringerten sich um 40,9 Prozent. Der höchste relative Gästerrückgang wurde für das Reisegebiet Südharz Kyffhäuser (-58,1 Prozent) errechnet, der geringste Wert im Reisegebiet Thüringer Rhön (-47,6 Prozent).

Abbildung 10: Beherbergungen

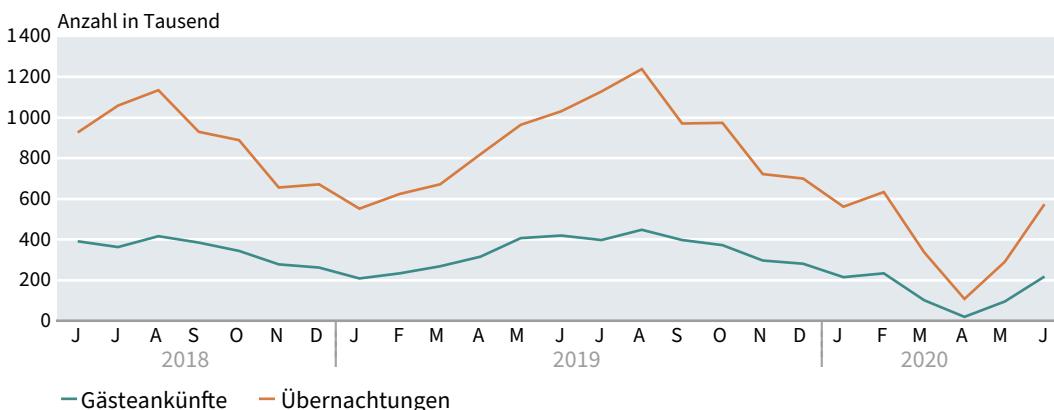


Abbildung 11: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätze) von Januar bis Juni 2020 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Tage
Südharz Kyffhäuser	37841	-58,3	113797	-54,6	3,0
Eichsfeld	29446	-52,0	95199	-43,8	3,2
Hainich	32615	-54,5	132448	-42,7	4,1
Saaleland	28874	-47,5	131549	-33,4	4,6
Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar	289156	-55,7	499266	-56,9	1,7
Thüringer Rhön	29665	-45,3	142993	-39,0	4,8
Thüringer Vogtland	41252	-54,2	81162	-51,2	2,0
Thüringer Wald	336058	-48,2	1117630	-40,9	3,3
Übriges Thüringen ¹⁾	63720	-48,4	211657	-41,0	3,3
Thüringen	888627	-51,9	2525701	-45,8	2,8
davon					
Bundesrepublik Deutschland	849189	-51,0	2422127	-44,9	2,9
anderer Wohnsitz	39438	-66,1	103574	-60,7	2,6

1) Zum Reisegebiet „Übriges Thüringen“ gehören die Landkreise Sömmerda, Weimarer Land und der überwiegende Teil des Altenburger Landes.

Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beherbergungsstatistik:

Krisenbedingt sind die Beherbergungsbetriebe derzeit wirtschaftlich außerordentlich beeinträchtigt. Da das Thüringer Landesamt für Statistik in der gegenwärtig angespannten Lage auf eine Durchsetzung der Meldepflicht verzichtet, sind für den Berichtsmont Juni bis zum jetzigen Zeitpunkt weniger Meldungen eingegangen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Fehlende Statistikmeldungen werden üblicherweise geschätzt, um einen Vergleich der Ergebnisse im Zeitverlauf zu ermöglichen.

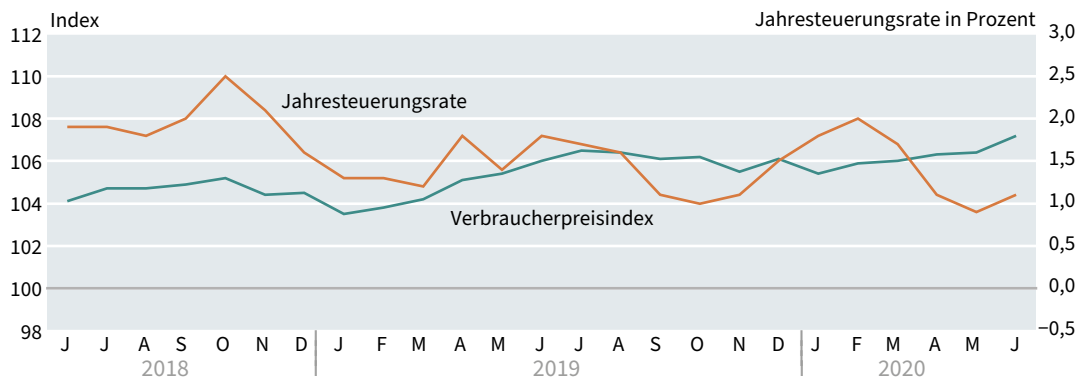
Verbraucherpreisindex

Im Juni 2020 stiegen die Verbraucherpreise im Monatsvergleich leicht an. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich gegenüber dem Vormonat Mai um 0,8 Prozent und erreichte einen Indexstand von 107,2 Prozent (Basis 2015 = 100).

Jahresteuerrate leicht steigend

Die Entwicklung der Jahresteuerrate verlief leicht steigend von 0,9 Prozent im Mai auf 1,1 Prozent im Juni. Die Jahresteuerrate verharrte aber weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Verantwortlich dafür war die sich auch im Juni fortsetzende rückläufige Preiseentwicklung der Mineralölprodukte, Heizöl und Kraftstoffe (-17,4 Prozent) im Jahresvergleich. Heizöl wurde im Juni 2020 um 21,3 Prozent günstiger angeboten als im Juni 2019 und Kraftstoffe um 15,3 Prozent. Betrachtet man den Gesamtindex ohne die Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe, würde die Inflationsrate 2,0 Prozent betragen.

Abbildung 12: Verbraucherpreisindex (Basis 2015 = 100) und Jahresteuerrate



Für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke wurden Preiserhöhungen um durchschnittlich 4,5 Prozent beobachtet. In diesem Bereich verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere Obst (+14,8 Prozent), Fleisch und Fleischwaren (+9,3 Prozent) sowie alkoholfreie Getränke (+2,8 Prozent). Günstiger als im Vorjahr wurden Speisefette und Speiseöle (-1,3 Prozent) sowie einige Gemüsesorten wie z. B. Weißkohl (-29,9 Prozent), Zwiebeln (-26,4 Prozent) oder Kartoffeln (-10,3 Prozent) angeboten. Die Preise für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,9 Prozent) stiegen weiter kontinuierlich an. Insbesondere die Preise der Tabakwaren verteuerten sich binnen Jahresfrist um 6,2 Prozent.

Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Preiserhebung für den Verbraucherpreisindex:

Nach den Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie in den Monaten April und Mai war im Juni eine Vor-Ort-Erhebung der Verbraucherpreise für fast alle Warenkorbpositionen möglich. Für die im Monat Juni noch nicht angebotenen Dienstleistungen im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur wurden die Preise maschinell berechnet bzw. fortgeschrieben. Die Qualität der Gesamtergebnisse ist gewährleistet.

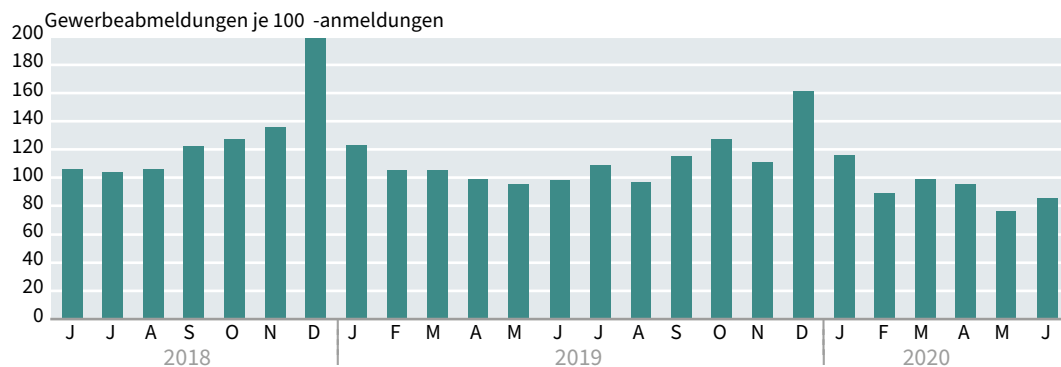
Preise gegenüber Vormonat gestiegen

Im Vergleich zum Vormonat erhöhten sich die Verbraucherpreise um durchschnittlich 0,8 Prozent. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung verursachten die Preiserhöhungen im Dienstleistungsbereich (+1,2 Prozent). So verteuerten sich die Dienstleistungen der Altenwohnheime um 2,7 Prozent, die Dienstleistungen der häuslichen Pflege um 1,8 Prozent sowie Friseurdienstleistungen und andere Dienstleistungen für die Körperpflege um 0,6 Prozent. Bei den Mineralölprodukten gaben die Preise für Heizöl im Monatsvergleich um 2,3 Prozent nach. Die Preise der Kraftstoffe stiegen um 5,8 Prozent.

Gewerbeanzeigen

Auch bei der Betrachtung der Gewerbeanzeigen im Zeitraum von Januar bis Juni 2020 wirken sich weiterhin die durch die Corona-Pandemie verursachten Einschränkungen wie Ausgangsbeschränkungen, Einstellung des Besucherverkehrs und Personalengpässe in den Gewerbeämtern, aber auch Soforthilfemaßnahmen des Bundes und der Länder sowie die Aussetzung der Insolvenzanzeigepflicht aus. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurden sowohl weniger Gewerbeanmeldungen als auch weniger Gewerbeabmeldungen registriert. Vor allem in den Monaten März bis Mai war das Meldageschehen gegenüber dem Vorjahr reduziert. Im Monat Juni lag die Anzahl der Gewerbeanmeldungen wieder auf Vorjahresniveau. Die übermittelten Gewerbeabmeldungen sind erstmals nach 4 rückläufigen Monaten wieder angestiegen.

Abbildung 13: Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen



Mehr Gewerbeanmeldungen als -abmeldungen

Im 1. Halbjahr 2020 wurden 5166 Gewerbeanmeldungen registriert und damit 708 Anzeigen bzw. 12,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Anzahl der Gewerbeabmeldungen ging auf 4913 Anzeigen zurück (-1281 Anzeigen bzw. -20,7 Prozent). Auf 100 Anmeldungen kamen 95 Abmeldungen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 105 Abmeldungen.

Rund vier Fünftel aller Gewerbeanmeldungen entfielen auf gewerbliche Neugründungen. Den größten Anteil an den Neugründungen machten die Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe aus (71,8 Prozent). Die restlichen 28,2 Prozent waren sogenannte Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz wie Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Betriebe mit Beschäftigten.

Deutlich weniger Betriebsgründungen

Die Anzahl der Neugründungen ging von Januar bis Juni 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 734 Anträge (-15,2 Prozent) auf 4100 Anzeigen zurück, die der Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe um 432 Anmeldungen (-12,8 Prozent) auf 2944 Anzeigen und die der Betriebsgründungen um 302 Anträge auf 1156 Anzeigen (-20,7 Prozent). Die übrigen Gewerbeanmeldungen betrafen Zuzüge und Übernahmen (Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

Hauptgrund für die 4913 Gewerbeabmeldungen von Januar bis Juni 2020 war mit 78,5 Prozent

die vollständige Aufgabe des Gewerbes (-1172 Anzeigen bzw. -23,3 Prozent), darunter 2711 Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe sowie 1145 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Substanz. Die übrigen Gewerbeabmeldungen erfolgten durch Fortzüge und Übergaben (Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt)

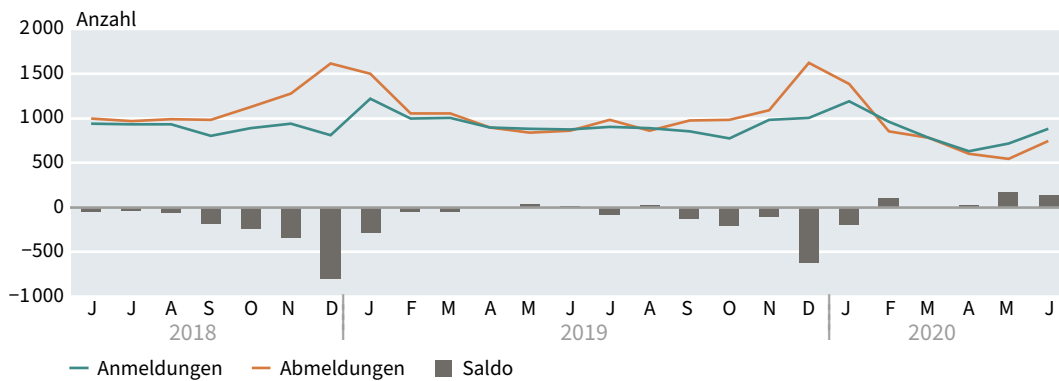
Im Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ gab es die meisten Gewerbeanzeigen

Die meisten Gewerbeanmeldungen (1185 Anzeigen), aber auch die meisten Gewerbeabmeldungen (1292 Anzeigen) gab es in den ersten 6 Monaten 2020 im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Auch bei den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“, wie beispielsweise Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau, Zeitarbeitsfirmen, Reisebüros oder Reiseveranstalter, gab es viele Marktbewegungen. Hier wurden 698 Gewerbe an- und 623 Gewerbe abgemeldet.

3866 Anmeldungen stammten von Einzelunternehmen und 787 von Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschließlich Unternehmensgesellschaften (haftungsbeschränkt) sowie 249 Anmeldungen von Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Anzeigen für andere Rechtsformen spielten eine untergeordnete Rolle.

Rund ein Drittel der Einzelunternehmen wurden von Frauen angemeldet, 12,1 Prozent weniger als von Januar bis Juni 2019.

Abbildung 14: Gewerbean- und abmeldungen



88,6 Prozent aller Einzelunternehmen wurden im 1. Halbjahr 2020 von Deutschen angemeldet. Lediglich 442 Einzelunternehmer, die ein Gewerbe angemeldet haben, stammen aus dem Ausland, hier vor allem aus der Türkei (48), Rumänien (42) und Bulgarien (27).

Die meisten Gewerbeanmeldungen je 10 000 Einwohner in Erfurt, Weimar und Eisenach

In Thüringen kamen im 1. Halbjahr 2020 auf 10 000 Einwohner 24 Gewerbeanmeldungen und 23 Gewerbeabmeldungen. Regional betrachtet, gab es jedoch erhebliche Unterschiede. Die meisten Gewerbeanmeldungen je 10 000 Einwohner wurden in der Stadt Erfurt (33) sowie in den Städten Weimar und Eisenach mit je 30 Anmeldungen angezeigt; die wenigsten im Kyffhäuserkreis (15), im Saale-Holzland-Kreis (18) sowie im Wartburgkreis und im Altenburger Land mit je 19 Anzeigen. Die wenigsten Abmeldungen je 10 000 Einwohner gab es im Wartburgkreis und im Landkreis Gotha mit je 18 Anzeigen sowie in den Landkreisen Nordhausen, Sömmerda und im Saale-Holzland-Kreis mit je 19 Anzeigen; die meisten in der Stadt Weimar (33) sowie in den Landkreisen Sonneberg (29) und Greiz (27).

Insolvenzen

Die Thüringer Amtsgerichte entschieden von Januar bis Juni 2020 über 1036 Insolvenzverfahren. Davon entfielen 11,5 Prozent auf Unternehmen und 88,5 Prozent auf übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe).

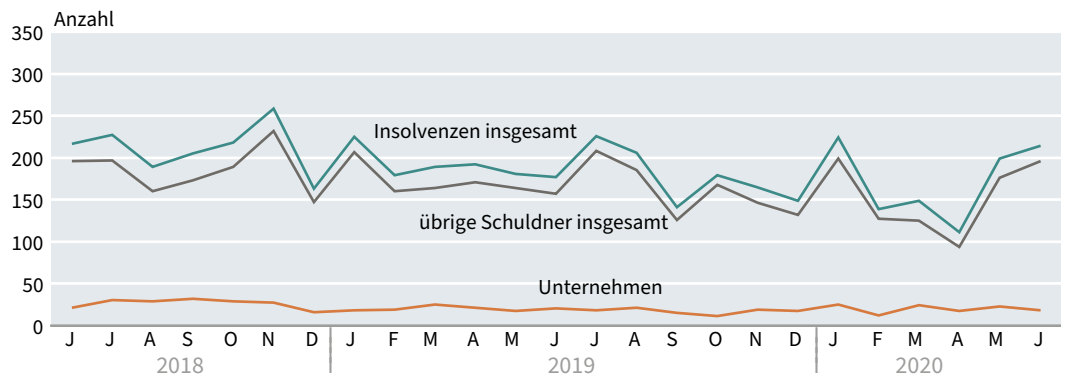
Gesamtzahl der Insolvenzen im 1. Halbjahr 2020 gesunken

Die Gesamtzahl der Insolvenzverfahren verringerte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 107 Anträge bzw. 9,4 Prozent. Folgen der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die im März begannen, schlagen bis Juni 2020 bislang noch nicht spürbar in einem Anstieg der Insolvenzen nieder. Ein Grund dafür ist, dass die Insolvenzantragspflicht für Unternehmen in der Corona-Krise seit dem 1. März 2020 ausgesetzt ist.

Bei der Betrachtung des Monats Juni 2020 wurden allerdings in Thüringen sowohl mehr Insolvenzen gemeldet als im Juni 2019 (+20,9 Prozent) als auch gegenüber dem Vormonat (+7,5 Prozent). Die im Mai 2020 stark gestiegene Anzahl von Insolvenzmeldungen der übrigen Schuldner setzte sich in geringerem Ausmaß auch im Juni fort (+20 Verfahren bzw. +11,4 Prozent).

Bis Ende Juni 2020 wurden mit 938 Verfahren 90,5 Prozent (Vorjahr: 90,9 Prozent) aller Insolvenzverfahren eröffnet. 77 Verfahren bzw. 7,4 Prozent wurden mangels Masse abgewiesen und 21 Verfahren bzw. 2,0 Prozent endeten mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes.

Abbildung 15: Insolvenzen nach Art des Schuldners



Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen bezifferten die Gerichte auf rund 267 Millionen Euro. Pro Verfahren standen somit Forderungen von durchschnittlich 258 Tausend Euro aus (Vorjahr: 332 Tausend Euro).

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen blieb in den ersten 6 Monaten 2020 mit 119 Unternehmen fast auf Vorjahresniveau (+1 Unternehmen). Diese insolventen Unternehmen beschäftigten zum Zeitpunkt des Antrages noch 1680 Arbeitnehmer.

Schwerpunkt der Insolvenzen im Baugewerbe

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag mit 20 Verfahren im Baugewerbe, mit 17 Verfahren im Verarbeitenden Gewerbe und je 16 Verfahren im Gastgewerbe und im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum stieg die Anzahl der Insolvenzen im Bereich Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe um je 2 Verfahren. Im Bereich Handel; Instandhaltung

und Reparatur von Kraftfahrzeugen ging die Zahl Insolvenzen leicht zurück (-1 Verfahren).

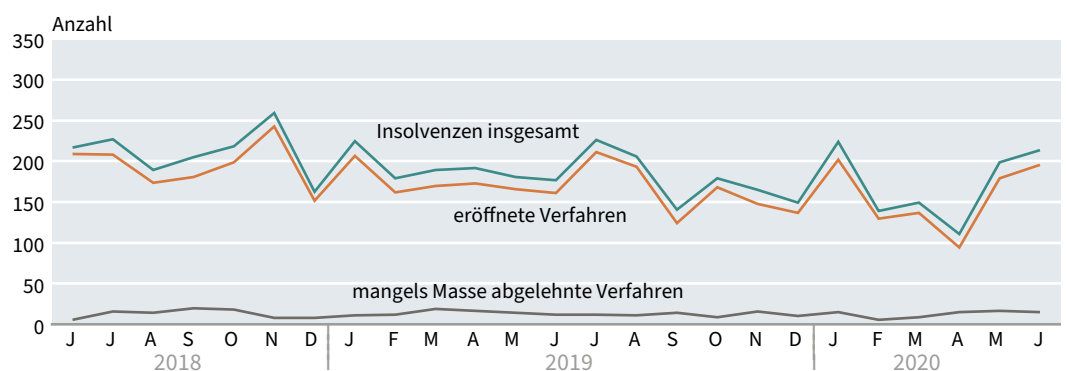
Nach Rechtsformen betrachtet mussten am häufigsten Gesellschaften mit beschränkter Haftung (53 Anträge) sowie Einzelunternehmen (34 Anträge) Insolvenz anmelden.

Bei den übrigen Schuldern wurden in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 917 Verfahren und damit 106 Verfahren bzw. 10,4 Prozent weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum gezählt.

Weniger Privatsolvenzen als im Vorjahr

Das Insolvenzrecht wurde von Januar bis Juni 2020 von 673 privaten Verbrauchern in Anspruch genommen. Das entspricht 59 Verfahren bzw. 8,1 Prozent weniger als in den ersten 6 Monaten 2019. Weitere 221 Verfahren (Januar bis Juni 2019: 269 Verfahren) betrafen ehemals selbstständig Tätige.

Abbildung 16: Insolvenzverfahren



Die wenigsten Insolvenzfälle im Saale-Holzland-Kreis

Mit 53 Insolvenzfällen je 100 000 Einwohner wurde in den kreisfreien Städten Thüringens öfter der Gang zum Insolvenzgericht angetreten als in den Landkreisen (47 Insolvenzfälle je 100 000 Einwohner). Die meisten Insolvenzfälle je 100 000 Einwohner wurden im Altenburger Land (98), dem Kyffhäuserkreis (82) und der Stadt Erfurt (67) registriert. Die wenigsten Fälle wurden im Saale-Holzland-Kreis (22), im Landkreis Sömmerda (25) und in den Landkreisen Eichsfeld und Wartburgkreis (je 26) festgestellt.

Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Insolvenzstatistik:

Die durch die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung verursachte wirtschaftliche Krise spiegelt sich im 1. Halbjahr nicht in einem Anstieg der eröffneten Insolvenzverfahren wider. Das Ausbleiben eines Anstiegs, oder gar ein Absinken der Zahlen wie im April, ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht überraschend. Zum einem vergeht zwischen dem Antrag und der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens Bearbeitungszeit. Erst nach der Entscheidung bei Gericht über die Eröffnung oder Abweisung eines Verfahrens gehen diese in die Statistik ein. Diese Bearbeitungszeit hat sich zudem durch den teilweise eingeschränkten Betrieb der zuständigen Insolvenzgerichte verlängert. Zum anderen werden die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für Unternehmen während der COVID-19-Pandemie voraussichtlich eine schnelle

Zunahme der Insolvenzanträge verhindern. Hierzu zählt in erster Linie die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht (bis vorerst zum 30.09.2020, geregelt im Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020). Demnach sind Unternehmen, deren Insolvenzreife auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beruht und die Aussichten darauf haben, eine bestehende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen, von der Insolvenzantragspflicht befreit.

Arbeitsmarkt ¹⁾

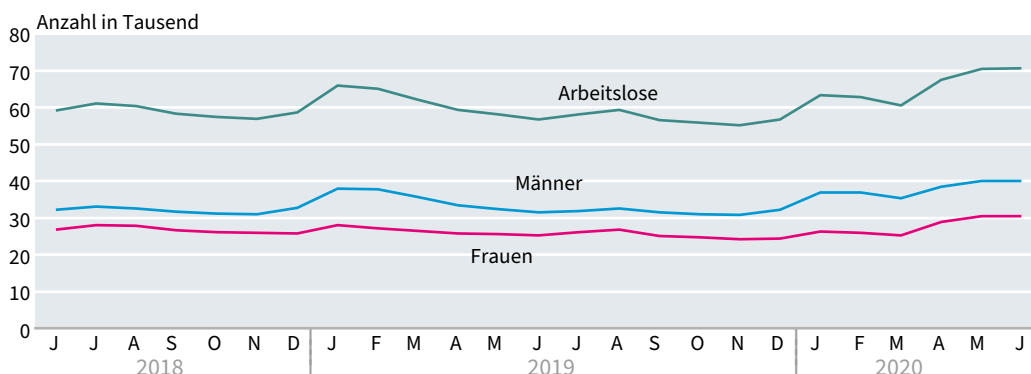
Wie schon in den Monaten April und Mai 2020 beobachtet, hat sich der Thüringer Arbeitsmarkt auch im Juni 2020 aufgrund der Corona-Krise verändert. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich allerdings nach den deutlichen Anstiegen der letzten 2 Monate im Juni wieder etwas stabilisiert.

Die Zahl der Arbeitslosen lag Ende Juni 2020 mit 70 573 Personen fast auf Vormonatsniveau (+0,1 Prozent bzw. +76 Personen). Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen deutlich erhöht. Sie stieg um 13 825 Personen bzw. 24,4 Prozent.

Der erhebliche Zuwachs der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat spiegelt sich sowohl bei den weiblichen (+20,8 Prozent) als auch bei den männlichen Arbeitslosen (+27,2 Prozent) wider.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt ging mit 43,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zurück (Juni 2019: 62,0 Prozent).

Abbildung 17: Arbeitsmarkt



1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Arbeitslosenquote insgesamt (Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen insgesamt) blieb mit 6,3 Prozent im Juni 2020 auf Vormonatsniveau. Verglichen mit Juni 2019 stieg diese jedoch um 1,2 Prozentpunkte.

Bei der Betrachtung auf Bundesebene haben sich die Arbeitslosenzahlen im Juni 2020 gegenüber dem Vormonat leicht erhöht. Mit 2,9 Millionen Arbeitslosen wurden 1,4 Prozent bzw. 40321 mehr Arbeitslose registriert als im Mai 2020. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Zahl der Arbeitslosen aber um mehr als ein Viertel an (+28,7 Prozent bzw. +637064 Personen).

Arbeitslosenzahl entwickelte sich in den neuen Ländern etwas günstiger

In den neuen Bundesländern entwickelte sich die Arbeitslosenzahl etwas günstiger als in den alten Bundesländern. Hier wurden im Juni dieses Jahres 24,2 Prozent mehr Arbeitslose gemeldet als ein Jahr zuvor. In den alten Bundesländern waren es 30,2 Prozent mehr.

Hinsichtlich der Arbeitslosenquote lag diese deutschlandweit bei 6,2 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat stieg sie um 0,1 Prozentpunkte an und gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,3 Prozentpunkte.

Zahl der arbeitslosen Jugendlichen stark gestiegen

Die Corona-Krise wirkt sich auch besonders auf die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren aus. Mit 6667 registrierten arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren wurde die Zahl des Vormonats zwar nur leicht überschritten (+0,5 Prozent bzw. +31 Personen), gegenüber Juni 2019 stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren aber besonders auffallend an (+45,2 Prozent bzw. +2076 Personen). Die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe betrug im Juni dieses Jahres 7,7 Prozent und lag damit um 0,1 Prozentpunkte über dem Vormonatsniveau (Vorjahresmonat: 5,6 Prozent).

Deutschlandweit ist ein ähnliches Bild bei der Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren festzustellen. Auch hier stieg die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahresmonat an. Im Juni 2020 wurden bundesweit 277452 arbeitslose Jugendliche registriert. Das waren 1,2 Prozent mehr als im Mai 2020 und 43,0 Prozent mehr als im Juni letzten Jahres. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren betrug im Betrachtungsmonat deutschlandweit 5,9 Prozent und lag damit um 1,8 Prozentpunkte unter dem Thüringenwert.

Abbildung 18: Arbeitslosenquote

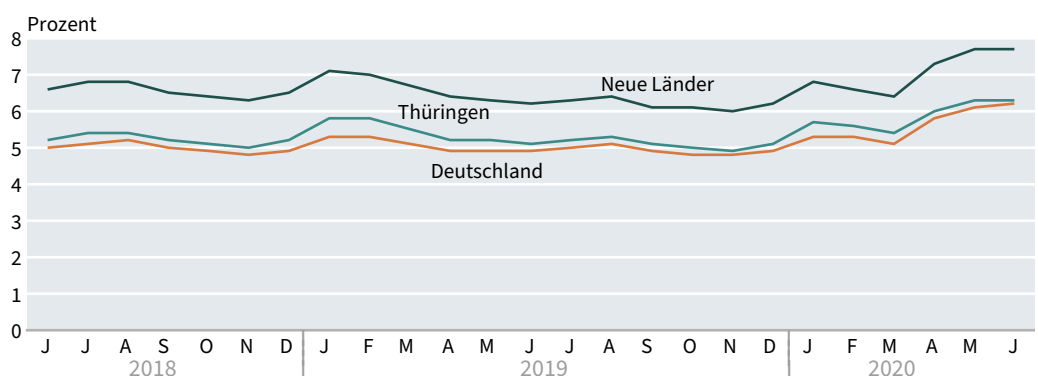
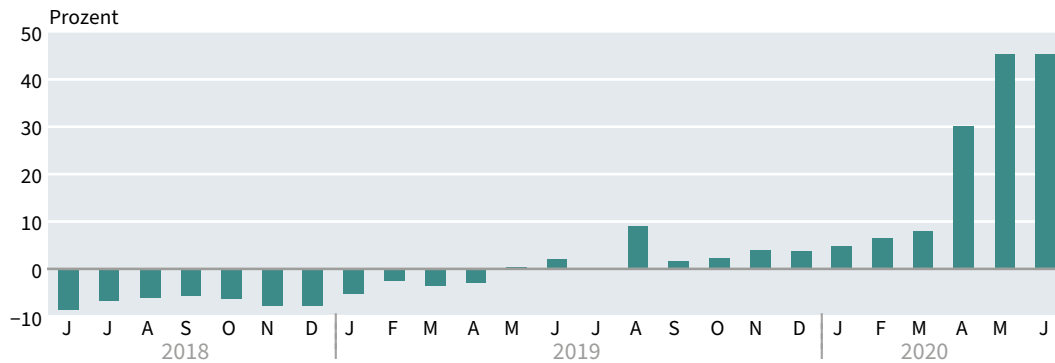


Abbildung 19: Veränderung der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren gegenüber dem Vorjahresmonat



Bestand an offenen Stellen deutlich niedriger als im Vorjahr

Der Bestand an offenen Arbeitsstellen ist in Thüringen im Juni 2020 gegenüber dem Vormonat weiter gesunken (-200 Stellen bzw. -1,1 Prozent). Mit

insgesamt 17306 offenen Arbeitsstellen ging der Bestand auch gegenüber Juni 2019 zurück (-7035 Stellen bzw. -28,9 Prozent).

Der Zugang an offenen Stellen hat sich im Juni 2020 gegenüber dem Vormonat um 27,0 Prozent auf 3990 Arbeitsstellen erhöht, lag aber im zweistelligen Bereich unter dem Vorjahresniveau (-23,1 Prozent).

NEUAUFLAGE FALTBLATT FINANZEN UND PERSONAL IN THÜRINGEN

Die neueste Auflage des Faltblattes Finanzen und Personal in Thüringen – Ausgabe 2020 ist erschienen.

Hier finden Sie u. a. Eckdaten zu den Ausgaben und Einnahmen, den Schulden, den Hebesätzen und dem Personal.

Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenlos im Internet unter www.statistik.thueringen.de heruntergeladen werden.

Bestellen können Sie die Printausgabe (Bestellnummer: 80104) ebenfalls kostenlos beim

Thüringer Landesamt für Statistik
 Postfach 90 01 63
 99104 Erfurt
 Telefon: 0361 57331-9642
 Fax: 0361 57331-9699
 E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de





Dr. Susanne Knabe

Referat Bevölkerungs-
und Haushaltsstatistiken

0361 57331-9270
Susanne.Knabe
@statistik.thueringen.de

Zukünftige Entwicklung der Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung und der Schülerzahlen bis 2040

Anschlussrechnung zur 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

Vorausberechnungen spielen im Rahmen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen eine wichtige Rolle. Um z. B. den zukünftigen Bedarf an Bildungs- und Betreuungsangeboten sowie den damit verbundenen Personal- und Finanzbedarf abschätzen zu können, sind Informationen zur voraussichtlichen Entwicklung der Nachfrage nach entsprechenden Angeboten erforderlich.

Der vorliegende Aufsatz befasst sich daher mit der zukünftigen Entwicklung der Zahl der Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder und in öffentlich geförderter Kindertagespflege bis 2040 sowie mit der Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Thüringen bis zum Schuljahr 2040/41. Damit wird die Aufsatzreihe zum Projekt „Thüringen 2040“ fortgesetzt, die bereits Analysen zur 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (2. rBv) sowie zu den Anschlussrechnungen der privaten Haushalte und der Erwerbspersonen in Thüringen umfasst.

Es wird dargestellt, wie sich die Entwicklung der Bevölkerung in den verschiedenen Altersgruppen auf die Zahl der Kinder und Jugendlichen in den entsprechenden Einrichtungen auswirkt.

1. Entwicklung der Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung

Ein ausreichendes Angebot an Kindertagesbetreuung in allen Altersgruppen spielt bei der Familienplanung eine wichtige Rolle. Der 2009 beschlossene Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie die Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr im August 2013 führte zu einem Anstieg der altersspezifischen Betreuungsquoten.

Die Einführung des Rechtsanspruches auf eine qualifizierte Kindertagesbetreuung führte zum Anstieg der Betreuungsquoten

Damit wurde die angestrebte Betreuungsquote für die unter 3-Jährigen von 51 Prozent für Ostdeutschland¹⁾ mit der durchschnittlichen Betreuungsquote von 53,9 Prozent der Jahre 2017 bis 2019 in Thüringen übertroffen. In der Altersgruppe der 5- bis unter 6-Jährigen lag die Betreuungsquote in Thüringen im selben Zeitraum bei 97,0 Prozent und zeigt, dass fast alle Vorschulkinder in der Regel tagsüber außerhalb der Familie betreut werden.

In diesem Abschnitt wird die vorschulische Betreuungssituation detailliert dargestellt. Wie sich die Anzahl betreuter Kinder in Thüringen entwickelt, ist neben der demografischen Entwicklung abhängig von der Inanspruchnahme und somit dem Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen.

1.1 Darstellung der Berechnungsmethode

Basis der vorliegenden Anschlussrechnung bildet die 2. rBv, die durch das Thüringer Landesamt für Statistik in Anlehnung an die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (14. kBv) des Bundes und der Länder erstellt wurde.

Für die Berechnungen wurden zunächst für je 11 Altersjahre in den 17 Landkreisen und 6 kreisfreien Städten Betreuungsquoten von Kindern in der Kindertagesbetreuung im Zeitraum 2017 bis 2019 ermittelt. Dabei handelt es sich um die Anzahl der betreuten Kinder zum 1.3. des jeweiligen Jahres

1) Vgl. Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012 – Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 6. November 2012 in Berlin, Statistisches Bundesamt, S. 31

bezogen auf die Bevölkerung des entsprechenden Alters zum 31.12. des Vorjahres in Prozent. Die Betreuungsquoten wurden mit Hilfe der Statistik der Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege – ohne Kinder, die zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen – berechnet. Hierbei erfolgten keine Trennung nach Geschlecht sowie nach Kindertageseinrichtung und Tagespflege.

**Status-Quo-Szenario:
zu erwartende Zahl be-
treuer Kinder = voraus-
berechnete Bevölkerung
x Betreuungsquote**

Die zu erwartende Zahl der betreuten Kinder ergibt sich aus der Multiplikation der vorausgerechneten Bevölkerung eines Altersjahres mit dazugehöriger Betreuungsquote. Dieses Status-Quo-Szenario geht von der Annahme aus, dass die berechneten Betreuungsquoten der betrachteten Altersjahre auf dem hohen Niveau von 2017 bis 2019 im gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant bleiben.

Die mit der 2. rBv vorausgerechnete Zahl der Kinder und Jugendlichen verändert sich hingegen im Vorausberechnungszeitraum. Sie hängt in hohem Maße von der vergleichsweise sicher vorausberechenbaren Geburtenentwicklung ab, aber auch von der Zuwanderung nach Thüringen. Deren Vorausberechnung ist mit deutlich größeren Unsicherheiten verbunden,

da sie nicht von der Altersstruktur der Thüringer Bevölkerung, sondern vielmehr von der wirtschaftlichen und politischen Situation im In- und Ausland beeinflusst wird.

1.2 Entwicklung der Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung

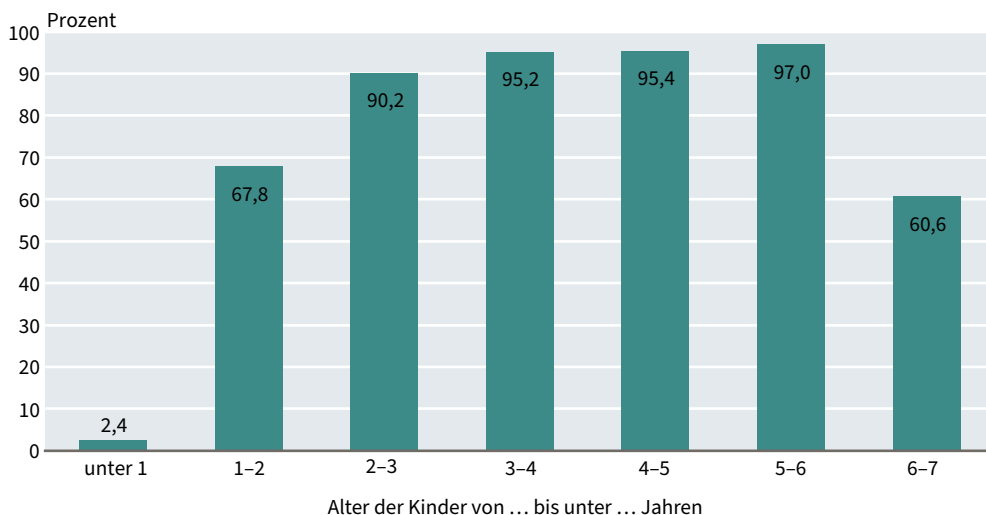
Seit 2007 stieg die Zahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung kontinuierlich an. Bis zum Jahr 2019 wurden rund 16,0 Tausend Kinder mehr betreut als 12 Jahre zuvor. Dies entspricht einem Anstieg von 20,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Kinder unter 6 Jahren in Thüringen nur halb so stark zu (9,8 Prozent). Dies zeigt, dass unter anderem in Folge des Rechtsanspruches ein deutlicher Anstieg der Betreuungsquoten zu beobachten war.

Je nach Alter der Kinder unterscheiden sich diese Quoten jedoch sehr stark (Abbildung 1). Während nur 2,4 Prozent der unter 1-Jährigen in einer Kindertagesbetreuung sind, trifft dies bei den 3- bis unter 6-Jährigen auf mehr als 95 Prozent der Kinder zu.

**Der Rückgang der
Kinderzahlen verursacht
den Rückgang der zu
betreuenden Kinder**

Aufgrund der vorgestellten Annahme einer konstant bleibenden Betreuungsquote, lässt sich die zukünftige Veränderung der Zahl der Kinder in der Kinder-

Abbildung 1: Betreuungsquoten 2019 nach Alter der Kinder



tagesbetreuung nach Altersgruppen ausschließlich auf die in der 2. rBv abgebildete demografische Entwicklung zurückführen. Da für die Zahl der unter 6-Jährigen aufgrund des Geburtenrückgangs eine Abnahme von über einem Fünftel bis 2040 vorausberechnet wurde, wird dementsprechend auch ein Rückgang der Zahl der zu betreuenden Kinder erwartet. Im Vergleich zu 2019 muss für das Jahr 2040 mit 20,6 Prozent weniger zu betreuenden Kindern ausgegangen werden (Abbildung 2).

Die Zahl der zu betreuenden Kinder sinkt bis 2040 um rund 20 Tausend

Somit werden trotz gleichbleibender Betreuungsquote bis 2040 in Thüringen insgesamt 19,8 Tausend weniger Betreuungsplätze für Krippen- und Kindergartenkinder benötigt. Dabei ist die Gruppe der unter 1-Jährigen sowohl absolut als auch relativ am geringsten vom Rückgang betroffen.

Im Folgenden wird zwischen der Entwicklung zweier Altersgruppen unterschieden. Zum einen werden Aussagen zur Entwicklung des Betreuungsbedarfs bezüglich der Kinder unter 3 Jahren getroffen und zum anderen bezüglich der Kinder in der Altersgruppe von 3 Jahren und älter.

Abbildung 2: Kinder in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2019 und 2020 bis 2040 nach Altersgruppen

Jahr	Kinder in Kindertagesbetreuung							
	insgesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6 und mehr
1000								
2019 (IST)	95,8	0,4	12,4	17,0	17,9	18,1	18,1	11,9
Voraussichtliche Entwicklung								
2020	95,8	0,4	11,9	16,7	18,0	18,1	18,5	12,1
2021	94,9	0,4	11,5	16,0	17,8	18,4	18,5	12,4
2022	93,3	0,4	11,2	15,6	17,0	18,1	18,6	12,3
2023	91,3	0,4	11,0	15,2	16,6	17,4	18,3	12,4
2024	89,1	0,4	10,8	14,9	16,2	16,9	17,6	12,2
2025	86,9	0,4	10,6	14,6	15,9	16,5	17,2	11,8
2026	85,1	0,4	10,4	14,3	15,6	16,2	16,7	11,5
2027	83,5	0,4	10,2	14,1	15,3	15,9	16,4	11,2
2028	82,0	0,4	10,1	13,9	15,0	15,6	16,1	11,0
2029	80,7	0,4	10,0	13,7	14,8	15,3	15,8	10,8
2030	79,5	0,4	9,9	13,5	14,6	15,1	15,5	10,6
2031	78,6	0,4	9,8	13,4	14,4	14,9	15,3	10,4
2032	77,8	0,4	9,8	13,3	14,3	14,7	15,1	10,2
2033	77,1	0,4	9,7	13,2	14,2	14,6	15,0	10,1
2034	76,6	0,4	9,7	13,2	14,1	14,5	14,8	10,0
2035	76,3	0,4	9,7	13,1	14,1	14,4	14,7	9,9
2036	76,1	0,4	9,7	13,1	14,0	14,4	14,6	9,8
2037	76,0	0,4	9,7	13,1	14,0	14,3	14,6	9,8
2038	75,9	0,4	9,7	13,2	14,0	14,3	14,6	9,8
2039	75,9	0,4	9,7	13,2	14,0	14,3	14,6	9,7
2040	76,0	0,4	9,7	13,2	14,1	14,4	14,6	9,7
Veränderung zum Jahr 2019								
Absolut	-19,8	-0,1	-2,6	-3,8	-3,8	-3,8	-3,6	-2,1
Prozent	-20,6	-13,0	-21,4	-22,2	-21,5	-20,8	-19,6	-18,1

Entwicklung des Betreuungsbedarfs nach Altersgruppen

Die Anzahl zu betreuender Kinder im Alter von unter 3 Jahren wird bis zum Jahr 2040 entsprechend der angenommenen konstanten Betreuungsquoten im Vorausberechnungszeitraum und der demografischen Entwicklung gegenüber 2019 voraussichtlich um 21,7 Prozent (um 6,5 Tausend Kinder) auf einen Wert von rund 23,3 Tausend Kinder zurückgehen (Abbildung 3).

Die Anzahl der zu betreuenden unter 3-Jährigen sinkt bis 2040 etwas stärker als die der Kinder ab 3 Jahren

Eine ähnliche Entwicklung des Betreuungsbedarfs wird für die Kinder im Alter ab 3 Jahren vorausgerechnet. Auch in dieser Altersgruppe werden die Quoten konstant fortgeschrieben und die Anzahl an benötigten Betreuungsplätzen verändert sich nur aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in der betrachteten Altersgruppe. Bis 2040 wird die Anzahl der zu betreuenden Kinder um rund 20,2 Prozent abnehmen und den Wert von 52,7 Tausend erreichen. Dies entspricht einem Rückgang von 13,3 Tausend Kindern.

Entwicklung des Betreuungsbedarfes in den Kreisen

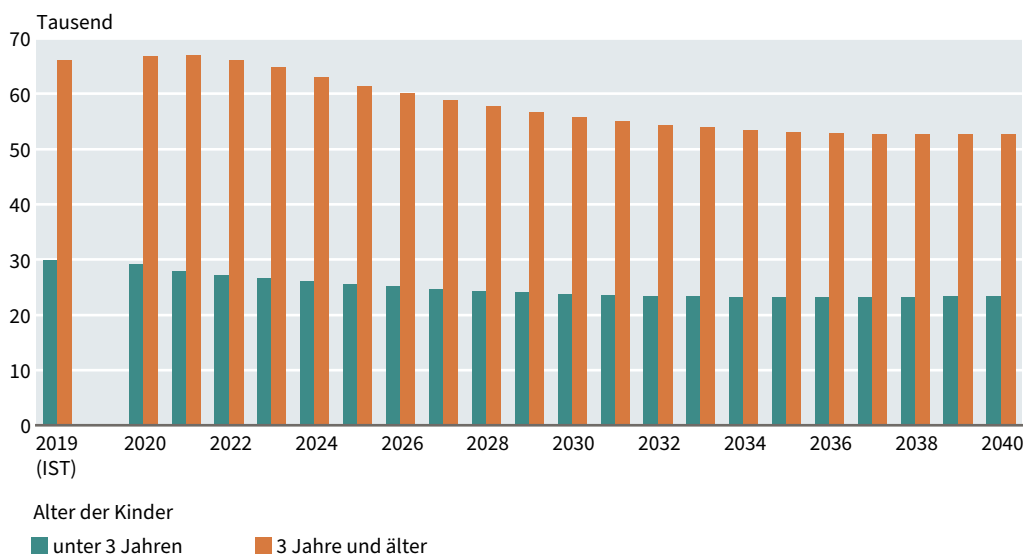
Der Rückgang der zu betreuenden Kinder wird regional differenziert ausfallen. Aufgrund der zum Teil sehr unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung innerhalb Thüringens (vgl. u. a. Statistischer Bericht Nr. 01113, Entwicklung der Bevölkerung Thüringens 2019 bis 2040 nach Kreisen) wird es auch Landkreise wie den Ilm-Kreis bzw. Städte wie Erfurt oder Eisenach geben, die kurzfristig einen geringfügig höheren Bedarf an Betreuungsplätzen erwarten lassen.

Aber nicht nur bei der zukünftigen Entwicklung der Zahl zu betreuender Kinder, auch bei den aktuellen Ist-Werten der Betreuungsquoten bestehen zwischen den einzelnen Kreisen partiell deutliche Unterschiede. Die höchsten Betreuungsquoten für unter 3-Jährige wiesen 2019 die Landkreise Sömmerda (60,0 Prozent), Greiz (59,6 Prozent) und der Saale-Holzland-Kreis (59,4 Prozent) auf. Am niedrigsten lagen sie mit 47,5 bzw. 47,7 Prozent in den kreisfreien Städten Erfurt und Eisenach (Abbildung 4).

Sehr hohe regionale Betreuungsquoten kommen auch durch Einpendler zustande

Die höchsten Betreuungsquoten für die 3- bis unter 6-Jährigen hatten die kreisfreien Städte Jena und

Abbildung 3: Kinder in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2019 und 2020 bis 2040 nach zusammengefassten Altersgruppen



Weimar mit 101,3 bzw. 98,4 Prozent sowie der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und der Wartburgkreis mit jeweils 98,0 Prozent. Werte über 100 Prozent sind möglich, da in den Einrichtungen nicht nur Kinder des jeweiligen Kreises betreut werden. Wie insbesondere die Zahl für Jena zeigt, werden Betreuungsplätze häufig in der Nähe des Arbeitsplatzes der Eltern in Anspruch genommen, was in Regionen mit hohem Einpendlerüberschuss zur Überhöhung der Betreuungsquoten führt. Dagegen verhält es sich am Wohnort der Familien genau umgekehrt.

Die niedrigsten Betreuungsquoten für 3- bis unter 6-jährige Kinder hatten die Stadt Suhl (88,0 Prozent),

der Saale-Holzland-Kreis (92,3 Prozent), die Stadt Eisenach (92,7 Prozent) und der Landkreis Weimarer Land (92,9 Prozent). Die beiden Landkreise bilden das Umland von Jena und Weimar und haben darüber hinaus gemeinsame Grenzen mit anderen Kreisen, die für diese Altersgruppe im Vergleich zum gesamten Freistaat überdurchschnittlich hohe Betreuungsquoten aufweisen. Ganz ähnlich verhält es sich mit Eisenach und dem angrenzenden Wartburgkreis. In der kreisfreien Stadt Suhl trägt die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete dazu bei, dass relativ viele Kinder nicht in Kindertageseinrichtungen betreut werden und somit die Betreuungsquote vergleichsweise niedrig ist.

Abbildung 4: Betreute Kinder, Bevölkerung und Betreuungsquoten für Kinder in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege 2019 nach Kreisen

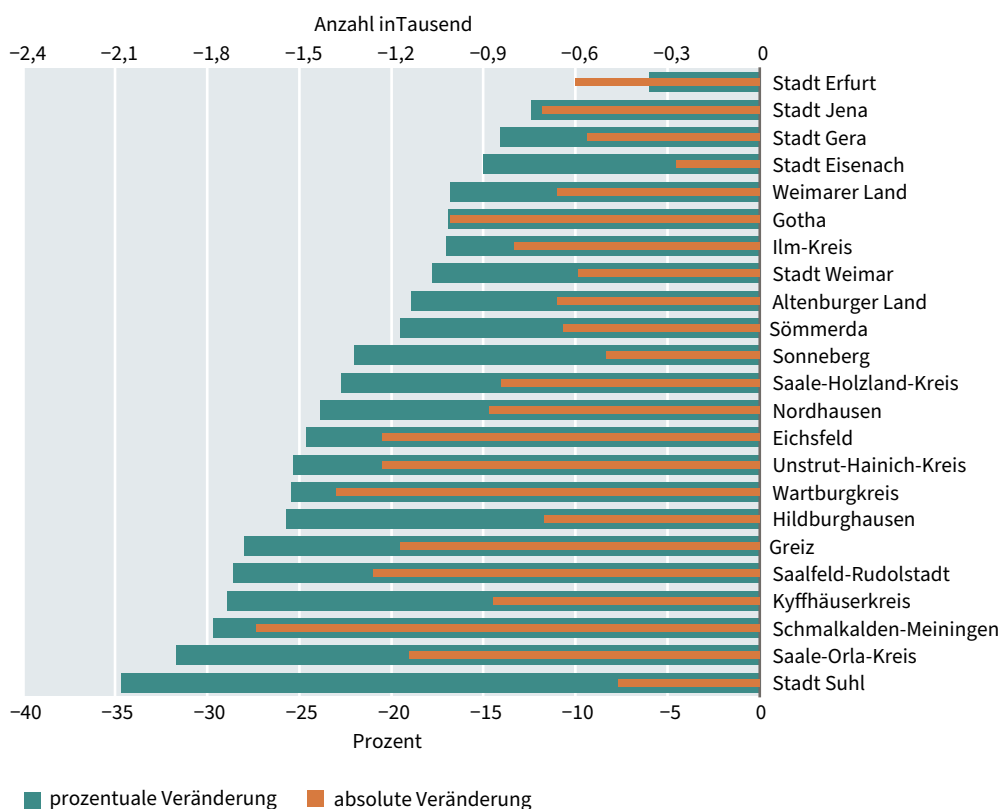
Kreisfreie Stadt Landkreis Land	betreute Kinder		Bevölkerung		Betreuungsquote	
	unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren
	1000				Prozent	
Stadt Erfurt	3,03	5,80	6,38	6,14	47,5	94,4
Stadt Gera	1,23	2,24	2,38	2,38	51,7	94,4
Stadt Jena	1,88	3,27	3,32	3,23	56,6	101,3
Stadt Suhl	0,41	0,75	0,75	0,86	54,8	88,0
Stadt Weimar	1,07	1,85	1,89	1,88	56,8	98,4
Stadt Eisenach	0,54	1,02	1,13	1,10	47,7	92,7
Eichsfeld	1,51	2,85	2,93	2,95	51,5	96,5
Nordhausen	1,10	2,08	2,06	2,18	53,7	95,6
Wartburgkreis	1,60	3,16	2,90	3,22	55,1	98,0
Unstrut-Hainich-Kreis	1,50	2,72	2,72	2,80	55,3	97,1
Kyffhäuserkreis	0,96	1,70	1,71	1,77	55,9	95,9
Schmalkalden-Meiningen	1,70	3,10	2,97	3,27	57,2	94,7
Gotha	1,83	3,41	3,46	3,57	53,0	95,6
Sömmerda	1,08	1,82	1,81	1,86	60,0	97,7
Hildburghausen	0,88	1,50	1,54	1,57	56,8	95,5
Ilm-Kreis	1,42	2,69	2,69	2,84	53,0	94,7
Weimarer Land	1,25	2,20	2,13	2,36	58,8	92,9
Sonneberg	0,66	1,27	1,24	1,33	53,8	95,3
Saalfeld-Rudolstadt	1,41	2,43	2,41	2,47	58,3	98,0
Saale-Holzland-Kreis	1,22	2,04	2,06	2,21	59,4	92,3
Saale-Orla-Kreis	1,13	2,00	1,95	2,04	57,9	97,8
Greiz	1,23	2,34	2,06	2,44	59,6	95,8
Altenburger Land	1,11	1,93	1,99	2,01	55,5	96,1
Thüringen	29,76	54,16	54,48	56,49	54,6	95,9
davon						
kreisfreie Städte	8,16	14,94	15,85	15,59	51,5	95,8
Landkreise	21,60	39,21	38,63	40,90	55,9	95,9

Absoluter und prozentualer Rückgang der betreuten Kinder fallen regional unterschiedlich aus

Für das Jahr 2040 wurde gegenüber 2019 für alle Kreise ein Rückgang der zu betreuenden Kinder zwischen 6,0 Prozent (Erfurt) und 34,7 Prozent (Suhl) vorausgerechnet. Absolut wird die Zahl je nach Kreis um 0,27 Tausend (Eisenach) bis 1,64 Tausend Kinder (Schmalkalden-Meiningen) sinken. Abbildung 5 gibt einen Überblick über die relative und absolute Entwicklung in den Kreisen bis 2040.

Der Rückgang wird jedoch nicht in allen Kreisen einheitlich verlaufen. Einige Kreise weisen in den ersten Jahren des Vorausberechnungszeitraums noch eine leichte Zunahme der Zahl der betreuten Kinder auf. Am stärksten fällt diese in Eisenach und dem Ilm-Kreis mit einem Anstieg bis 2021 um 3,7 bzw. 2,0 Prozent aus. Am längsten wird das 2019er Ausgangsniveau in Erfurt (bis 2025), Eisenach (bis 2023), dem Ilm-Kreis und dem Altenburger Land (jeweils bis 2022) überschritten. Für Suhl wurde nicht nur ein sehr starker, sondern auch ein sehr frühzeitiger Rückgang vorausgerechnet. Bereits 2021 werden voraussichtlich nur noch 92,6 Prozent der Kinderzahl des 2019er Ausgangswertes zu betreiben sein. Insgesamt muss man sich jedoch langfristig in ganz Thüringen auf sinkende Kinderzahlen in der Vorschulbetreuung einstellen.

Abbildung 5: Kinder in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Kreisen - Veränderung 2040 zu 2019



2. Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein- und berufsbildenden Schulen

Der folgende Teil des Aufsatzes beschäftigt sich mit der Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen, untergliedert in den Primarbereich und die Sekundarbereiche I und II²⁾, sowie an den berufsbildenden Schulen.

2.1 Darstellung der Berechnungsmethode

Die Vorausberechnung der Schülerzahlen im Bereich der allgemein- und berufsbildenden Schulen wurde auf Landesebene durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) vorgenommen und dem Thüringer Landesamt für Statistik zur Verfügung gestellt.

Die Schülerzahlen wurden vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vorausberechnet

Die Ergebnisse beruhen auf einer Berechnung der Schüler an Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft. Die Eingangsdaten hierfür bilden die Schuljahresstatistik 2019/20, der Bevölkerungsstand zum 31.12.2018 und die 2. rBv.

Methodisch wurde dabei nach Angaben des TMBJS folgendermaßen vorgegangen: Die Grundgesamtheit der Schüler je Kreis und Klassenstufe wurde über Anteilsquoten an der gleichaltrigen Bevölkerung berechnet. Die übrigen Merkmale wurden entsprechend den Verhältnissen im Basisjahr verteilt. Die Werte für die Schularten und Klassenstufen wurden entsprechend der Vorgaben des Statistischen Bundesamtes dem Primar- und Sekundarbereich I und II zugeordnet. Abweichend wurden die Schüler an Förderschulen in den Klassenstufen 1 bis 4 dem Primarbereich und die übrigen Schüler dem Sekundarbereich I zugeordnet, damit die Summe für die allgemeinbildenden Schulen mit dem bisher veröffentlichten Gesamtwert vergleichbar ist. Zu-

künftige Entwicklungen wie z. B. die Inklusion bzw. die Anzahl der Schüler an Förderschulen oder die Entwicklung der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen können aufgrund vielfältiger Einflussfaktoren zurzeit kaum abgeleitet werden. Hier spielen außer der Altersstruktur weitere Faktoren eine Rolle. Die Faktoren sind vielfältig, sehr stark von den individuellen Entscheidungen der einzelnen Schüler abhängig und statistisch nicht erfassbar. Es sind zudem keine eindeutigen Tendenzen erkennbar, die eine genauere mathematische Berechnung zulassen.

Ausschlaggebend für die Veränderung der Schülerzahlen ist die demografische Entwicklung der jeweiligen Altersgruppen.

2.2 Entwicklung der Schülerzahlen bis 2040

Bei der Darstellung der Ergebnisse wird zwischen den allgemeinbildenden Schulen mit den Bildungsstufen Primarbereich (Jahrgangsstufen 1 bis 4), Sekundarbereich I (Jahrgangsstufen 5 bis 10) sowie Sekundarbereich II (Jahrgangsstufen 11 bis 12) und den berufsbildenden Schulen unterschieden. Für diese Schularten werden die zukünftige Entwicklung und damit der zukünftige Bedarf an Schulplätzen jeweils bis zum Schuljahr 2040/41 aufgezeigt.

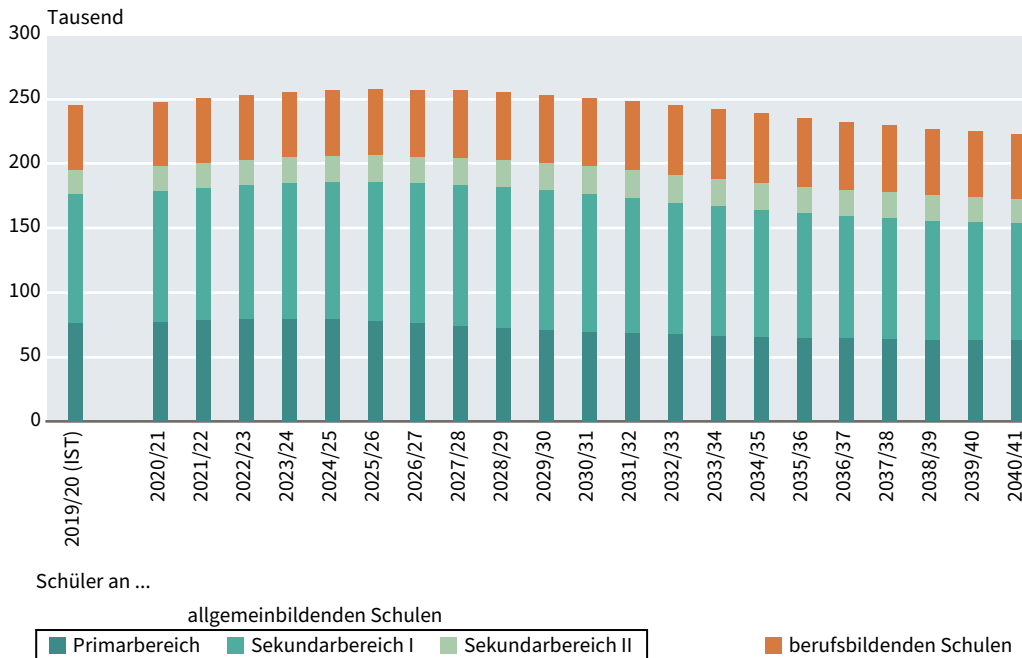
Bis zum Schuljahr 2025/26 steigt die Gesamtschülerzahl weiterhin

Seit dem Schuljahr 1997/98³⁾ nahm die Zahl der Schüler aller Schularten zusammen bis 2012/13 Jahr für Jahr ab. In den letzten 7 Schuljahren nahm deren Anzahl jedoch eine positive Entwicklung und stieg wieder leicht an. Dieser Trend wird sich laut der aktuellen Schülervorausberechnung auch im ersten Drittel des Berechnungszeitraumes bis zum Schuljahr 2025/26 fortsetzen. Danach reduziert sich die Gesamtschülerzahl voraussichtlich wieder (Abbildung 6). Die seit 1997 zu beobachtende Entwicklung ist auf den sehr starken Rückgang der Geburten ab 1989 und den langsamen Geburtenanstieg nach 1994 zurückzuführen.

2) Die institutionelle Gliederung des allgemeinbildenden Schulwesens nach Schularten kann durch eine horizontale Stufengliederung nach Bildungsbereichen ergänzt werden. Diese sind durch eine einheitliche Schulbesuchsdauer und gleiches Bildungsniveau gekennzeichnet. Entsprechend der auch international üblichen Abgrenzung werden die Klassenstufen 1 bis 4 als Primarbereich (Grundstufe), 5 bis 10 als Sekundarbereich I und die gymnasiale Oberstufe als Sekundarbereich II bezeichnet. Vorklassen und Schulkindergärten werden zum Vorschulbereich (Elementarstufe) gezählt.

3) Vgl. Schuljahresstatistik Schulen-Klassen-Schüler ABS ST+FT (Allgemeinbildende Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft) des Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Abbildung 6: Zahl der Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen 2019/20 bis 2040/41 nach Bildungsbereichen



Daten: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Die Zahl der Berufsschüler steigt bis zum Schuljahr 2033/34

An den berufsbildenden Schulen ist bis zum Schuljahr 2033/34 mit einem stetigen Anstieg der Zahl der Schüler zu rechnen. Im Vergleich zum Schuljahr 2019/20 ist von einem Anstieg um 8,3 Prozent bzw. 4,1 Tausend Schülern auf dann insgesamt 53,7 Tausend Schüler auszugehen. Jedoch wird deren Zahl ab dem Schuljahr 2034/35 bis 2040/41 wieder auf 50,0 Tausend sinken. Die Schüler an den berufsbildenden Schulen sind meist zwischen 16 und 23 Jahren alt. Aus diesem Grund hängt ihre Zahl direkt von der Entwicklung dieser Altersgruppe ab, die laut 2. rBv noch bis zum Jahr 2033 Zuwächse verzeichnen wird.

Bis zum Schuljahr 2040/41 sinkt die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen um rund 12 Prozent

Für die allgemeinbildenden Schulen wird insgesamt eine ähnliche, aber zeitlich früher einsetzende Entwicklung erwartet. Hier ist bis zum Schuljahr 2025/26 mit einem Anstieg der Schülerzahl um 5,6 Prozent auf ein Maximum von rund 206,5 Tausend Schülern zu rechnen. In den Schuljahren danach wird diese stetig um 16,2 Prozent auf 173,0 Tausend im Schuljahr 2040/41 sinken (Abbildung 7). Der Rückgang der Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen wird im gesamten Vorausberechnungszeitraum voraussichtlich 22,6 Tausend Schüler bzw. 11,5 Prozent betragen.

Abbildung 7: Zahl der Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen 2019/20 bis 2040/41

Schuljahr	Schüler an				
	berufsbildenden Schulen	allgemeinbildenden Schulen			
	insgesamt	insgesamt	davon im		
			Primarbereich	Sekundarbereich I	Sekundarbereich II
	1000				
2019/20 (IST)	49,6	195,6	76,7	99,6	19,3
Voraussichtliche Entwicklung					
2020/21	49,6	197,9	77,7	101,0	19,2
2021/22	49,7	200,5	78,6	102,6	19,3
2022/23	49,8	203,0	79,3	104,2	19,5
2023/24	50,1	205,1	79,7	105,5	19,9
2024/25	50,6	206,3	79,3	106,6	20,4
2025/26	51,1	206,5	78,1	107,6	20,7
2026/27	51,6	205,8	76,5	108,4	20,9
2027/28	52,0	204,5	74,5	108,9	21,1
2028/29	52,3	202,8	72,7	108,9	21,2
2029/30	52,6	200,6	71,2	108,0	21,4
2030/31	53,0	198,0	69,8	106,6	21,6
2031/32	53,3	195,0	68,6	104,7	21,7
2032/33	53,6	191,8	67,5	102,6	21,8
2033/34	53,7	188,5	66,5	100,4	21,6
2034/35	53,6	185,3	65,7	98,4	21,2
2035/36	53,2	182,4	65,0	96,6	20,8
2036/37	52,6	179,9	64,5	95,1	20,3
2037/38	51,9	177,7	64,0	93,7	20,0
2038/39	51,3	175,8	63,7	92,5	19,6
2039/40	50,6	174,3	63,5	91,5	19,3
2040/41	50,0	173,0	63,4	90,6	19,1
Veränderung zum Schuljahr 2019/20					
Absolut	0,4	-22,6	-13,3	-9,0	-0,2
Prozent	0,8	-11,5	-17,4	-9,1	-1,0

Daten: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

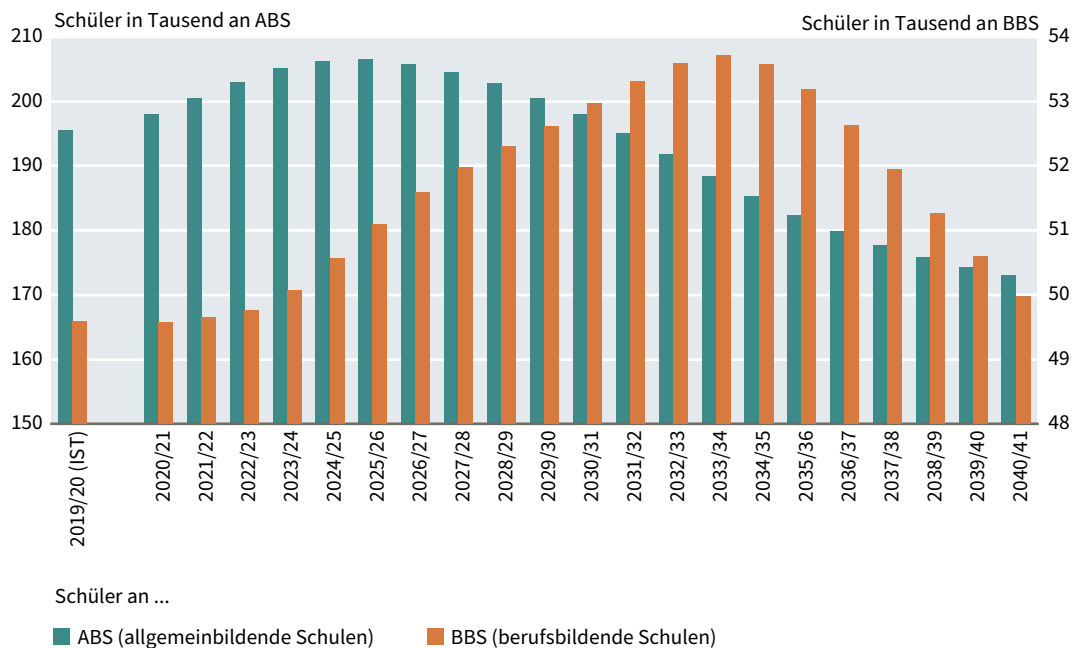
Die beschriebene Entwicklung wird in der Abbildung 8 noch einmal grafisch veranschaulicht. Hier wird deutlich, dass aufgrund des geringeren Durchschnittalters der Schüler an allgemeinbildenden Schulen die „Welle“ der höchsten Schülerzahlen zeitlich früher in diesen Schulen ankommt als in den Berufsschulen.

Nachfolgend werden die Ergebnisse für die allgemeinbildenden Schulen gesondert nach den bereits genannten Bildungsbereichen differenziert vorgestellt.

Entwicklung des Primarbereiches

Dem Primarbereich werden die Schüler der Jahrgangsstufe 1 bis 4 zugeordnet. Da die Einschulung meist im Alter von 6 Jahren stattfindet und die Kinder im Regelfall 4 Jahre im Primarbereich verbleiben, ist die Entwicklung der Schülerzahlen in diesem Bereich von der Entwicklung der 6- bis unter 10-Jährigen abhängig. Waren es im Referenzschuljahr 2019/20 noch 76,7 Tausend Schüler im Primarbereich, werden es trotz des Anstiegs bis zum Schuljahr 2023/24 auf

Abbildung 8: Zahl der Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen 2019/20 bis 2040/41



Daten: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

rund 79,7 Tausend zum Ende des Berechnungszeitraumes lediglich insgesamt 63,4 Tausend Schüler sein (Abbildung 9).

Gegenüber 2019/20 sinkt die Schülerzahl im Primarbereich bis zum Jahr 2040/41 um rund 17 Prozent

Dies entspricht einem Rückgang von 17,4 Prozent. Ursache hierfür ist der vorausberechnete Geburtenrückgang in den kommenden Jahren, der schon im Zeitraum ab 2017 begonnen hat und sich ab dem Schuljahr 2024/25 in den Grundschulen bzw. dem Primarbereich bemerkbar machen wird.

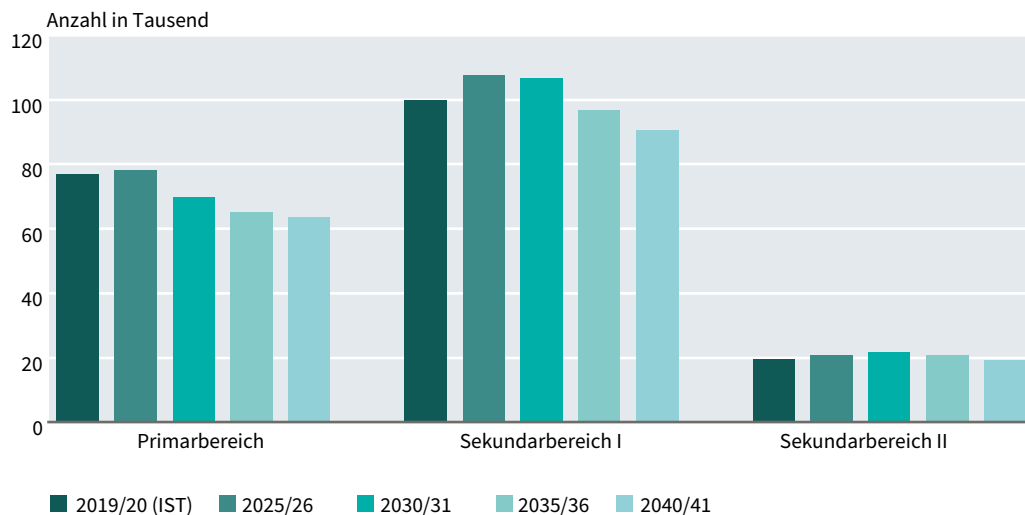
Entwicklung des Sekundarbereiches I

Die Klassenstufen 5 bis 10 an allgemeinbildenden Schulen stellen den Sekundarbereich I dar. Mit 99,6 Tausend Schülern im Schuljahr 2019/20 ist der Sekundarbereich I der größte unter den allgemeinbildenden Schulbereichen, da er mit 6 Schuljahren die meisten Klassenstufen umfasst.

Die Schülerzahl in der Sekundarstufe I steigt zunächst bevor sie bis 2040/41 fast auf 90 Prozent des heutigen Niveaus sinkt

Die Entwicklung der Schülerzahl wird (wie auch schon für den Primarbereich geltend) weitestgehend von der Entwicklung der Anzahl der Kinder und Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppe bestimmt. Laut der Vorausberechnung ist die Anzahl der Schüler im Gesamtverlauf mit -9,1 Prozent rückläufig (Abbildung 10). Somit werden im Schuljahr 2040/41 voraussichtlich 9,0 Tausend Schüler weniger den Sekundarbereich I besuchen. Voraussichtlich wird es jedoch innerhalb des Vorausberechnungszeitraums in der ersten Hälfte bis zum Schuljahr 2027/28 zunächst eine Zunahme der Schülerzahlen bis auf ein Maximum von 108,9 Tausend Schülern geben. Dies entspricht einem Anstieg von 9,3 Prozent. Anschließend ist für die restlichen 13 Vorausberechnungsjahre von einem Rückgang von 16,8 Prozent auszugehen.

Abbildung 9: Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Bildungsbereichen 2019/20 bis 2040/41



Daten: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Entwicklung des Sekundarbereiches II

Der Sekundarbereich II entspricht der gymnasialen Oberstufe. Dazu zählen die Jahrgangsstufen 11 bis 12 der entsprechenden Schulart an Thüringer Schulen. Es handelt sich lediglich um 2 Klassenstufen und damit auch zahlenmäßig den kleinsten Bildungsbereich, den 9,9 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2019/20 besuchten.

Die Zahl der Schüler im Sekundarbereich II steigt zunächst und geht bis 2040/41 wieder auf das Niveau von 2019/20 zurück

Die Schülerzahl im Sekundarbereich II entwickelt sich – mit entsprechendem Zeitversatz – ähnlich wie die der anderen Schulbereiche bzw. fast gleich mit der Zahl der Berufsschüler. Die Zahl der Schüler ist direkt von der Anzahl der Jugendlichen im Alter von ca. 16 bis 18 Jahren abhängig, deren Zahl noch bis zum Jahr 2032 steigt. Somit nimmt voraussichtlich auch die Schülerzahl in der Sekundarstufe II bis zum Schuljahr 2032/33 um 13,0 Prozent bzw.

2,5 Tausend zu, um anschließend bis 2040 auf das Ausgangsniveau des Jahres 2019/20 zu sinken. Wurden im Schuljahr 2019/20 noch 19,3 Tausend Schüler im Sekundarbereich II unterrichtet, werden es laut Vorausberechnung im Schuljahr 2040/41 mit 19,1 Tausend voraussichtlich etwas weniger sein.

3. Zusammenfassung

Die vergangene und die zukünftige Geburtenentwicklung bestimmen maßgeblich die zukünftige Zahl der Kinder und Jugendlichen und somit auch den Bedarf an Plätzen in der Kinderbetreuung und den verschiedenen Schulformen. So wird der in der 2. rBv vorausberechnete Rückgang der Geburten in Thüringen mit Stabilisierung der Geburtenzahl nach 2030 sukzessive zum Rückgang der Kinderzahlen in den verschiedenen Altersklassen führen.

Die Zahl der betreuten Kinder und Schüler geht langfristig zurück

Dies hat zur Folge, dass zunächst eine Reduzierung der Zahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege zu erwarten ist. Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung trifft dies auch auf die Schülerzahlen in den einzelnen Bildungsbereichen der allgemein- und berufsbil-

Abbildung 10: Veränderung der Anzahl der Kinder in Kindertagesbetreuung und der Anzahl der Schüler 2040/41 gegenüber 2019/20 nach Bildungsbereichen



denden Schulen zu. So werden die Kinderzahlen in Einrichtungen für jüngere Kinder bis 2040 stärker zurückgehen, während die Zahlen der älteren Jugendlichen im Sekundarbereich II und an den berufsbildenden Schulen ungefähr wieder das Niveau von 2019 erreichen werden (Abbildung 10). Hier ist aufgrund des höheren Alters der Schüler erst nach 2040 mit einem stärkeren Rückgang zu rechnen.

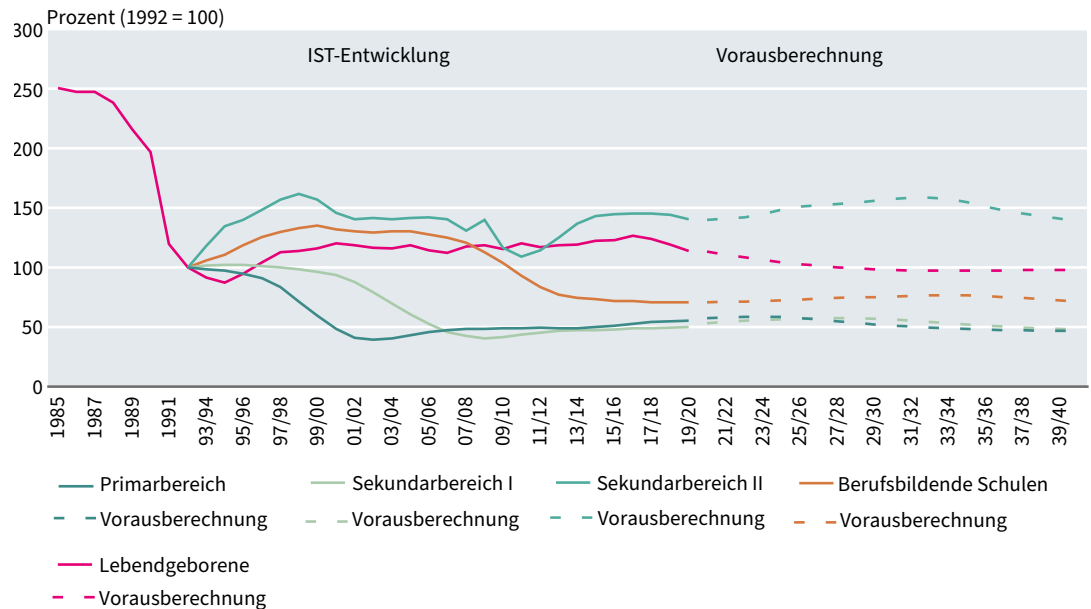
Dies veranschaulicht abschließend Abbildung 11 anhand der langfristigen Entwicklung der Geburten- und Schülerzahlen nach Bildungsbereichen. Wie bereits in der Vergangenheit werden auch in der Zukunft geburtenstärkere bzw. geburtenschwächere Jahrgänge sich als „Welle“ durch die verschiedenen Bereiche der Kindertagesbetreuung und Bildung bewegen. Der Geburtenrückgang ab 1989 mit seinem Tiefststand 1994 machte sich ab 1995/96 im Primarbereich (Grundschulalter), ab 1999/2000 im Sekundarbereich I ab Klassenstufe 5 und ab 2006 an den Berufsschulen und im Sekundarbereich II in einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen bemerkbar. Da der Sekundarbereich II an den allgemeinbildenden Schulen (gymnasiale Oberstufe) nur wenige Jahrgänge umfasst, machten sich hier die Geburtenausfälle um 1994 in einem besonders starken Rückgang, aber auch Wiederanstieg der Schülerzahlen bemerkbar. In den anderen Schulbereichen wurde dieser Einschnitt abgeflacht, da diese Bereiche mehr Jahrgänge an Schülern umfassen.

Die Entwicklung der betreuten Kinder und Schüler ist vor allem eine Folge der Geburtenentwicklung

Der aktuell zu verzeichnende Geburtenrückgang wird sich dementsprechend in Zukunft in den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche auswirken, wenn auch nicht in so einschneidender Form wie die „Welle“ der 1990er Jahre. Das Gleiche trifft auf die konstanten Geburtenzahlen der letzten vorausgerechneten Jahrgänge zu, die als erstes Auswirkungen auf die Kindertagesbetreuung haben werden. Im Sekundarbereich II und an den berufsbildenden Schulen werden diese Einflüsse erst später sichtbar.

Die vorgestellte Entwicklung der Schülerzahlen wird sich regional teilweise unterschiedlich gestalten. Sie hängt ebenso wie die Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung von der bisherigen und zukünftigen regionalen Geburten- und Einwohnerentwicklung ab. Entsprechend muss auch die Anpassung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche lokal differenziert erfolgen.

Abbildung 11: Zahl der Lebendgeborenen 1985 bis 2035 und Schülerzahlen 1992/93 bis 2040/41 nach Bildungsbereichen

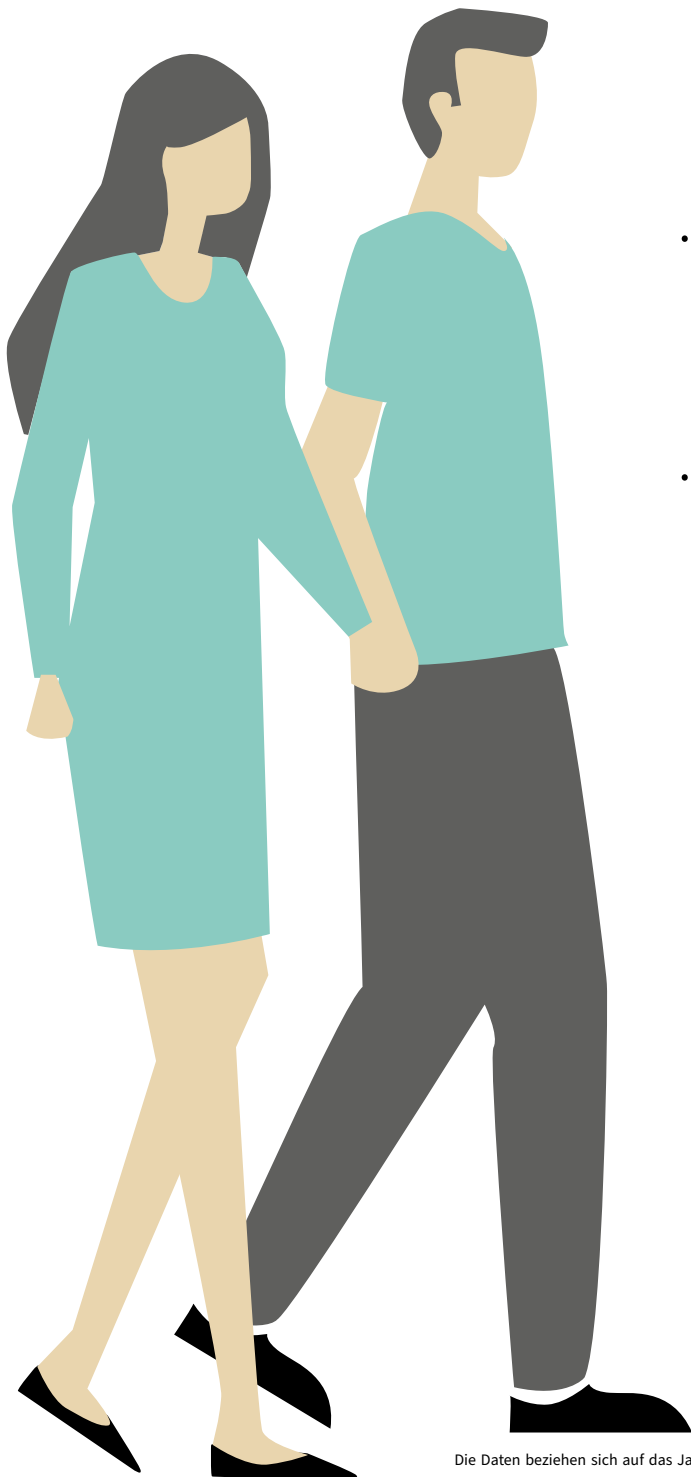


Unerwartete
Zuwanderung kann
die Nachfrage nach
Betreuungs- und Schul-
plätzen erhöhen und eine
neue Vorausberechnung
erforderlich machen

Die vergangenen 5 Jahre haben zudem deutlich vor Augen geführt, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen nicht nur von der Geburtenentwicklung, die vergleichsweise sicher vorausberechnet

werden kann, sondern auch von der Zuwanderung nach Thüringen beeinflusst wird. Deren Vorausberechnung ist mit deutlich größeren Unsicherheiten verbunden, da sie weniger von der Altersstruktur der Thüringer Bevölkerung, sondern vielmehr von der wirtschaftlichen und politischen Situation im In- und Ausland abhängt. Insofern stellen die hier vorgestellten Ergebnisse immer nur eine Momentaufnahme auf Basis der im Rahmen der 2. rBv und der Anschlussrechnungen getroffenen Annahmen dar. Wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, müssen somit auch die Bevölkerungsvorausberechnung und die Anschlussrechnungen einer Prüfung und eventuellen Anpassung unterzogen werden.

DER DURCHSCHNITTS- THÜRINGER



... kann mit
12 Kilogramm
heimischen Äpfeln

... und
22 Kilogramm
heimischen Kartoffeln ver-
sorgt werden

Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2019.

BEVÖLKERUNGS- VORAUSBERECHNUNGEN *)

Was sie leisten können – und was nicht

Prof. Dr. Klaus Friedrich

leitet das Fachgebiet Sozialgeographie des Instituts für Geowissenschaften und Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine Forschungsschwerpunkte: demografischer Wandel, geografische Altersforschung, sozialräumliche Regionalanalyse.

klaus.friedrich
@geo.uni-halle.de

Dr. Susanne Knabe

ist Referentin im Referat Bevölkerungs- und Haushaltsstatistiken im Thüringer Landesamt für Statistik. Ihre Kernaufgaben: Bevölkerungsvorausberechnungen und Anschlussrechnungen.

susanne.knabe
@statistik.thueringen.de

Gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche interessieren sich zahlreiche Akteure aus dem politischen und medialen Raum sehr für Aussagen über künftige Entwicklungen von gesellschaftlich drängenden Problemfeldern. Entsprechend häufig kommt es im Falle kaum hinterfragter Übernahmen zu Enttäuschungen, wenn prognostizierte von tatsächlichen Entwicklungen abweichen. Zu Recht?

In die Zukunft gerichtete Analysen von Bevölkerungsentwicklungen und -strukturen über einen längeren zeitlichen Horizont haben hierzulande Tradition. Sie stoßen in der Öffentlichkeit auf ein großes Interesse. Landläufig werden sie unter dem Oberbegriff Prognosen zusammengefasst. Im vorliegenden Beitrag verwenden wir demgegenüber für die vorausschauenden Aussagen zu demografischen Perspektiven den Begriff „Bevölkerungsvorausberechnungen“. Dieser ist hinsichtlich Verfahren und Zielsetzung in Deutschland am weitesten verbreitet.

Im Zeichen des demografischen Wandels spiegeln begründete Aussagen über mögliche künftige Entwicklungen häufig die Brisanz der damit verbundenen Herausforderungen: Schrumpfung, Alterung und Ausdifferenzierung der Bevölkerung wirken sich auf vielfältige unter anderem ökonomische, sozialpolitische oder infrastrukturelle Handlungsfelder aus. Angesichts der sich daraus ableitenden politischen und planerischen Bedeutung erwarten Nutzer der Bevölkerungsvorausberechnungen häufig eine hohe Treffsicherheit der bereitgestellten Zukunftsinformationen. Sie übernehmen bisweilen auch Ergebnisse in Bereichen mit dringenden Lösungsbedarfen, ohne sie bezüglich ihrer Aussagekraft hinreichend zu hinterfragen – und haben wenig Verständnis dafür, wenn prognostizierte von tatsächlichen Entwicklungen abweichen. Wissenschaftliche Politikberatung muss deshalb immer wieder auf die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen von Bevölkerungsvorausberechnungen hinweisen. Das ist auch die Intention dieses Beitrags.

Begriffliche und inhaltliche Klarstellung – Aufgaben von Vorausberechnungen

Vorausberechnung, Prognose und Vorhersage – eine begriffliche Einordnung

Vielfach sind an Bevölkerungsvorausberechnungen Erwartungen geknüpft, die sich stark von dem abheben, was diese leisten sollen und können. Eine Ursache hierfür ist der zum Teil unpräzise und uneinheitliche Umgang mit den Begriffen. Je nachdem, was man mit dem Blick in die Zukunft erreichen will, werden Vorausberechnungen, Vorhersagen, Prognosen oder Szenarien erstellt. Meist verwenden Akteure in der öffentlichen aber auch wissenschaftlichen Debatte die Bezeichnung Prognose als Überbegriff für alle Aussagen über künftige Entwicklungen. Dies geschieht unabhängig davon, welche Methodik (Annahme, Erwartung, Berechnung) dieser Aussage zugrunde liegt. Somit hat sich auch in den Bevölkerungswissenschaften der Begriff Prognose „traditionell“ etabliert.

Vielfach sind an Bevölkerungsvorausberechnungen Erwartungen geknüpft, die sich stark von dem abheben, was diese leisten sollen und können

Dem folgt zum Beispiel auch Bretz (2000: 643 ff.) in seinen Ausführungen zu den Methoden der Bevölkerungsvorausberechnung im Handbuch der Demographie 1. Er unterscheidet zwischen „Bevölkerungsvorausschätzungen“ für einen kurzen Zeit-

*) Der Artikel ist erstmalig unter dem Titel „Bevölkerungsvorausberechnungen – was sie leisten können und was nicht“ erschienen in: Informationen zur Raumentwicklung (1/2018), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), S. 22–33, Bonn, 2018.

Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt den Autoren und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

raum von bis zu 15 Jahren und allen darüber hinaus blickenden „Modellrechnungen“. Letztere werden nochmals unterschieden, je nachdem, ob es sich um realistische oder eher hypothetische Annahmen (Simulationsrechnungen) handelt. „Prognosen“ sind nach seinem Verständnis alle Vorausberechnungen mit realistischen Annahmen zur zukünftigen Entwicklung. Der von ihm verwendete Begriff „Schätzung“ suggeriert für Außenstehende eine deutlich höhere Unsicherheit und einfachere Methode gegenüber der Bezeichnung „Berechnung“. Nach Gliederung des Autors handelt es sich aber nur um eine zeitliche Abgrenzung.

Aus der Erfahrung mit Reaktionen aus Politik und Verwaltung auf die Ergebnisse von Vorausberechnungen wird im vorliegenden Beitrag – entgegen den von Bretz verwendeten Begrifflichkeiten – generell von „Bevölkerungsvorausberechnungen“ und bei sehr langfristigen Zeithorizonten oder hypothetischen Annahmen von „Modellrechnungen“ gesprochen. Der Ausdruck „Prognose“ wird zudem gezielt vermieden, um eine inhaltliche Abgrenzung von Wirtschafts- und Wahlprognosen oder Wettervorhersagen zu verdeutlichen. Von diesen meist kurzfristigen Vorausschauungen wird erwartet, dass sie genauso eintreffen wie vorhergesagt. Langfristige Bevölkerungsvorausberechnungen können und müssen diesen Anspruch jedoch nicht erfüllen. Sie sollen verdeutlichen, wie sich die bereits heute bestehenden Bevölkerungsstrukturen und -bewegungen mittel- bis langfristig auswirken.

Häufig wünschen Politik und andere Anwender Spannbreiten einer möglichen Entwicklung, vielfach auch als Szenarien bezeichnet. Solche Berechnungen sind sinnvoll, da sie den Rahmen der wahrscheinlichen Entwicklung aufzeigen. Auch das Statistische Bundesamt erstellt unterschiedliche „Varianten“ der Bevölkerungsentwicklung. Hierbei kombiniert es verschiedene Ausprägungen der einzelnen Komponenten entsprechend der unterschiedlichen Annahmen. Der Nutzer kann dann je nach betrachtetem Zeithorizont, aktueller Entwicklung oder Frage eine der Varianten beziehungsweise eine Modellrechnung auswählen. Daraus resultiert jedoch häufig das Problem, dass in der Praxis die für den Anwendungskontext passende Variante herausgegriffen und instrumentalisiert wird, ohne auf die dahinter stehenden Annahmen hinzuweisen.

Ein weiteres Problem ergibt sich, wenn Nutzer nachfragen, welche Varianten denn nun „die richtige“ ist. So hat zum Beispiel die Landesregierung in Thüringen in der Vergangenheit immer eine der erstellten

Varianten der Bevölkerungsvorausberechnungen ausgewählt und sie im Kabinett als verbindliche Planungsgrundlage beschlossen. Da letzten Endes doch nur eine Version Verwendung fand, wurde die aktuelle Vorausberechnung dort nur als eine Variante gerechnet. Deren Annahmen entsprechen überwiegend denen der Hauptvariante der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (13. kBV) des Statistischen Bundesamtes. Vielfach werden diese Varianten umgangssprachlich – aber auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen (u. a. Steinberg/Doblhammer-Reiter 2010, Bräuninger/Teuber 2016) – als Szenarien bezeichnet. Begrifflich findet nicht in jedem Fall eine klare Trennung von der in der Zukunftsforschung angewandten Szenario-Methodik statt. Deren Produkt sind meist komplexere Texte oder Modelle, die mögliche Zukünfte beschreiben (vgl. Kosow/Gaßner 2008).

Der Vorteil von Modellrechnungen besteht vor allem darin, hypothetische Entwicklungen aufzuzeigen und damit zum Beispiel auf die Stärke des Einflusses einzelner demografischer Komponenten hinzuweisen. So lässt sich beispielsweise berechnen, wie sich die Bevölkerung entwickeln würde, wenn die Geburtenrate auf dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau liegen würde. Auch kann man veranschaulichen, wie stark der Bevölkerungsrückgang wäre, wenn Deutschland auf Dauer keine Wanderungsgewinne aus dem Ausland erzielen würde.

Das Anliegen von Vorausberechnungen

Vorausberechnungen (bzw. „Prognosen“, die eigentlich Vorausberechnungen sind) sollen aufzeigen, wie sich die Bevölkerung und ihr Altersaufbau unter bestimmten Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Sterblichkeit und der Wanderungen von Jahr zu Jahr verändern. Dies ermöglicht einen Blick darauf, wie sich die Bevölkerung eines bestimmten Gebiets verändert, falls sich zum Beispiel bei den demografischen Komponenten keine Trendumbrüche oder Sonderentwicklungen ergeben. Bevölkerungsvorausberechnungen können damit zeigen, wie sich die in der Vergangenheit angelegte derzeitige Bevölkerungsstruktur auf die Zukunft auswirkt. Sie erheben jedoch nicht „den Anspruch vorherzusagen, was geschehen wird“ (Schmidt/Hochstetter 2014: 18).

Bevölkerungsvoraus- berechnungen können zeigen, wie sich die in der Vergangenheit angelegte derzeitige Be- völkerungsstruktur auf die Zukunft auswirkt

Sie können somit als Warninstrument dienen, indem sie auf eine zunehmende oder abnehmende Gesamtbevölkerung oder die Entwicklung einzelner Bevölkerungsgruppen (wie die Zahl der Erwerbspersonen, Hochbetagten oder Schüler) hinweisen. Zu erwartende problematische Entwicklungen lassen sich somit veranschaulichen. Pötzsch (2016: 38) bringt es auf den Punkt, wenn sie ausführt: „Bevölkerungsvorausberechnungen sind [...] vor allem dann sinnvoll und nützlich, wenn sie richtige Signale senden, und nicht unbedingt dann, wenn sie bei einer Expost-Betrachtung die Zukunft mit hoher Genauigkeit vorhergesagt haben.“

Steuern (politische) Einflussnahme auf die Bevölkerungsentwicklung ist jedoch in Deutschland – abgesehen von den Wanderungsbewegungen mit dem Ausland – nur begrenzt und kaum kurzfristig möglich, da demografischen Prozessen ein starker Trägheitseffekt anhaftet.

So ist zum Beispiel die Zahl der potenziellen Mütter, die es in 15 bis 20 Jahren geben wird, durch die Zahl bereits heute geborener Mädchen und die bekannten Sterblichkeiten von jungen Frauen in hohem Maße festgelegt. Kurzfristig können hierzulande nur umfangreiche Wanderungsprozesse diese Rahmenbedingungen noch verändern. Selbst ein aktueller Anstieg der Geburtenraten hält rückläufige Geburtenzahlen nicht auf, wenn die Zahl potenzieller Mütter aufgrund vorangegangener Geburtenausfälle sinkt. Hinzu kommt, dass sich das Geburtenverhalten der Bevölkerung (u. a. Zahl der Kinder je Frau, Alter der Mütter bei Geburt der Kinder) nur langsam ändert und damit auch relativ sicher in die Vorausberechnungen einfließen kann.

Herangehensweise bei Vor- ausberechnungen

Methodik der Bevölkerungsvor- ausberechnungen

Die Vorstellung eines Außenstehenden darüber, wie „Bevölkerungsprognosen“ erstellt werden, entspricht meist der Zeitreihenmethode (vgl. Bähr 2010: 223), bei der eine jährliche Wachstumsrate auf die Zahl der Gesamtbevölkerung übertragen wird. Im Gegensatz dazu sind deterministische und stochastische Ansätze methodologisch aufwendiger.

Die Analyse von Trends der vergangenen Entwicklung bildet die Basis stochastischer Berechnungen. Aus diesen werden „Wachstumsfunktionen für die Zukunft abgeleitet“ (Lux-Henseler 2013: 3). Sie ermöglichen die Angabe der Wahrscheinlichkeit, mit der die berechnete Entwicklung in der Zukunft eintreten wird. Da Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistischen Ämter Grundlage für vielfältige regionale Planungen oder auch bundesweit wirksame politische Entscheidungen darstellen, müssen sie auch für Nichtmathematiker verständlich und methodisch nachvollziehbar sein. Stochastische Modelle sind dem Nutzer jedoch schwerer zu erläutern. Meist wünschen sich diese auch nicht Wahrscheinlichkeiten, sondern Zielgrößen der Entwicklung. Daher sind deterministische Ansätze wie die Kohorten-Komponenten-Methode in der Praxis das Standardverfahren. Zudem gilt fast immer: Je kleiner die betrachteten Gebietseinheiten, umso stärker wird der Einfluss von Wanderungsbewegungen und damit die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung. Auch dies spricht dafür, traditionelle deterministische Modelle in Form der Kohorten-Komponenten-Methode einzusetzen. Sie schreiben den Bevölkerungsstand jahrgangsweise und nach Geschlecht getrennt anhand der Komponenten der demografischen Grundgleichung (Mortalität, Fertilität und Migration) in die Zukunft fort. Bei unterschiedlich gerechneten Varianten werden die Annahmen jeweils bezüglich der einzelnen Komponenten getroffen (z. B. höhere bzw. niedrigere Geburtenraten oder besonders hohe Zuwanderung aus dem Ausland).

Vereinfacht lässt sich das Vorgehen bei der Kohorten-Komponenten-Methode wie folgt beschreiben (vgl. Abb. 1): Für alle einzelnen Vorausberechnungsjahre erfolgt die Berechnung der Bevölkerungsbewegungen für jedes Altersjahr (meist 100 Altersjahre oder mehr) getrennt nach Geschlecht. Dazu sind für jedes Vorausberechnungsjahr und jeden Altersjahr-

gang zunächst aus der vergangenen Entwicklung und den Annahmen zur zukünftigen Entwicklung alters- und geschlechtsspezifische Sterbe-, Zu- und Fortzugswahrscheinlichkeiten sowie altersspezifische Fruchtbarkeitskennziffern zu berechnen. Zudem werden Annahmen zum Umfang der Zu- und Fortzüge differenziert nach Binnen- und Außenwanderungen getroffen. Die berechneten Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und der Einwohnerzahl leiten sich somit aus dem erwarteten Verhalten und der bestehenden Altersstruktur ab.

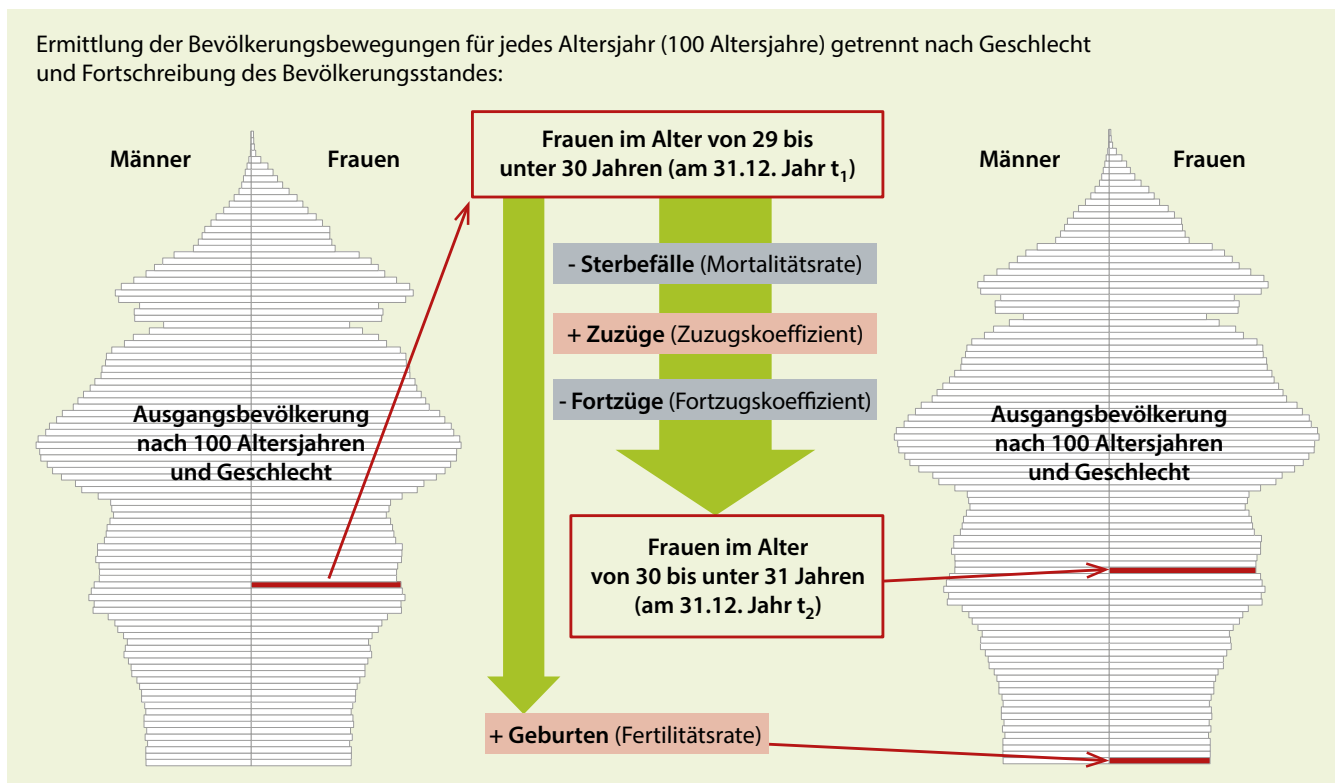
Anschließend wird ausgehend von der Basisbevölkerung des Ausgangsjahres jeder Altersjahrgang getrennt nach Geschlecht mit seinen jeweiligen Koeffizienten multipliziert. Daraus ergeben sich für das nächste Vorausberechnungsjahr die Zahl der Geburten sowie die Zahl und das Alter der Sterbefälle. Weiterhin wird die Zahl der angenommenen Zu- und Fortzüge den jeweiligen Altersjahren zugeordnet. Abbildung 1 stellt vereinfacht jeweils die Summen von Außen- und Binnenwanderungen in Form von Zu- und Fortzügen dar. Die bereits lebenden Jahrgänge werden in die nächsthöhere Altersstufe übernommen, indem sie um erwartete Sterbefälle vermindert und um den jeweiligen Wanderungssaldo korrigiert werden. Gleichzeitig werden die Lebendgeborenen

hinzugefügt, die die neu hinzukommenden Jahrgänge bilden. Aus der Summe der einzeln und nach Geschlecht berechneten Altersjahre, den Geburten und Zuzügen abzüglich der Sterbefälle und Fortzüge ergibt sich die Einwohnerzahl des jeweiligen Vorausberechnungsjahres. Dieser Vorgang wird bis zum Zieljahr der Vorausberechnung wiederholt.

Im Ergebnis sind Aussagen zur Entwicklung einzelner Altersgruppen und -jahrgänge sowie zu den Geburten, Sterbefällen und den Wanderungen für das jeweils berechnete Gebiet möglich. Diese Ergebnisse liegen auch für alle Zwischenjahre des Vorausberechnungszeitraums vor.

Die Anwendung dieser Methode erfordert jedoch eine Mindestgröße an Einwohnern. Für die Berechnung der Koeffizienten der Bevölkerungsbewegungen ist eine ausreichende Anzahl an Geburten, Sterbefällen und Wanderungen notwendig, um für alle Altersjahre getrennt nach Geschlecht statistisch belastbare Werte zur durchschnittlichen Anzahl der Bevölkerungsbewegungen zu berechnen. Zudem sollten alle Altersjahrgänge der Bevölkerung entsprechend stark besetzt sein, die Basis- oder Ausgangsbevölkerung muss also ausreichend groß sein (vgl. u.a. Schmidt/Hochstetter 2014: 12).

Abbildung 1: Vereinfachte Darstellung der Kohorten-Komponenten-Methode der Bevölkerungsvorausberechnungen



Quelle: S. Knabe

Für kleinräumige Planungen fordern viele Akteure jedoch ebenfalls Einwohnerprognosen. Hier geraten Vorausberechnungen an ihre Grenzen, da oftmals einzelne Altersjahre in vielen kleinen Gemeinden nur sehr gering oder gar nicht besetzt sind. Um in solchen Fällen dennoch vorausberechnete Einwohnerzahlen bereitstellen zu können, wird häufig der Weg der „Gruppenrechnungen“ gewählt. Hierbei wird eine Typisierung vorgenommen. Ähnliche Gebietseinheiten eines Bundeslandes oder eines Landkreises – zum Beispiel in struktureller oder demografischer Hinsicht – werden zusammengefasst und in der Vorausberechnung wie eine Einheit betrachtet. Das heißt, die Einwohner aller in die Gruppe aufgenommenen Gemeinden werden addiert. Anschließend wird die Berechnung nach der oben beschriebenen Methode vorgenommen.

Da sich die Einwohner nach der Berechnung jedoch nicht mehr den einzelnen Gemeinden der Gruppe zuordnen lassen, liegen als Ergebnis nur Daten für die gesamte Gruppe vor. Die prozentuale Entwicklung der Einwohnerzahl lässt sich als Gesamtergebnis auf die Einzelgemeinden übertragen, sodass sich für das Zieljahr der Vorausberechnung eine Einwohnerzahl ermitteln lässt. Eine Untergliederung nach Geschlecht oder Altersgruppen ist für die Einzelmitglieder der Gruppe jedoch nicht möglich. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist ebenso zu beachten, dass spezifische Entwicklungen der einzelnen Gemeinden nivelliert werden, da örtliche Planungsvorhaben und Spezifika bei den Berechnungen keine Berücksichtigung finden können (Schmidt/Hochstetter 2014: 18).

Zur Rolle der Annahmen bei Vorausberechnungen

Insgesamt sind die Ergebnisse von Vorausberechnungen immer „Wenn-Dann-Aussagen“: Wenn die getroffenen Annahmen eintreffen, dann wird sich die Bevölkerung so wie vorausberechnet entwickeln. Um die Qualität einer Vorausberechnung beurteilen zu können, ist die genaue Angabe der Annahmen unerlässlich. Die detaillierte Analyse von Datenreihen der Vergangenheit und Gegenwart sowie deren erwartete Fortschreibung in die Zukunft bildet die Grundlage für die Festlegung der Annahmen. Dieser Arbeitsschritt ist bei der Erstellung von Bevölkerungsvorausberechnungen mindestens ebenso wichtig und aufwendig wie die anschließende Berechnung selbst. Nur wenn die gegenwärtigen demografischen Strukturen und Bewegungen möglichst treffend analysiert werden und als entsprechende Annahmen in die Vorausberechnung einfließen,

können diese ihrer Aufgabe gerecht werden, „richtige Signale im Hinblick auf die künftige demografische Entwicklung zu senden“ (Pöttsch 2016: 39).

Die Annahmen zur zukünftigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung lassen sich vergleichsweise sicher festlegen. In Deutschland ist mit einer weiter leicht ansteigenden Lebenserwartung zu rechnen, wobei regional zum Teil unterschiedliche Ausgangsniveaus die Basis bilden. Diese Entwicklung war in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten, wobei mit der generell ansteigenden Lebenserwartung ein „Aufholprozess“ der ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Bundesländern einherging. Die Zahl der Frauen im reproduktiven Alter und das generative Verhalten der Bevölkerung bestimmen über die zukünftige Zahl der Geburten. Für mittelfristige Vorausberechnungen, die meist etwa 20 bis 25 Jahre in die Zukunft blicken, ist die Zahl potenzieller Mütter bereits in hohem Maße mit der bestehenden Bevölkerung angelegt, da die Mehrzahl der Frauen schon geboren ist. Das generative Verhalten der Frauen lässt sich anhand der Zahl der Kinder je Frau und dem durchschnittlichen Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder in Form von Kennziffern darstellen. Dieses hat sich in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass sich die Zahl der Kinder je Frau (zusammengefasste Geburtenziffer) leicht erhöht hat und das Alter bei der Geburt weiter gestiegen ist. Die Statistischen Ämter gehen in ihren aktuellen Vorausberechnungen davon aus, dass sich dieser Trend zumindest bis 2025 fortsetzt. Auch hierbei berücksichtigen sie in den jeweiligen Berechnungen regionale Unterschiede in Deutschland.

Bezüglich der Annahmen zu den Wanderungen ist zwischen Binnen- und Außenwanderungen zu unterscheiden. Für die jeweiligen Zu- und Fortzüge sind getrennte Annahmen zu treffen. Die Binnenwanderungen leiten sich meist von den Trends der vorangegangenen Jahre ab. Größere Unsicherheiten sind mit den Außenwanderungen – insbesondere der Zuwanderung nach Deutschland – verbunden, da diese von der jeweiligen internationalen Lage und (zum Teil sehr kurzfristigen) politischen Entscheidungen abhängt. Dies wurde deutlich bei der 2014 und 2015 erstellten 13. kBV und der umfangreichen Zuwanderung von Schutzsuchenden im Jahr 2015.

Solche Sonderentwicklungen lassen sich in den Annahmen nur bedingt berücksichtigen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass auf Phasen verstärkter Zuwanderung meist Jahre mit geringeren Wanderungsgewinnen folgen. Die in den Vorausberechnungen angenommenen Wanderungssalden sind demnach

als langjährige Durchschnitte zu interpretieren. Auch dies ist ein Argument dafür, Bevölkerungsvorausrechnungen nicht als punktgenaue Einwohnerprognosen zu nutzen, sondern als Richtungsanzeiger für mittel- bis langfristige Zeiträume.

Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausrechnungen

Beurteilung der Qualität von Bevölkerungsvorausrechnungen

Viele Nutzer von Bevölkerungsvorausrechnungen beurteilen deren Qualität anhand ihrer Treffsicherheit. Wie bereits erwähnt, steigt diese meist bei kürzeren Zeithorizonten und größeren Bevölkerungsbeständen. Solche Qualitätsbestimmungen lassen sich erst nachträglich vornehmen, wenn die vorausberechnete Entwicklung eingetreten ist. So kann man messen, wie stark die tatsächliche von der prognostizierten Einwohnerzahl abweicht oder wie sehr sich die Annahmen von der realen Entwicklung der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen unterscheiden (vgl. Steinberg/Doblhammer-Reiter 2010: 394). Nicht selten verändern sich eine oder mehrere demografische Komponenten gegenüber den gesetzten Annahmen – zum Beispiel durch Trendwenden wie die Wiedervereinigung oder andere unvorhersehbare Ereignisse. Das bedeutet aber nicht, „dass ‚man sich verrechnet‘ hat, (sondern) [...] dass sich während des Vorausrechnungszeitraums Rahmenbedingungen [...] geändert haben – möglicherweise auch bedingt durch unmittelbare oder mittelbare Wirkungen von politischen Steuerungsmaßnahmen“

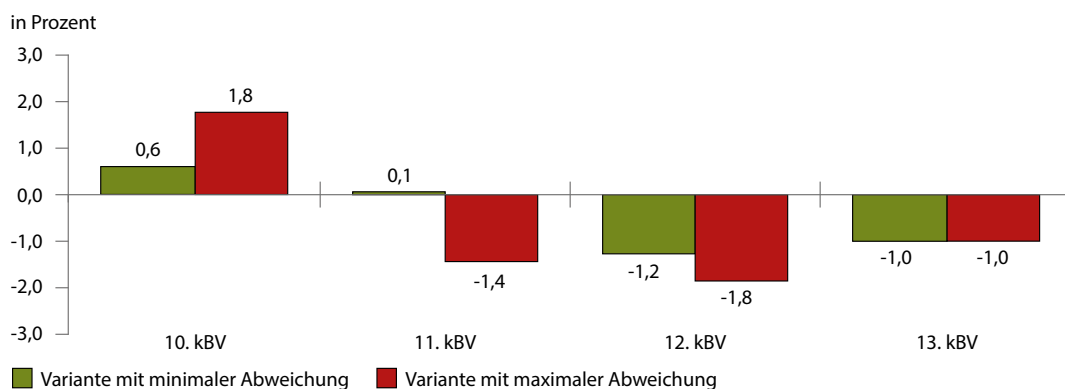
(Cornelius 2010: 16). Dann wird es notwendig, die Bevölkerungsvorausberechnung unter geänderten Annahmen neu zu erstellen. Daher führen das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter regelmäßig in größeren Abständen entsprechende Vorausberechnungen durch. Auch nach dem Zensus 2011, der zu einer aktualisierten Datenbasis der Bevölkerungsfortschreibung und damit auch der Vorausberechnung führte, bedurfte es einer neuen Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland und die Bundesländer – die 13. kBV.

Als weitgehend treffsicher gelten die Vorausberechnungsergebnisse zur Altersstruktur. Pöttsch (2016: 47) belegt anhand der Analyse der 9. und 10. kBV, dass tatsächliche und vorausberechnete Entwicklung insbesondere bei den Altersjahrgängen zwischen 3 und 25 Jahren sowie 45 und 75 Jahren stark übereinstimmen. Problematischer erweisen sich die wanderungsaktiven Jahrgänge der 25- bis 45-Jährigen. Deren Migrationsmuster kennzeichnen häufig sehr kurzfristige und nicht absehbare Trendumbrüche. Diese lassen sich mit den zu setzenden Annahmen nur schwer vorher bestimmen.

Ein Vergleich der Ergebnisse der koordinierten Vorausberechnungen der vergangenen Jahre zeigt, dass diese je nach betrachteter Variante lediglich zwischen 0,1 und 1,8 Prozent von der tatsächlichen Entwicklung für Deutschland abweichen (Abb. 2).

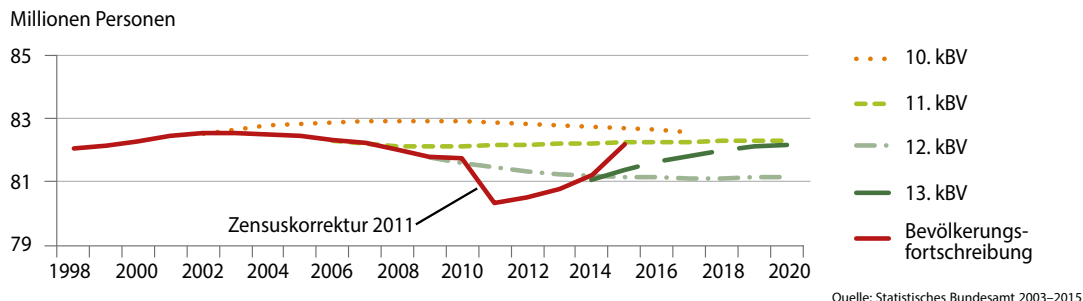
Abbildung 3 veranschaulicht darüber hinaus, dass sich jede der koordinierten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes aus der Entwicklung der vorhergehenden Jahre ableiten lässt. Der „Bruch“ in der Bevölkerungsfortschreibung ergibt sich durch die Zensuskorrekturen 2011.

Abbildung 2: Abweichung der Einwohnerzahl zum 31.12.2015 (Bevölkerungsfortschreibung) zu den Ergebnissen der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt 2003–2015

Abbildung 3: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2020 – Ergebnisse der Fortschreibung und der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen (jeweils Variante mit der geringsten Abweichung zur Fortschreibung am 31.12.2015)



Die Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten im Umgang mit Vorausberechnungen lassen nach Bretz (2001: 916) „künftig eine verbesserte ‚Treffsicherheit‘ erwarten“. Verschiedene Autoren (u. a. Bucher/Schlömer 2008: 684) bezweifeln dies jedoch. So werden die Modellannahmen unvorhersehbare Entwicklungen und Trendbrüche auch zukünftig kaum berücksichtigen können. Zudem müssen Nutzer der Ergebnisse beachten, dass „Vorausberechnungen keine konjunkturellen Verläufe wiedergeben, sondern nur den erwarteten langfristigen Durchschnitt bzw. Trend aufzeigen können und daher auch nur am mehrjährigen Durchschnitt der tatsächlichen Entwicklung gemessen werden dürfen“ (ebd.). Weichen die Ergebnisse kurzfristig von der tatsächlichen Entwicklung ab, ist die Berechnung daher nicht grundsätzlich in Frage zu stellen (Volkerding/Paffhausen 2016: 28).

Treffsicherheit – auch eine Frage des Maßstabs

Die für Deutschland oder die für Bundesländer erstellten Vorausberechnungen weisen eine relativ hohe Treffsicherheit auf (vgl. u. a. Pöttsch 2016; Bretz 2001). Vorausberechnungen werden jedoch „mit zunehmendem Regionalisierungsgrad unsicherer, weil die zu berücksichtigenden potenziellen Wanderungsbeziehungen zunehmen. Außerdem werden sie dann auch ‚anfälliger‘ für regional wirkende politische oder wirtschaftliche Entscheidungen“ (Brachat-Schwarz/Walla 2008: 48). In die Berechnungen für Gemeinden lassen sich weder Arbeitsplatzverlagerungen noch die Ausweisung von Baugebieten einbeziehen. Bucher und Schlömer (2008: 693) betonen, dass die Dynamik der Strukturbrüche und die erfolgten staatlichen Eingriffe nach der Wiedervereinigung die regionalisierten Bevölkerungsprognosen des BBR in

räumlicher Hinsicht zwar stark beeinflusst, ihrem Zweck als Instrument rationaler Politikberatung jedoch keinen Abbruch getan haben.

Die Grenzen von kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnungen wurden in diesem Beitrag bereits ausführlich thematisiert. Danach bleibt festzuhalten: Je kleiner der administrative Gebietszuschnitt und damit der vorauszuberechnende Bevölkerungsbestand, umso größer werden die mit dem Ergebnis verbundenen Unsicherheiten. Zieht eine vierköpfige Familie in eine Gemeinde mit 40 Einwohnern, entspricht dies einem Wanderungsgewinn von zehn Prozent; durch den Tod einer einzelnen Person entsteht ein Bevölkerungsrückgang von 2,5 Prozent. Angesichts der verbreiteten Forderung nach kreis- oder gar gemeindegrenzen überschreitenden Vorausberechnungen sollte sich deshalb jeder Nutzer darüber im Klaren sein, dass bei deren Interpretation die aktuellen Entwicklungen und Planungen vor Ort zu berücksichtigen sind.

Bevölkerungsvorausberechnungen als Planungsgrundlage

Die verwendeten Ansätze, mit denen sich quantitative Aussagen über die künftige Entwicklung einer Bevölkerung treffen lassen, sind vielfältig. Ähnliches gilt für deren planerische Anwendungsbereiche auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen. Dazu gehören unter anderem Modellrechnungen zur Entwicklung der Weltbevölkerung durch die UN, die Identifizierung drängender Handlungsfelder zur Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels und die gemeindegrenzen überschreitenden Prognosen der

Einwohnerentwicklung für kommunale Bedarfsplanungen. Bevölkerungsvorausberechnungen gelten daher weithin als essenzielle Grundlage einer in die Zukunft gerichteten Planung (z. B. Brachatz-Schwarz/Walla 2008: 53).

Zentrale Bedeutung für bundespolitische Entscheidungen haben die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes. Sie sollen rechtzeitig verdeutlichen, wie sich beobachtete Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene mittelfristig auswirken. Nach unserer Überzeugung wären Dimension und Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland ohne diese Vorausberechnungen kaum so stark in das öffentliche Bewusstsein gerückt. „Politische Entscheidungen der letzten 15 Jahre, wie zum Beispiel die Anhebung des Renteneinstiegsalters, das Elterngeld und der Ausbau der Kinderbetreuung sowie der öffentliche Diskurs über die Geburtenentwicklung, wären ohne die Erkenntnisse aus den Bevölkerungsvorausberechnungen kaum denkbar“ (Pötzsch 2016: 38).

Nach unserer Überzeugung wären Dimension und Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland ohne die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes kaum so stark in das öffentliche Bewusstsein gerückt

Die Statistischen Ämter der Länder nutzen die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen zum Teil für ihren räumlichen Geltungsbereich. Sie erstellen hierfür aber ebenso eigene mit teilweise modifizierten Parametern. Der Prognosehorizont erstreckt sich meist auf 15 bis 20 Jahre. Die Bundesländer gehen dabei entweder nach einem Bottom-up- oder einem Top-down-Ansatz vor. Bei ersterem werden zunächst Berechnungen für Kreise oder Gemeinden erstellt und diese zum Landesergebnis aufsummiert. Beim Top-down-Vorgehen werden die Länderaussagen auf Kreise oder mehr noch auf Gemeinden heruntergebrochen.

Generell kann es im Falle von Abweichungen zwischen prognostizierter und tatsächlicher Einwohnerentwicklung durchaus zu Konflikten zwischen den Statistischen Ämtern und den betroffenen Gebietskörperschaften kommen, wenn sie sich hierdurch bei Bedarfs- und Mittelzuweisungen benachteiligt fühlen. Eine gewisse Besonderheit ergibt sich für Berlin-Brandenburg dadurch, dass hier neben den Kreisen und Gemeinden ebenso zwischen Berlin, dem Berliner Umland und dem weiteren Metropolraum differenziert wird (Volkerding/Paffhausen 2016).

Zwei aktuelle Beispiele aus den derzeitigen Aufgabenfeldern der Autoren dieses Beitrags zeigen, wie bedeutend diese vorausschauende Informationsquelle ist. Die Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ des Brandenburger Landtags erarbeitet seit September 2015 explizit unter Zuhilfenahme vorhandener Prognosen Konzepte für eine wirkungsvolle Daseinsvorsorge sowie eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen des Landes. In einigen Bundesländern wie Thüringen wurde die Bevölkerungsvorausberechnung als Vorgabe zu Mindesteinwohnergrößen von Gemeinden für das Jahr 2035 herangezogen. Die im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen vom 2. Juli 2016 benannten Angaben hielten auch im Rahmen des abstrakten Normenkontrollverfahrens vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof stand. Auch wenn das Vorschaltgesetz aufgrund von formalen Fehlern für nichtig erklärt wurde, weist das Urteil ausdrücklich darauf hin, dass sich keine „verfassungsrechtlichen Einwände ergäben“, „wenn sich der Gesetzgeber auf [...] fachgerecht erstellte [Voraus-]Berechnungen stützte“ (Thüringer Verfassungsgerichtshof 2017: 25). Das bestätigt die Qualität und planerische Bedeutung von Bevölkerungsvorausberechnungen noch einmal juristisch.

Eine renommierte und sowohl im planerischen als auch im wissenschaftlichen Bereich verbreitete angewandte Variante ist die regionalisierte Bevölkerungsprognose des BBSR. Sie ist seit Jahrzehnten die Datenbasis für den Bereich der Bundesraumordnung sowie der räumlichen Planung der Länder und Regionen. „Da die Raumordnungsprognose der Gestaltung der Zukunft dienen soll und somit bereits vom Konzept her zielgerichtet bzw. zweckgebunden ist, ist die Prognoselogik konsequent auf diese Erkenntnisziele ausgerichtet“ (Bucher/Schlömer 2008: 682). Ihre Besonderheit ist die bundesweit

vergleichende Analyse und Prognose bevölkerungsbezogener Strukturen unter dem Aspekt der Raumentwicklung in den Raumordnungsregionen, Kreisen und Prognoseräumen. Darüber hinaus bietet sie Ergebnisse der Anschlussrechnungen zu Haushalten und Erwerbspersonen.

Kleinräumige Vorausberechnungen dienen häufig dazu, Bedarfslagen im kommunalen Verantwortungsbereich zu ermitteln – wie zum Beispiel Kitaplätze, schulische Infrastruktur sowie wohnungsmarktbezogene und andere sozialpolitische Erfordernisse

Auch zahlreiche Kommunen nutzen das Instrument der Bevölkerungsvorausberechnung. Dabei bedienen sie sich entweder verfügbarer gemeindescharfer Untersuchungen der Statistischen Landesämter beziehungsweise von Instituten (z. B. Bertelsmann Stiftung, Empirica oder IW) oder erstellen diese in eigener Regie. Letzteres erfolgt insbesondere in größeren Kommunen dann, wenn die verfügbaren Indikatoren keine weitere inhaltliche oder kleinräumige innerstädtische Differenzierung aufweisen, die für bestimmte Planungszwecke erforderlich sind. Solche Vorausberechnungen dienen häufig dazu, Bedarfslagen im kommunalen Verantwortungsbereich zu ermitteln – wie zum Beispiel Kitaplätze, schulische Infrastruktur sowie wohnungsmarktbezogene und andere sozialpolitische Erfordernisse.

Am Beispiel von Leipzig – der derzeit am schnellsten wachsenden deutschen Großstadt – zeigt sich, wie dringend erforderlich solche kurzfristig realisierbaren Vorausberechnungen in Verantwortung der Städtestatistik sind: Die Stadt erzielt nach langer Periode der Schrumpfung und Alterung nun Bewohnerzuwächse vor allem von jungen Personen und muss damit eine völlig andere zukunftsfähige Infrastruktur als zuvor anbieten. Leibert (2017) zeigt in einem aktuellen Beitrag, wie sich die kommunale Städtestatistik diesen prognostischen Herausforderungen stellt: Sie beteiligt mit den örtlichen Besonderheiten vertraute Experten bei der Festlegung der Annahmen.

Fazit

Der Beitrag befasst sich mit der Bedeutung von Bevölkerungsvorausberechnungen im Zeichen eines hochgradig verlaufenden demografischen Wandels. Er stellt die Frage, inwieweit diese in die Zukunft gerichteten Analysen den mit den Umbrüchen verbundenen Herausforderungen und notwendigen Entscheidungsprozessen gerecht werden (können). Da sich demografische Prozesse in der Regel nur allmählich auf den Bestand und die Struktur einer Bevölkerung auswirken, also einem Trägheitseffekt (oder demografischem Momentum) unterliegen, können Bevölkerungsvorausberechnungen aus Sicht ihrer Verfasser und Befürworter mit relativ hoher Treffsicherheit aufzeigen, wie sich die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur unter bestimmten Annahmen zukünftig entwickeln. Somit avancieren verlässliche Basisinformationen über künftig zu erwartende Bevölkerungsveränderungen zu einem bedeutenden Instrument nachhaltiger Politikgestaltung. Dieses kann als Vorwarnsystem zu demografischen Entwicklungen dienen und Ansatzpunkte aufzeigen, um erwartbare Veränderungen abzumildern oder ihnen gegenzusteuern.

Die Grenzen von Bevölkerungsvorausberechnungen betonen bemerkenswerterweise sowohl ihre Kritiker als auch die Befürworter explizit. Erstere tragen als Nutzer der bereitgestellten Zukunftsinformationen häufig hohe Erwartungen an deren punktgenaue Treffsicherheit heran. Sie reagieren enttäuscht, wenn prognostizierte von tatsächlichen Entwicklungen abweichen.

Die Verfasser selbst betonen indes, dass Vorausberechnungen nicht den – vom Nutzer häufig erwarteten – Anspruch erheben, zu „bestimmen“ oder „vorherzusagen“ was geschehen wird. Sie zeigen lediglich die unter den genannten Rahmenbedingungen möglichen Entwicklungen auf.

Als Fazit bleibt aus unserer Sicht jedoch festzuhalten, dass Bevölkerungsvorausberechnungen bei sachgerechter Anwendung – im Sinne der Erhöhung der Rationalität politischen und planerischen Handelns – zweifellos von hoher Bedeutung sind.

TROCKENE ZAHL

82,4

QUADRATMETER WOHNFLÄCHE

HATTE IN THÜRINGEN 2019

DURCHSCHNITTLICH EINE WOHNUNG

(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES 91,9 QUADRATMETER)

WIESO WESHALB WARUM



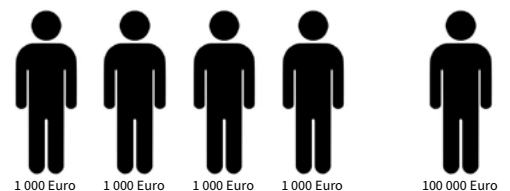
Der Durchschnitt liegt nicht in der Mitte

Ein zweiter Blick kann so manche Fake-News enttarnen.

Ist vom Mittelwert die Rede, denken die meisten Personen an den durchschnittlichen Wert. Allerdings gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen Mittelwerten, welche verschiedene Blickwinkel und Auslegungsvarianten zulassen. Zu den am häufigsten genutzten Arten gehören Modus, Median und arithmetisches Mittel.

Das Paradebeispiel, welches die Notwendigkeit verschiedener Mittelwerte verdeutlicht, ist die Einkommensverteilung. Gehen wir in der weiteren Betrachtung von folgendem Beispiel aus:

Von 5 Personen haben 4 Personen ein monatliches Einkommen von 1000 Euro, 1 Person bekommt 100000 Euro.



Wird das durchschnittliche Einkommen berechnet, werden alle Einkommen aufsummiert und durch ihre Anzahl geteilt, das sogenannte arithmetische Mittel. Im Beispiel wird die Summe der Einkommen von 104000 Euro durch die 5 Einkommen der Per-

sonen geteilt. Somit verdienen im Durchschnitt alle 5 Personen je 20800 Euro. Das Ergebnis lässt die Schlussfolgerung zu, dass alle Personen als vermögend anzusehen sind. Unberücksichtigt bleibt allerdings, dass 4 Personen tatsächlich nur über ein geringes Einkommen verfügen.

Ein Ausweg bietet der Blick auf den Wert, der in der Mitte liegt, der sogenannte Median. Dazu werden die Werte zunächst aufsteigend sortiert. Danach wird der Wert gewählt, der in der Mitte liegt. (Gibt es nicht den einen Wert in der Mitte, weil eine gerade Anzahl an Werten vorliegt, wird das arithmetische Mittel der beiden in der Mitte liegenden Zahlen gebildet.) An dem Beispiel wäre das Einkommen der 3. Person in der Mitte. Das Einkommen beträgt hier 1000 Euro. Aus dem Ergebnis kann interpretiert werden, dass das Einkommen bei mindestens der Hälfte der Personen nicht mehr als 1000 Euro beträgt. Es erlaubt eine realitätsnähere Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse und ist gegenüber stark ausfallenden Werten nicht so anfällig.

Einen zweiten Ausweg gibt der Modalwert, der sogenannte Modus, vor. Das ist jener Wert, der am häufigsten vorkommt. Im Beispiel kommt das Einkommen von 1000 Euro 4 Mal vor, von 100000 Euro nur 1 Mal. Der Modalwert, also der Wert, der am häufigsten vorkommt, wäre hier 1000 Euro. Die Schlussfolgerung des Ergebnisses erlaubt in diesem Beispiel auch eine realitätsnahe Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse. Bei Einkommensverteilungen werden meist Einkommensklassen unterschieden. Dabei bildet die häufigste Klasse den Modalwert. Aufgrund der vereinfachten Darstellung im Beispiel entfällt eine Unterscheidung nach Klassen.

Es macht einen großen Unterschied, ob der Mittelwert wie im obigen Beispiel 20800 Euro oder 1000 Euro beträgt. Deshalb sollte hier der Mittelwert nach dem Median oder Modus und nicht nach dem arithmetischen Mittel berechnet werden.

Das arithmetische Mittel sollte allerdings nicht aufgrund dieses einen Beispiels verkannt werden. Es bietet grundsätzlich genauere Werte, solange es keine Ausreißer gibt, also Einzelwerte, die weit von den anderen Werten entfernt sind.

WANN WELCHER MITTELWERT?

Nun stellt sich die Frage, welcher Mittelwert genutzt werden sollte. Eine einfache Antwort darauf kann es nicht geben, denn das ist im Einzelfall abzuwägen und zu definieren. Außerdem können für manche Merkmale nicht alle Mittelwerte berechnet werden. Grund dafür ist, dass es verschiedene Skalenniveaus gibt. Alle Mittelwerte können berechnet werden, wenn innerhalb einer Variable eine Rangfolge besteht und die Abstände zwischen den einzelnen Werten gleich groß sind (metrisch skaliert). Ist eine Rangfolge gegeben, aber sind die Abstände unterschiedlich groß, kann nur der Modus und Median angewendet werden (ordinal skaliert). Wenn auch das nicht gegeben ist, ist als einziger Mittelwert der Modus ermittelbar (nominal skaliert).

Verdeutlicht werden kann die letzte Variante zum Beispiel, wenn ein Mittelwert über Haarfarben getroffen werden soll. Eine durchschnittliche Haarfarbe oder die mittlere Haarfarbe ist rechnerisch nicht ermittelbar. Hier kann allerdings durch den Modus die Haarfarbe ermittelt werden, die am häufigsten vorkommt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn ein Mittelwert bezüglich Ja- und Nein-Antworten gefunden werden soll. Ein Durchschnitt ist nicht möglich, da das Ergebnis zwischen beiden Alternativen liegt. Einen Wert in der Mitte gibt es nicht. Deshalb müsste, wie oben bereits geschrieben, der Durchschnitt der beiden in der Mitte liegenden Werte gebildet werden. Es wäre somit der Durchschnitt von Ja- und Nein-Antworten nötig, welcher nicht gebildet werden kann. Wie auch bei den Haarfarben kann nur der Modus einen geeigneten Mittelwert aufzeigen, da diese Merkmale keine Reihenfolge besitzen und keine Abstände zwischen ihnen erkennbar sind. Somit kann nur der Modus als Mittelwert verwendet werden. Der Modalwert würde dann bei der jeweils häufigeren Antwort bei Ja oder Nein liegen.

Bei Variablen, die untereinander eine Rangfolge, aber keine gleichen Abstände besitzen, kann neben dem Modus auch der Median berechnet werden. Nicht anwendbar ist das arithmetische Mittel. Ein Beispiel dafür sind Schulnoten. Die Noten haben untereinander eine Rangfolge: 1 ist besser als 2, 2 ist besser als 3 usw. Die Abstände zwischen ihnen sind allerdings unterschiedlich. So umfasst der Bereich der Note 1 nur 5 Prozent, die Note 2 hingegen 10 Prozent und Note 3 sogar 17 Prozent.

Schulnotenverteilung	1 (ab 95 Prozent)	2 (ab 85 Prozent)	3 (ab 68 Prozent)	Durchschnitt	Endnote
Note (Anzahl)	1	1	1	2,0	2
Ergebnis in Prozent	95	85	68	82,7	3

Es macht einen Unterschied, ob ein Mittelwert der Schulnoten oder der prozentualen Ergebnisse berechnet wird. Deutlich wird das durch folgende Rechnung:

Es werden 3 Schulnoten vergeben: Note 1, 2 und 3. Wird der Durchschnitt der Schulnoten gebildet, ergibt sich die Endnote 2. Werden die Ergebnisse jedoch nicht in Schulnoten, sondern in Prozent angegeben, ist die Berechnung des Durchschnitts möglich. Grund dafür ist, dass Prozenteinheiten hierarchisch zueinanderstehen und zwischen den einzelnen Werten gleiche Abstände bestehen. Werden die Schulnoten 1, 2 und 3 jeweils in Prozent knapp erreicht, also würden 95, 85 und 68 Prozent erreicht werden, ergibt sich ein Durchschnitt von 82,7 Prozent, was der Endnote 3 entspricht.

Wird der Durchschnitt der Schulnoten berechnet, kann das Ergebnis also von der Realität abweichen.

EINE SAUBERE METHODIK IST UNUMGÄNLICH

Bei Mittelwerten ist es also unumgänglich zu überlegen, welche Arten bei der entsprechenden Variable zur Verfügung stehen, welche berechnet werden dürfen und welche den richtigen Aussagegehalt beinhalten. Aber nicht nur bei Mittelwerten, sondern in der gesamten Statistik ist eine präzise Bezeichnung der Berechnungen und eine saubere Methodik unumgänglich, um tatsächliche Verhältnisse so realitätsnah wie möglich darstellen zu können. Wird auf eine saubere Methodik verzichtet, kann ein zweiter Blick nicht schaden, um Fake-News zu enttarnen.

TROCKENE ZAHL

35

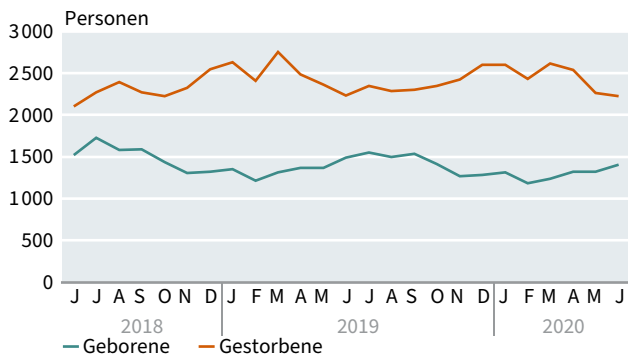
**WISSENSCHAFTLERINNEN
UND WISSENSCHAFTLER**

**HABILITIERTEN IM JAHR 2019 AN
THÜRINGER HOCHSCHULEN**

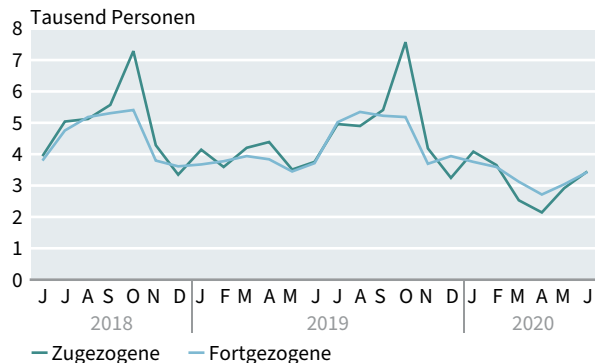
(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES 1 518 WISSENSCHAFTLERINNEN
UND WISSENSCHAFTLER DIE IHRE HABILITATION
ERFOLGREICH ABSCHLOSSEN)

GRAFIKEN

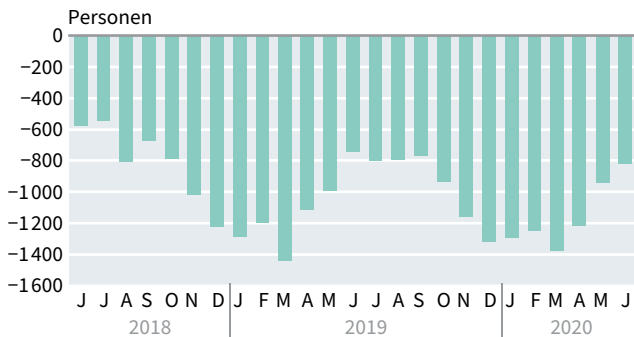
Geborene und Gestorbene



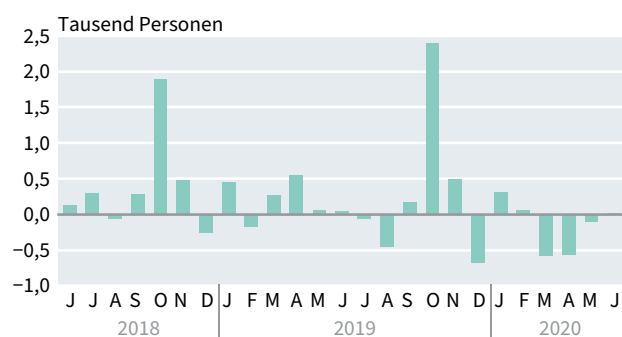
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



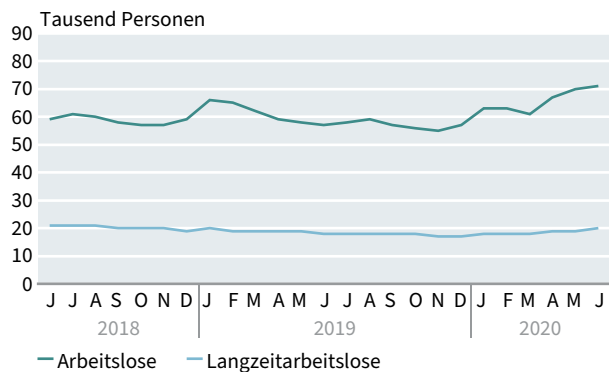
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



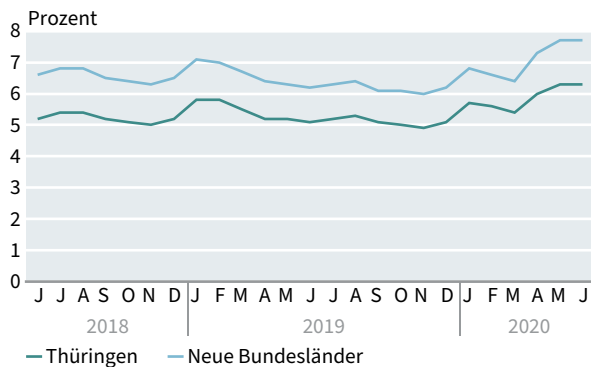
Wanderungsgewinn bzw. Verlust (-)



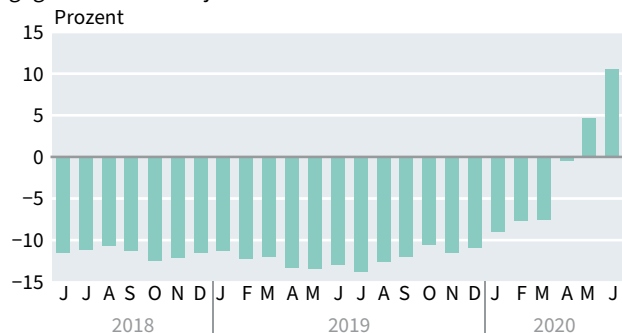
Arbeitsmarkt



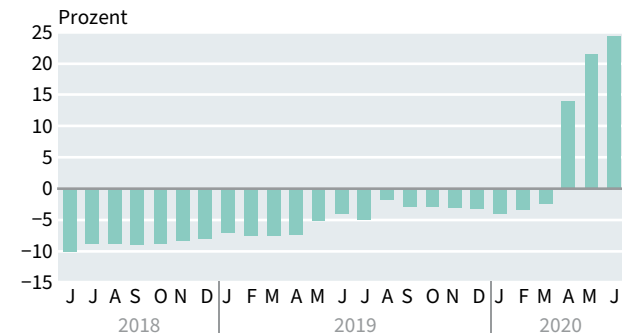
Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat

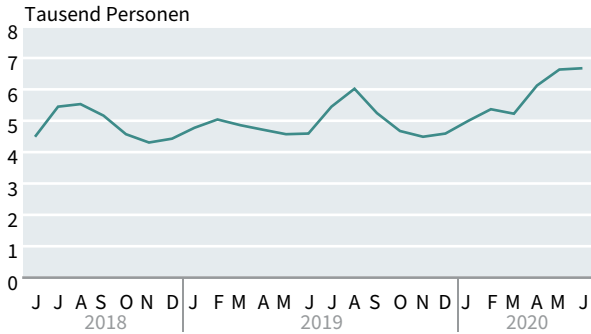


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



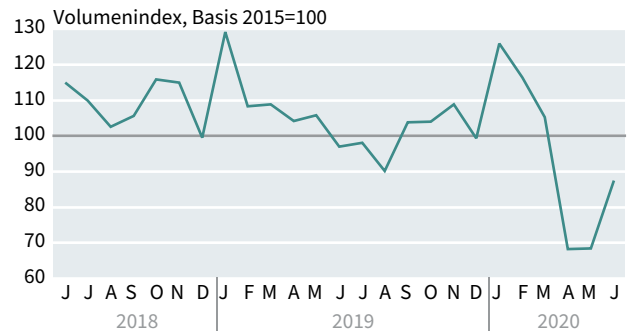
Arbeitsmarkt

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

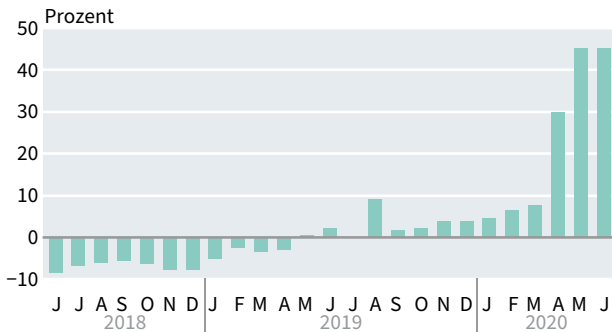


Auftragseingangindex

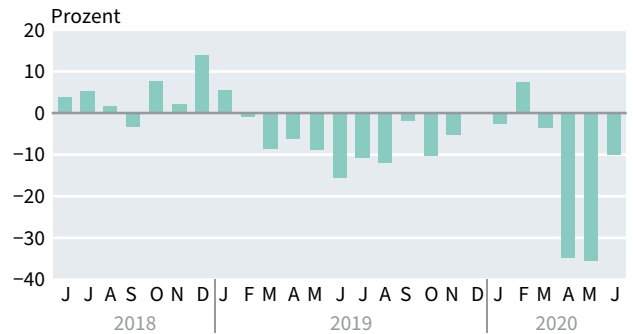
Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

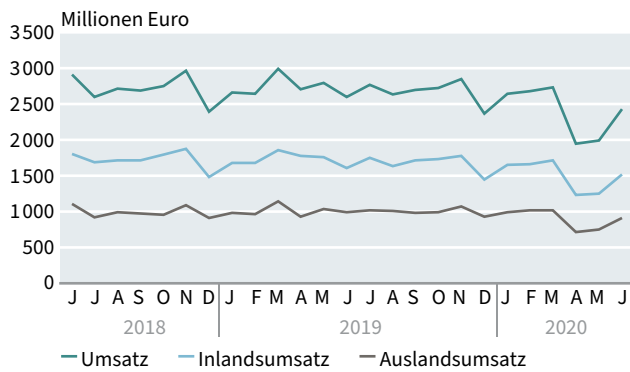


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

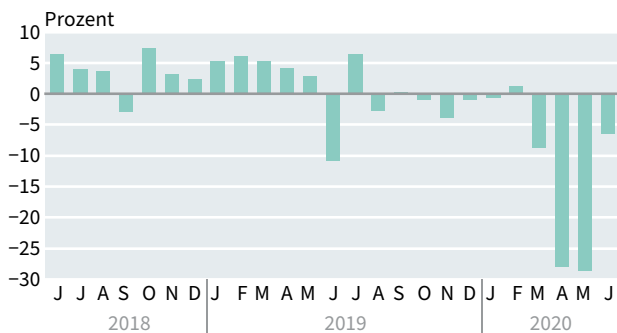


Umsatz

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

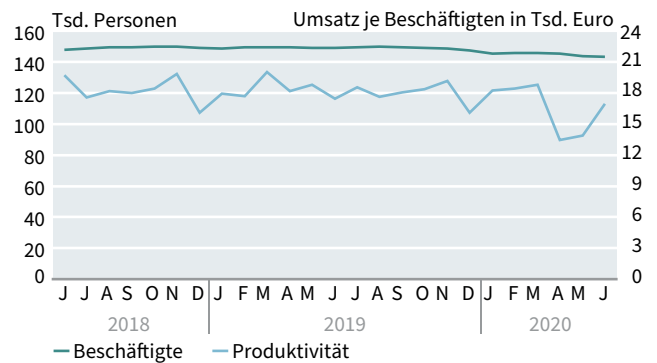


Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat

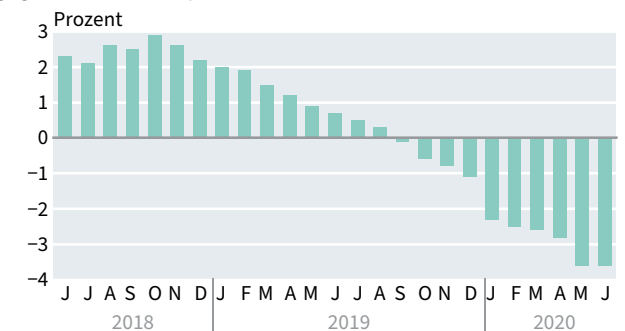


Beschäftigte und Produktivität

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



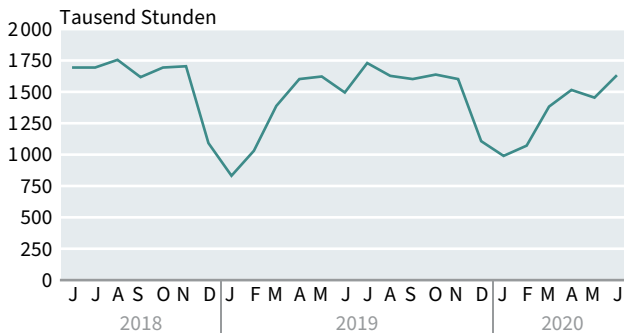
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



GRAFIKEN

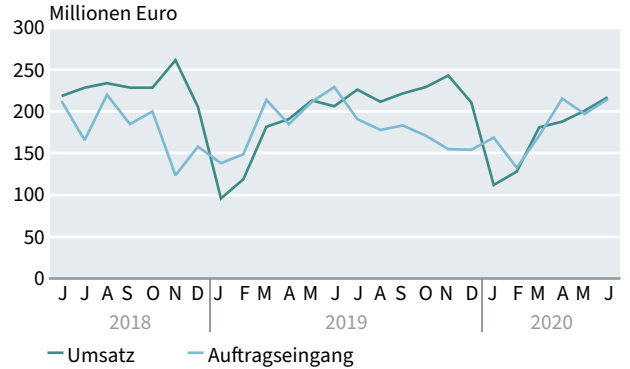
Geleistete Arbeitsstunden

Bauhauptgewerbe

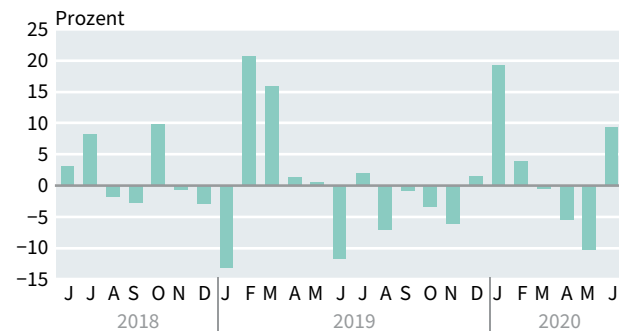


Umsatz und Auftragseingang

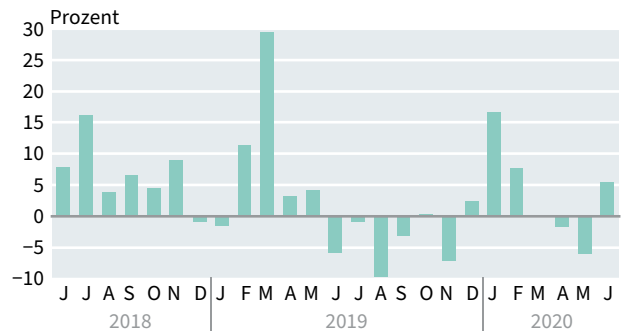
Bauhauptgewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

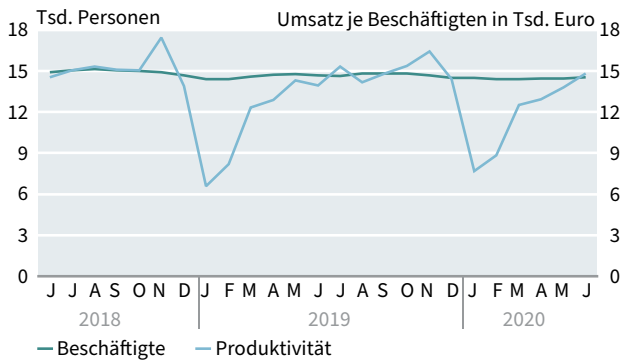


Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat

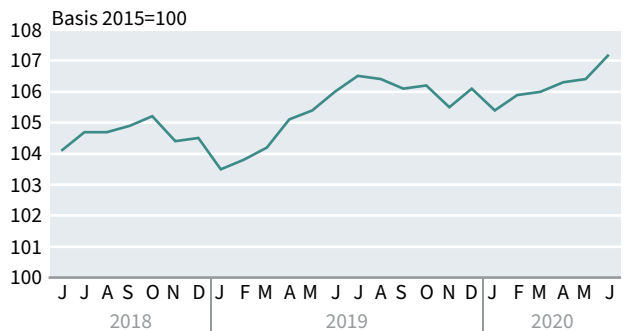


Beschäftigte und Produktivität

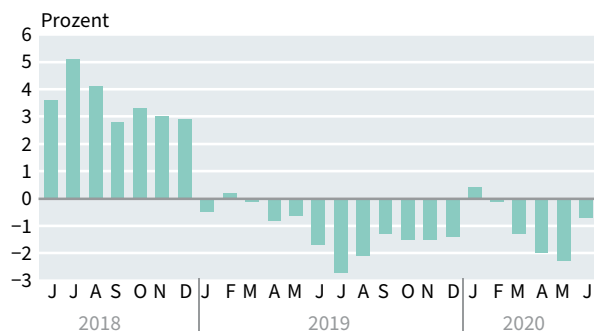
Bauhauptgewerbe



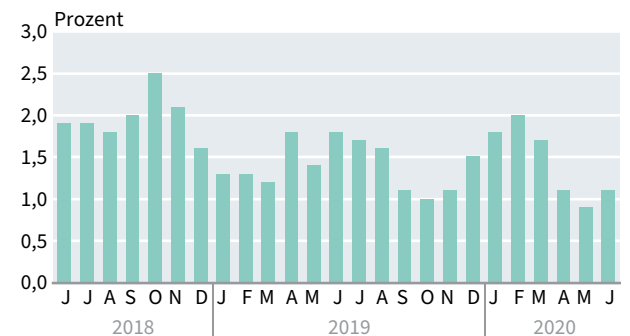
Verbraucherpreisindex



Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

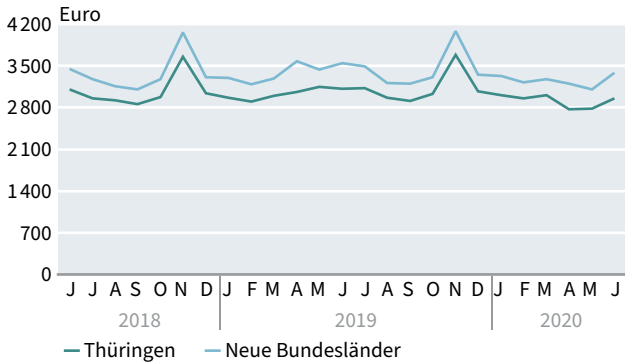


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



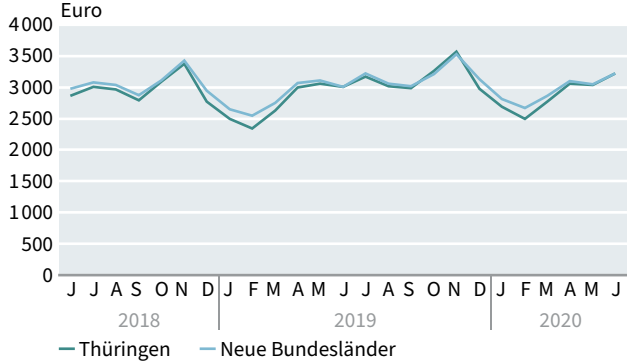
Entgelte je Beschäftigten

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

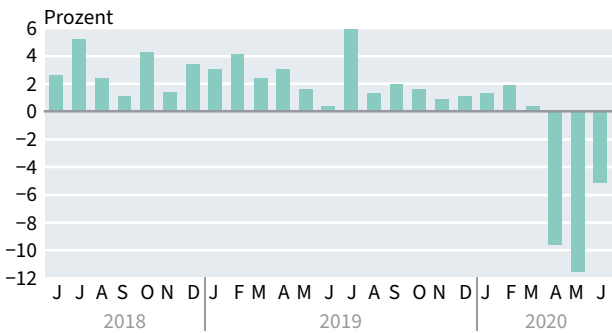


Entgelte je Beschäftigten

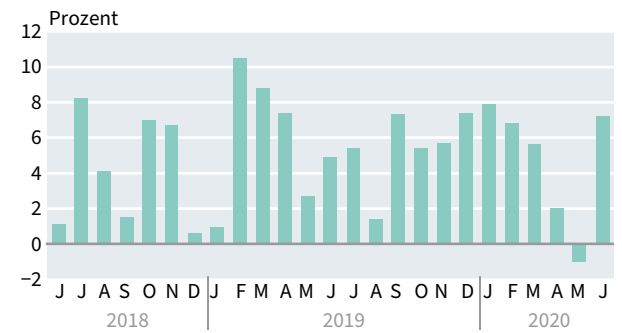
Bauhauptgewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

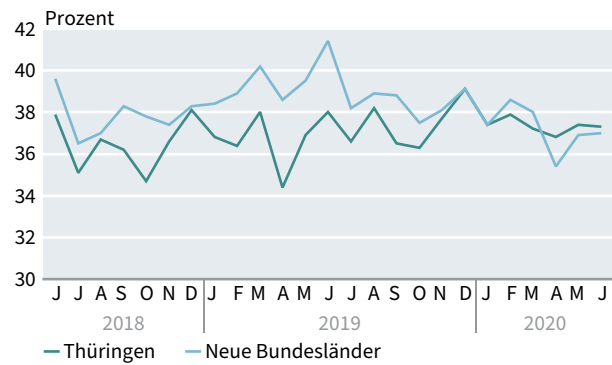


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

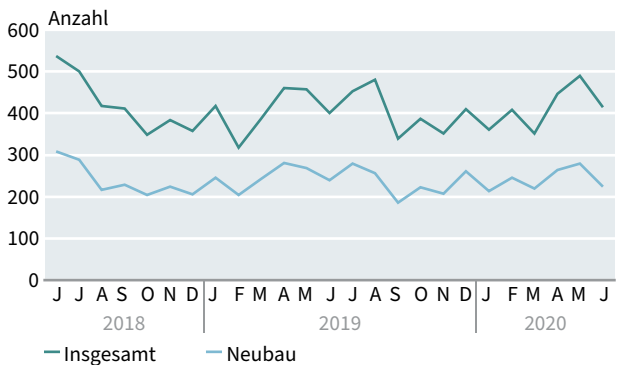


Exportquote

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



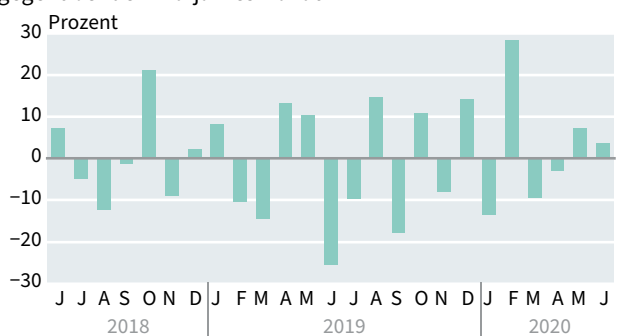
Baugenehmigungen



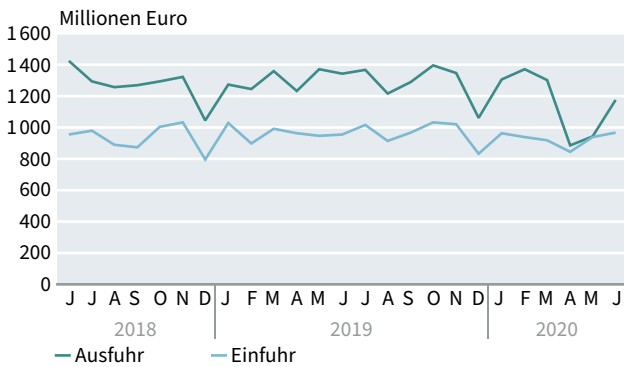
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



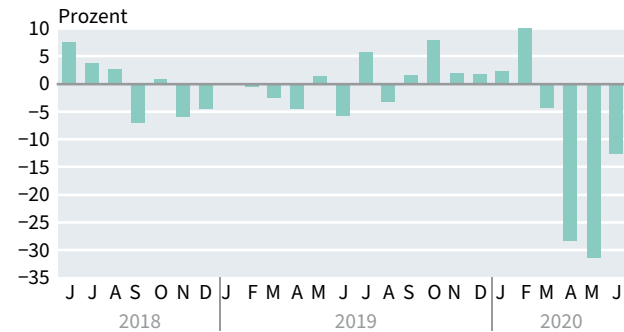
Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



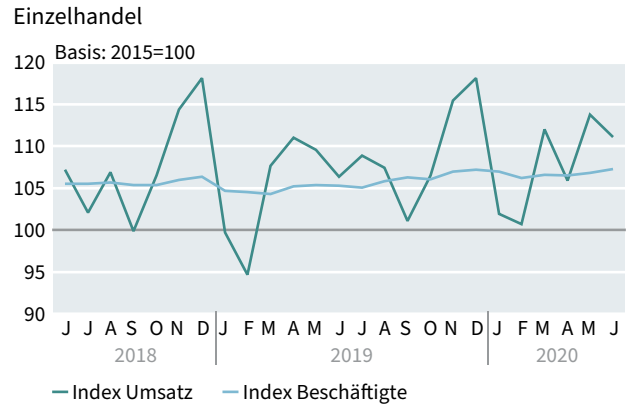
Außenhandel



Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat



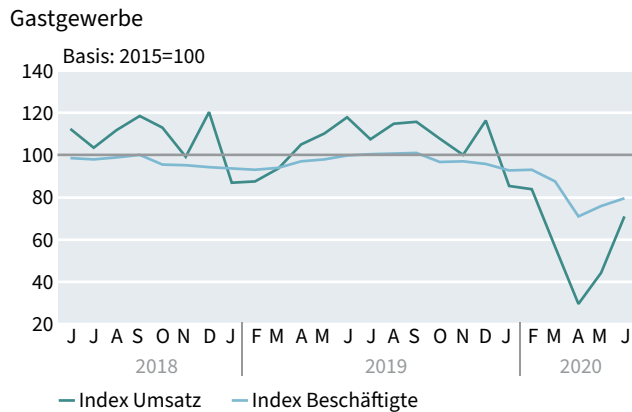
Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel



Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



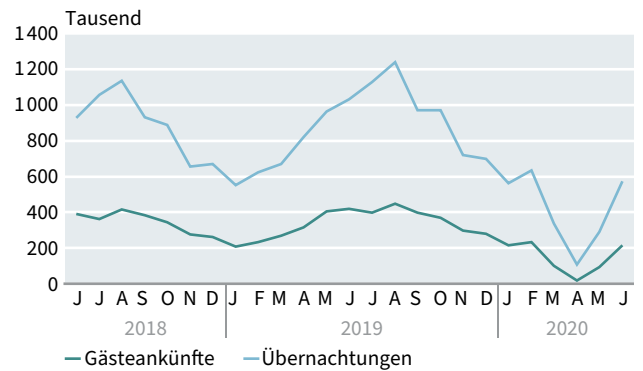
Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe



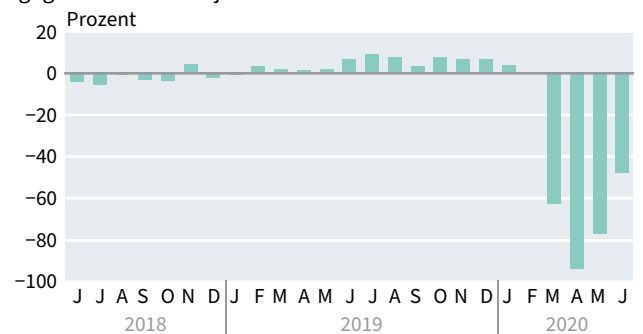
Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



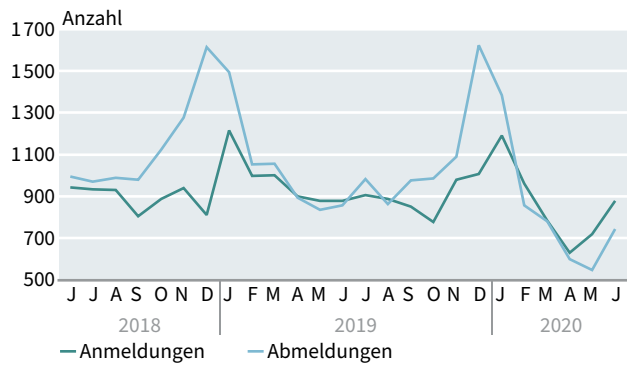
Beherbergung



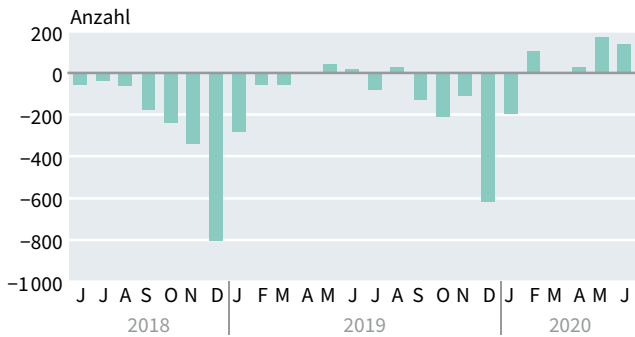
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



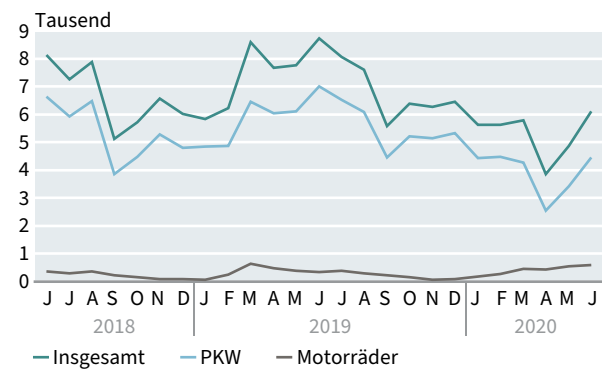
Gewerbean- und -abmeldungen



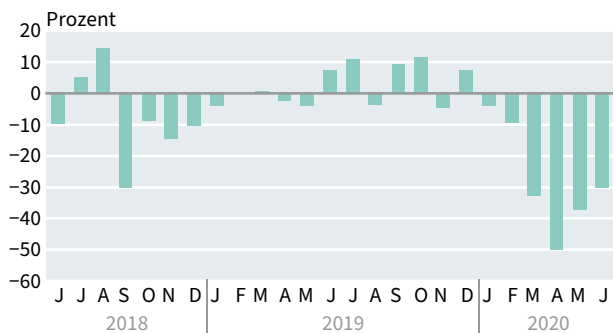
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



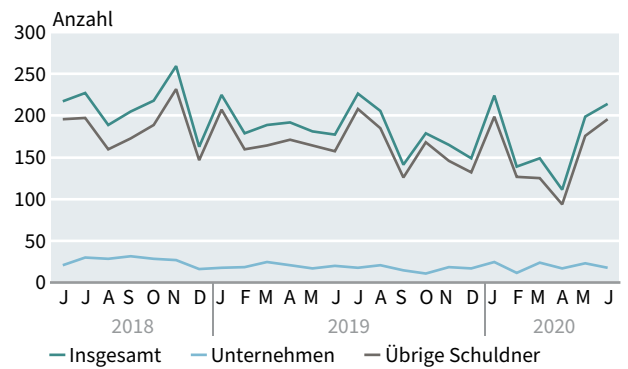
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



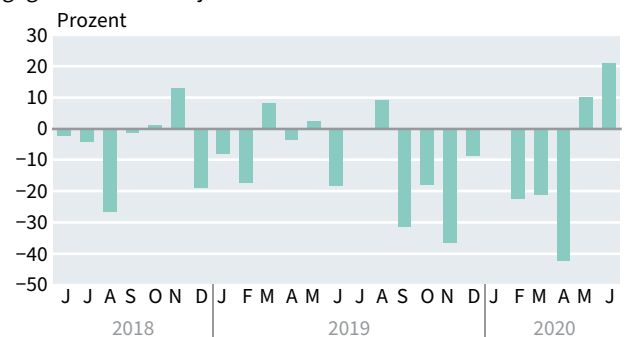
Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



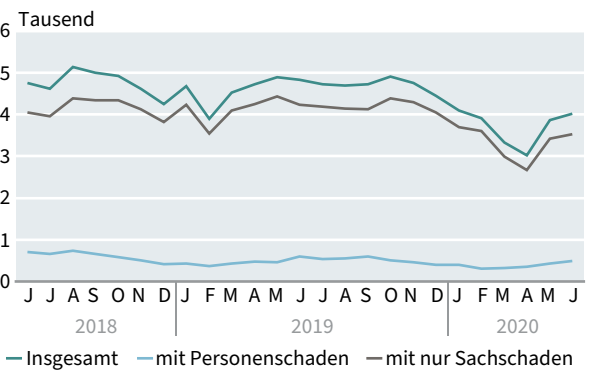
Insolvenzen



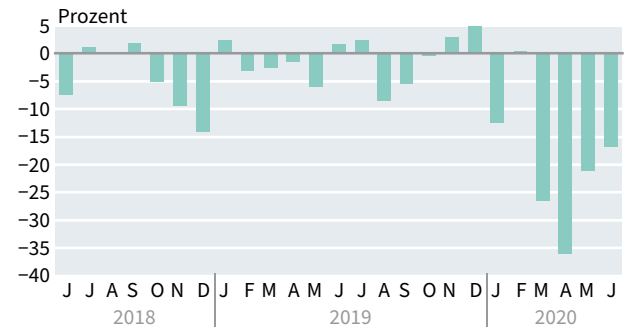
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



TROCKENE ZAHL

236

ÖFFENTLICHE BIBLIOTHEKEN

STANDEN DEN NUTZERN 2019
IN THÜRINGEN ZUR VERFÜGUNG

(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES 7 148 ÖFFENTLICHE BIBLIOTHEKEN)

Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	März 2020	April 2020	Mai 2020	Juni 2020	März 2020	April 2020	Mai 2020	Juni 2020
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	0,0	0,5	-0,5	0,0	-1,9	-1,3	-1,9	-1,8
Beschäftigte	0,0	-0,3	-1,0	-0,1	-2,6	-2,8	-3,6	-3,6
Umsatz	2,1	-28,7	2,3	21,9	-8,8	-28,1	-28,7	-6,5
Inlandsumsatz	3,3	-28,3	1,2	22,1	-7,5	-30,7	-29,3	-5,4
Auslandsumsatz	0,1	-29,5	4,1	21,7	-10,8	-23,1	-27,8	-8,1
Umsatz je Beschäftigten	2,1	-28,5	3,3	22,1	-6,3	-26,0	-26,1	-2,9
Geleistete Arbeitsstunden	3,3	-17,3	-3,5	11,8	-4,3	-16,9	-21,6	-5,0
Entgelte	1,7	-8,2	-0,4	5,9	-2,2	-12,2	-14,6	-8,5
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	-9,6	-35,1	0,1	27,8	-3,3	-34,5	-35,5	-10,0
Inland	-10,7	-34,8	-1,4	24,4	-3,3	-35,9	-39,1	-16,8
Ausland	-7,8	-35,7	2,6	33,0	-3,5	-32,3	-29,0	1,8
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	0,0	-1,0	0,0	0,0	1,4	1,4	1,4	2,1
Beschäftigte	0,1	0,3	0,0	0,9	-1,3	-2,0	-2,3	-0,7
baugewerblicher Umsatz	41,8	3,5	6,9	8,3	0,1	-1,7	-5,9	5,7
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	41,7	3,3	6,9	7,4	1,4	0,4	-3,7	6,4
Geleistete Arbeitsstunden	29,2	9,6	-4,0	12,3	-0,5	-5,5	-10,4	9,2
Entgelte	11,0	10,4	-0,7	7,3	4,2	-0,1	-3,3	6,4
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	3,2	.	.	-0,4	1,8	.	.	1,4
Beschäftigte	2,3	.	.	-0,4	1,3	.	.	-0,5
ausbaugewerblicher Umsatz	-32,8	.	.	23,5	9,7	.	.	14,3
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	-34,3	.	.	24,0	8,3	.	.	14,9
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbebeanmeldungen	-18,3	-19,7	14,1	22,3	-21,7	-30,0	-18,2	0,1
Gewerbeabmeldungen	-8,8	-23,0	-9,2	36,3	-26,0	-32,8	-34,8	-13,3
Insolvenzen								
	7,2	-25,5	79,3	7,5	-21,2	-42,2	9,9	20,9
Verbraucherpreisindex								
	0,1	0,3	0,1	0,8	1,7	1,1	0,9	1,1
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	-3,6	11,4	4,5	0,1	-2,4	13,9	21,5	24,4
Offene Arbeitsstellen	2,7	-8,8	-6,6	-1,1	-17,7	-24,0	-28,6	-28,9
Langzeitarbeitslose	-1,4	5,7	3,6	3,6	-7,5	-0,4	4,6	10,5

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutschland insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutschland insgesamt
Juni 2020							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾							
Betriebe	Anzahl	836	3985	19425	23410	21,0	3,6
Beschäftigte	Tausend	143	696	4862	5558	20,6	2,6
Umsatz	Mill. Euro	2427	15308	118167	133475	15,9	1,8
Inlandsumsatz	Mill. Euro	1521	9639	57097	66736	15,8	2,3
Auslandsumsatz	Mill. Euro	906	5669	61070	66739	16,0	1,4
Umsatz je Beschäftigten	Euro	16929	22002	24302	24014	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	17751	86360	540312	626672	20,6	2,8
Entgelte	Mill. Euro	423	2350	22254	24604	18,0	1,7
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2015=100	87,4	93,7	x	x
Inland	2015=100	77,7	100,5	x	x
Ausland	2015=100	106,1	88,6	x	x
Bauhauptgewerbe²⁾							
Betriebe	Anzahl	295	2095	7031	9126	14,1	3,2
Beschäftigte	Tausend	15	109	397	505	13,4	2,9
baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	215	1853	6925	8778	11,6	2,5
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	14811	17076	17447	17367	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1636	12023	42629	54652	13,6	3,0
Entgelte	Mill. Euro	47	349	1418	1768	13,4	2,7
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾							
Betriebe	Anzahl	223	8311	...	2,7
Beschäftigte	Tausend	9	380	...	2,3
ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	274	12346	...	2,2
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	31293	32495	x	x
Gewerbeanzeigen⁵⁾							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	879	9769	46555	56324	9,0	1,6
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	744	7373	32508	39881	10,1	1,9
Insolvenzen							
	Anzahl	214	1760	6717	8477	12,2	2,5
Verbraucherpreisindex							
	2015=100	107,2	106,6	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	70573	656376	2196931	2853307	10,8	2,5
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	17306	125473	443574	570346	13,8	3,0

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderung Juni 2020							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-1,8	0,1	0,0	0,0
Beschäftigte	-0,1	-0,2	-0,3	-0,2	-3,6	-2,7	-2,3	-2,4
Umsatz	21,9	20,8	21,9	21,8	-6,5	-3,2	-9,4	-8,7
Inlandsumsatz	22,1	20,5	15,4	16,1	-5,4	3,5	-7,7	-6,2
Auslandsumsatz	21,7	21,3	28,7	28,0	-8,1	-12,9	-10,9	-11,0
Umsatz je Beschäftigten	22,1	21,0	22,3	22,0	-2,9	-0,6	-7,3	-6,5
Geleistete Arbeitsstunden	11,8	10,9	4,7	5,5	-5,0	-2,8	-3,6	-3,5
Entgelte	5,9	8,5	-0,9	-0,1	-8,5	-7,2	-8,1	-8,1
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	27,8	37,8	-10,0	-5,4
Inland	24,4	42,4	-16,8	11,8
Ausland	33,0	34,0	1,8	-16,3
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	0,0	0,0	-0,1	-0,1	2,1	1,7	4,0	3,4
Beschäftigte	0,9	0,6	0,5	0,5	-0,7	1,1	4,4	3,6
baugewerblicher Umsatz	8,3	14,6	9,2	10,3	5,7	10,5	13,0	12,4
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	7,4	13,9	8,6	9,7	6,4	9,4	8,2	8,5
Geleistete Arbeitsstunden	12,3	11,3	4,2	5,7	9,2	10,1	11,7	11,4
Entgelte	7,3	6,1	6,3	6,3	6,4	8,2	3,4	4,3
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	-0,4	-0,3	1,4	3,3
Beschäftigte	-0,4	-0,3	-0,5	2,8
ausbaugewerblicher Umsatz	23,5	15,8	14,3	7,0
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	24,0	16,1	14,9	4,1
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbebeanmeldungen	22,3	20,1	14,9	15,8	0,1	8,5	17,8	16,0
Gewerbeabmeldungen	36,3	30,1	21,7	23,2	-13,3	-9,9	-0,4	-2,3
Insolvenzen								
	7,5	12,5	12,6	12,5	20,9	-4,2	6,2	3,8
Verbraucherpreisindex								
	0,8	0,6	1,1	0,9
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	0,1	0,6	1,7	1,4	24,4	24,2	30,2	28,7
Offene Arbeitsstellen	-1,1	-0,4	-2,8	-2,3	-28,9	-18,4	-30,9	-28,5

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	Tausend	2162	2153	2146	2137
2	darunter Ausländer	Tausend	84	93	102	108
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
3	Eheschließungen	Anzahl	843	801	867	779
4	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,7	4,5	4,9	4,4
5	Lebendgeborene	Anzahl	1540	1511	1453	1387
6	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	8,5	8,4	8,1	7,8
7	Totgeborene	Anzahl	5	5	6	5
8	je 1000 Geborene	aT	3,1	3,2	3,8	3,4
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2359	2447	2486	2433
10	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	13,1	13,6	13,9	13,7
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	4	4	4	4
12	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-820	-936	-1032	-1046
13	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	-4,6	-5,2	-5,8	-5,9
Wanderungen						
14	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	4731	4494	4622	4501
15	darunter aus dem Ausland	Anzahl	2292	2157	2327	2215
16	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4919	4162	4242	4220
17	darunter in das Ausland	Anzahl	1837	1490	1625	1620
18	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-188	333	380	281
19	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	6311	5271	4809	4475
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ¹⁾						
20	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Anzahl	793363	801728	805987	804770
21	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	77215	68614	62145	59065
22	davon Männer	Anzahl	42308	37947	34477	33250
23	Frauen	Anzahl	34907	30667	27669	25815
24	Ausländer	Anzahl	5651	6740	6976	7162
25	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	5313	5200	4885	4920
26	Arbeitslosenquote insgesamt ²⁾	Prozent	6,7	6,1	5,5	5,3
27	davon Männer	Prozent	7,0	6,3	5,8	5,6
28	Frauen	Prozent	6,5	5,7	5,2	4,9
29	Jugendliche unter 25 Jahren	Prozent	6,7	6,7	6,2	6,1
30	Kurzarbeiter	Anzahl	5498
31	Langzeitarbeitslose	Anzahl	28168	23848	20933	18383
32	Zugang an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
33	Bestand an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
34	Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld	Anzahl	26493	23675	21287	21232

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
2137	2136	2135	2134	2136	2135	2133	2132	2131	2129	2127	2126	2125	1
108	108	108	109	111	111	111	112	112	111	111	111	111	2
1233	1168	1385	1104	728	455	561	213	639	370	354	865	1011	3
7,0	6,4	7,6	6,3	4,0	2,6	3,1	1,2	3,8	2,1	2,0	4,8	5,8	4
1488	1548	1499	1533	1412	1266	1282	1313	1182	1237	1322	1321	1404	5
8,5	8,5	8,3	8,7	7,8	7,2	7,1	7,3	7,0	6,9	7,6	7,3	8,1	6
.	7
.	8
2234	2351	2291	2302	2346	2423	2601	2605	2430	2613	2537	2261	2224	9
12,7	13,0	12,6	13,1	12,9	13,8	14,3	14,4	14,4	14,5	14,5	12,6	12,8	10
.	11
-746	-803	-792	-769	-934	-1157	-1319	-1292	-1248	-1376	-1215	-940	-820	12
-4,2	-4,4	-4,4	-4,4	-5,2	-6,6	-7,3	-7,2	-7,4	-7,6	-7,0	-5,2	-4,7	13
3750	4955	4895	5417	7582	4191	3249	4079	3650	2542	2138	2924	3453	14
1851	2285	2213	2636	3619	2041	1583	2166	1720	1144	685	975	1458	15
3710	5023	5357	5236	5183	3703	3934	3764	3588	3116	2709	3038	3430	16
1580	1983	1971	1665	1483	1392	1821	1487	1540	1416	896	1066	1302	17
40	-68	-462	181	2399	488	-685	315	62	-574	-571	-114	23	18
4148	5072	5354	4667	4946	4382	3928	4529	3971	3001	3198	4391	4498	19
804770	.	.	813199	.	.	804186	.	.	799606	20
56748	58117	59272	56574	55814	55153	56701	63331	62824	60593	67493	70497	70573	21
31516	31922	32511	31523	30992	30856	32247	36996	36883	35314	38529	40057	40085	22
25232	26195	26761	25051	24822	24297	24454	26335	25941	25279	28963	30440	30488	23
7003	7146	7434	7074	6883	6801	7093	7892	7851	7706	8806	9516	9507	24
4591	5441	6027	5253	4670	4483	4601	5004	5369	5236	6132	6636	6667	25
5,1	5,2	5,3	5,1	5,0	4,9	5,1	5,7	5,6	5,4	6,0	6,3	6,3	26
5,3	5,4	5,5	5,3	5,2	5,2	5,4	6,2	6,2	6,0	6,5	6,8	6,8	27
4,8	5,0	5,1	4,8	4,7	4,6	4,7	5,0	4,9	4,8	5,5	5,8	5,9	28
5,6	6,6	7,4	6,4	5,7	5,5	5,6	6,1	6,6	6,4	7,5	7,6	7,7	29
.	30
18227	17992	18099	17732	17666	17368	17365	18281	17995	17739	18746	19427	20132	31
5191	4965	4520	4587	4392	3827	3651	3611	5169	4816	2140	3142	3990	32
24341	24159	23493	22554	22115	21026	20236	19374	20007	20550	18744	17506	17306	33
19398	20730	20914	19993	19783	19950	21435	25598	24875	24240	26276	27786	28151	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
	Gewerbeanzeigen					
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	1013	934	932	940
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	57	54	53	52
3	Baugewerbe	Anzahl	107	96	89	91
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	333	310	302	312
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	228	213	211	202
6	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Anzahl	1201	1132	1112	1059
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	63	64	59	58
8	Baugewerbe	Anzahl	144	135	125	114
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	417	388	386	376
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	246	248	228	218
11	Neuerrichtungen	Anzahl	804	754	757	769
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	45	42	41	39
13	Baugewerbe	Anzahl	77	74	71	75
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	252	242	237	245
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	194	181	179	174
16	Aufgaben	Anzahl	975	932	921	867
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	50	50	46	45
18	Baugewerbe	Anzahl	115	110	103	96
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	338	318	323	306
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	204	209	193	182
	Landwirtschaft					
21	Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	97 579	88 518	81 869	78 770
	darunter					
22	Rinder	Stück	8 231	7 541	7 892	7 389
23	Schweine	Stück	88 735	80 367	73 338	70 766
24	Schafe	Stück	555	559	582	557
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	96 468	87 490	80 897	77 861
	darunter					
26	Rinder	Stück	8 035	7 351	7 702	7 197
27	Schweine	Stück	87 991	79 675	72 713	70 194
28	Schafe	Stück	401	429	442	435
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	10 683	9 700	9 178	8 942
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	2 389	2 209	2 321	2 235
31	Schweine	Tonnen	8 284	7 480	6 846	6 696
32	Schafe	Tonnen	8	9	10	10
	Legehennenhaltung und Eierzeugung					
33	Erzeugte Eier	Tausend Stück	40 206	38 897	39 833	41 259
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	25,5	25,4	26,0	26,0

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
878	906	888	850	777	980	1006	1192	961	785	630	719	879	1
43	50	43	41	46	42	66	71	64	40	55	39	54	2
75	83	77	67	86	95	109	120	73	59	44	58	64	3
288	285	303	276	227	343	392	366	299	251	201	223	300	4
205	220	204	199	163	184	160	255	230	195	136	143	187	5
858	984	863	976	985	1089	1622	1385	856	781	601	546	744	6
39	46	43	65	63	55	91	82	48	51	29	26	33	7
88	87	97	92	104	122	198	132	109	66	49	48	80	8
320	399	285	312	320	369	602	500	282	274	225	223	273	9
166	188	184	243	193	231	335	286	178	163	120	85	147	10
721	757	747	709	633	793	715	914	753	637	524	618	705	11
29	39	35	34	36	32	34	47	50	32	47	30	46	12
64	67	62	59	74	77	74	87	55	47	31	45	49	13
227	226	246	226	181	268	261	270	226	194	170	194	234	14
182	187	172	167	138	157	132	212	191	168	107	127	153	15
710	812	714	785	832	892	1286	1109	677	631	467	431	590	16
32	39	32	56	51	44	66	63	38	33	20	22	28	17
73	75	80	75	90	111	156	105	85	55	35	37	59	18
268	319	235	255	275	293	460	398	226	220	180	171	216	19
143	154	151	191	171	196	282	239	147	136	91	70	124	20
67532	76596	79580	79018	89063	90700	66020	70517	41790	24357	21249	20268	21812	21
6437	7341	6595	7747	7998	8582	6774	9627	7047	7323	6136	6493	7210	22
60843	69020	72569	70763	80107	81074	58512	60371	34330	16509	13825	13363	14268	24
217	205	335	428	872	983	667	477	362	467	1172	362	257	24
67389	76510	79396	78700	88093	88556	64168	68876	40237	23405	20705	19814	21663	25
6399	7324	6574	7687	7751	8128	6398	9318	6732	7092	5958	6337	7152	26
60776	68977	72508	70659	79634	79747	57356	59175	33252	15879	13534	13160	14219	27
186	186	300	308	658	644	393	351	222	394	1076	281	238	28
7750	8800	8868	9131	10086	10250	7562	8720	5362	3780	3165	3283	3622	29
1998	2300	2029	2395	2434	2586	2017	2961	2132	2266	1858	2025	2268	30
5746	6495	6832	6727	7634	7648	5536	5749	3224	1505	1283	1251	1347	31
4	4	6	7	17	15	9	9	5	8	23	6	5	32
38150	42330	39919	39345	40366	41705	43216	37867	38778	44251	42180	43038	38336	33
25,4	26,9	25,1	24,4	25,0	26,2	27,6	25,2	x	27,8	26,3	27,4	25,6	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
Energie und Wasserversorgung						
1	Betriebe	Anzahl	135	137	140	140
2	Beschäftigte	Anzahl	7 059	7 180	7 152	7 209
3	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	914	924	917	920
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	129	129	128	128
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3 736	3 798	3 834	3 917
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken	Millionen kWh	344	371	394	338
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken	Millionen kWh	335	361	376	321
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾						
8	Betriebe	Anzahl	844	851	848	849
9	Beschäftigte	Anzahl	142 138	144 686	148 107	148 886
10	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	19 343	19 514	19 787	19 738
11	Entgelte	Tausend Euro	403 452	422 964	446 325	458 465
12	Umsatz	Millionen Euro	2 492	2 603	2 682	2 702
13	davon Inlandsumsatz	Millionen Euro	1 646	1 702	1 716	1 701
14	Auslandsumsatz	Millionen Euro	846	901	966	1 002
15	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2015=100	...	108,5	111,8	104,8
16	davon aus dem Inland	2015=100	...	104,5	106,1	98,6
17	aus dem Ausland	2015=100	...	116,4	122,9	116,9
18	Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	...	107,1	110,6	103,1
19	Investitionsgüterproduzenten	2015=100	...	109,4	111,7	102,7
20	Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	...	110,8	118,9	136,7
21	Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	...	112,8	124,0	125,9
22	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	168	170	175	175
23	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	136	135	134	133
24	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 838	2 923	3 014	3 079
25	Umsatz je Beschäftigten	Euro	17 534	17 998	18 109	18 151
26	Exportquote	Prozent	34,0	34,6	36,0	37,1

1) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
140	139	139	139	139	139	139	138	137	137	136	136	136	1
7 156	7 159	7 252	7 272	7 274	7 294	7 282	7 254	7 252	7 279	7 271	7 261	7 256	2
868	949	929	887	909	971	804	990	926	1 002	924	890	961	3
121	133	128	122	125	133	110	137	128	138	127	123	133	4
3 859	3 744	3 632	3 630	3 723	6 108	3 712	3 664	3 642	3 682	3 955	4 030	3 778	5
226	241	252	270	378	407	461	466	440	470	402	375	274	6
218	235	246	264	362	383	434	437	413	441	383	366	265	7
851	851	850	849	849	849	848	828	836	836	840	836	836	8
148 751	149 167	149 773	149 199	148 804	148 456	147 237	145 070	145 493	145 529	145 038	143 571	143 368	9
18 680	20 360	19 864	19 549	19 877	20 098	16 404	20 156	19 275	19 907	16 462	15 884	17 751	10
462 977	466 255	443 736	434 132	450 296	546 525	452 152	436 587	429 596	437 084	401 417	399 899	423 440	11
2 595	2 767	2 639	2 696	2 726	2 846	2 370	2 641	2 675	2 731	1 946	1 990	2 427	12
1 608	1 753	1 631	1 711	1 736	1 774	1 443	1 652	1 661	1 716	1 231	1 245	1 521	13
987	1 014	1 007	985	990	1 072	927	989	1 014	1 015	715	745	906	14
97,1	98,1	90,2	103,8	104,1	108,8	99,4	125,9	116,4	105,2	68,2	68,4	87,4	15
93,4	94,8	87,0	92,7	98,6	98,2	85,9	112,1	108,8	97,1	63,3	62,5	77,7	16
104,3	104,4	96,2	125,3	114,6	129,4	125,8	152,6	131,3	121,0	77,8	79,8	106,1	17
97,7	102,7	91,7	97,7	104,2	104,4	90,3	101,7	114,9	107,0	79,7	69,1	84,2	18
92,2	92,9	83,7	99,4	99,7	108,8	99,9	132,1	118,8	99,7	56,0	64,8	87,9	19
137,7	100,0	129,1	200,6	137,9	135,4	180,4	277,1	105,6	133,0	74,0	81,6	96,9	20
113,8	126,4	132,6	121,9	134,2	145,4	96,8	141,5	117,0	143,5	119,9	115,8	124,7	21
175	175	176	176	175	175	174	175	174	174	173	172	171	22
126	136	133	131	134	135	111	139	132	137	114	111	124	23
3 112	3 126	2 963	2 910	3 026	3 681	3 071	3 009	2 953	3 003	2 768	2 785	2 954	24
17 444	18 548	17 619	18 067	18 322	19 173	16 095	18 206	18 385	18 763	13 417	13 863	16 929	25
38,0	36,6	38,2	36,5	36,3	37,7	39,1	37,4	37,9	37,2	36,8	37,4	37,3	26

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt ^{1) 3)}					
1	Betriebe	Anzahl	532	551	525	509
2	Beschäftigte	Anzahl	22503	23431	23739	23391
3	Umsatz	Tausend Euro	776002	814066	843245	858077
	Bauhauptgewerbe ¹⁾					
4	Betriebe	Anzahl	285	290	298	290
5	Beschäftigte	Anzahl	13528	14209	14822	14649
6	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1394	1445	1457	1442
	davon für den					
7	Wohnungsbau	Tausend	163	196	194	177
8	gewerblichen Bau	Tausend	473	507	517	519
9	öffentlicher und Straßenbau	Tausend	758	742	745	746
10	Entgelte	Tausend Euro	36014	38418	41625	43378
11	Umsatz	Tausend Euro	173229	182951	194930	195742
12	Baugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	170739	180379	192891	193943
	davon					
13	Wohnungsbau	Tausend Euro	21308	25455	29209	25104
14	gewerblicher Bau	Tausend Euro	62846	63979	66790	67719
15	öffentlicher und Straßenbau	Tausend Euro	86585	90945	96892	101121
16	Auftragsingang	Tausend Euro	149980	158165	174986	179905
17	Auftragsbestand ³⁾	Tausend Euro	803223	908045	803750	1179479
18	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	47	49	50	50
19	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2662	2704	2808	2961
20	Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	12621	12695	13014	13239
	Ausbaugewerbe ^{2) 3)}					
21	Betriebe	Anzahl	247	262	227	219
22	Beschäftigte	Anzahl	8975	9223	8916	8742
23	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	3029	3084	2968	2888
24	Entgelte	Tausend Euro	64313	68393	68826	70033
25	Umsatz	Tausend Euro	256316	265212	258456	270849
26	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	247333	256014	249498	261614
27	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	36	35	39	40
28	Entgelte je Beschäftigten	Euro	7166	7416	7719	8011
29	Ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	27558	27760	27982	29925

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätige Personen

3) Quartalsangaben

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
510	.	.	508	.	.	505	.	.	522	.	.	518	1
23 521	.	.	23 627	.	.	23 260	.	.	23 217	.	.	23 230	2
858 725	.	.	942 007	.	.	1 024 238	.	.	652 523	.	.	889 469	3
289	289	289	289	288	288	287	299	298	298	295	295	295	4
14 651	14 646	14 830	14 825	14 787	14 690	14 484	14 475	14 375	14 385	14 422	14 422	14 545	5
1 497	1 730	1 632	1 604	1 640	1 602	1 107	993	1 071	1 384	1 517	1 457	1 636	6
193	197	190	198	201	185	138	133	129	162	172	181	185	7
530	611	582	553	558	591	400	385	462	536	542	515	586	8
775	922	860	853	881	826	569	475	480	687	803	762	864	9
44 090	46 476	44 679	44 327	48 164	52 451	43 142	38 900	35 934	39 896	44 041	43 730	46 902	10
206 071	226 384	211 637	221 411	229 287	242 793	210 515	112 229	128 072	181 198	187 740	200 584	217 355	11
203 861	223 984	209 753	219 264	227 285	241 262	208 686	111 255	126 825	179 804	186 133	198 939	215 423	12
29 507	29 893	27 134	25 473	27 590	30 274	20 344	13 583	16 869	22 313	21 314	22 312	23 216	13
71 806	69 699	64 926	71 829	79 112	83 579	71 868	47 441	54 391	67 394	64 052	59 335	75 353	14
102 548	124 393	117 692	121 961	120 583	127 409	116 474	50 231	55 565	90 097	100 768	117 292	116 853	15
229 004	190 999	177 971	183 478	170 709	154 699	154 327	168 878	132 700	171 071	215 283	197 220	214 356	16
1 230 740	.	.	1 192 003	.	.	1 137 406	.	.	1 229 108	.	.	1 336 410	17
51	51	51	51	51	51	50	48	48	48	49	49	49	18
3 009	3 173	3 013	2 990	3 257	3 571	2 979	2 687	2 500	2 773	3 054	3 032	3 225	19
13 914	15 293	14 144	14 790	15 371	16 424	14 408	7 686	8 823	12 499	12 906	13 794	14 811	20
220	.	.	219	.	.	217	.	.	224	.	.	223	21
8 808	.	.	8 860	.	.	8 606	.	.	8 805	.	.	8 767	22
2 915	.	.	3 025	.	.	2 847	.	.	2 884	.	.	2 918	23
69 959	.	.	69 581	.	.	74 184	.	.	69 880	.	.	71 202	24
248 270	.	.	282 576	.	.	341 642	.	.	231 024	.	.	283 790	25
239 924	.	.	273 262	.	.	330 747	.	.	222 180	.	.	274 349	26
40	.	.	40	.	.	40	.	.	39	.	.	39	27
7 943	.	.	7 853	.	.	8 620	.	.	7 936	.	.	8 122	28
27 239	.	.	30 842	.	.	38 432	.	.	25 233	.	.	31 293	29

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen ¹⁾	Anzahl	445	424	414	405
2	Wohngebäude	Anzahl	340	311	304	291
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	81 116	72 059	78 754	79 244
4	Wohnfläche	1 000 m ²	58	47	56	47
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	105	113	110	114
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	42 088	56 672	58 403	59 214
7	Nutzfläche	1 000 m ²	47	64	50	50
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	636	450	436	428
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	2 244	1 876	1 840	1 818
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	247	245	238	241
11	Wohngebäude	Anzahl	187	177	172	167
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	168	165	158	157
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	59 966	51 534	58 421	59 401
14	umbauter Raum	1 000 m ³	223	181	197	198
15	Wohnfläche	1 000 m ²	42	35	37	38
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	60	68	66	74
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	28 853	37 441	39 211	41 306
18	umbauter Raum	1 000 m ³	275	481	302	325
19	Nutzfläche	1 000 m ²	40	56	42	44
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	414	321	356	356
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 680	1 422	1 482	1 502
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
22	Ausfuhr (Spezialhandel)	Tausend Euro	1 190 475	1 263 142	1 289 111	1 292 802
Ausfuhr nach Warengruppen						
23	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	82 759	78 625	78 252	76 817
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	1 076 654	1 159 388	1 184 192	1 179 094
davon						
25	Rohstoffe	Tausend Euro	8 724	8 439	9 420	8 728
26	Halbwaren	Tausend Euro	43 965	49 410	56 746	52 324
27	Fertigwaren	Tausend Euro	1 023 965	1 101 539	1 118 026	1 118 042
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern						
28	Vereinigte Staaten	Tausend Euro	91 158	87 939	89 681	91 948
29	Frankreich	Tausend Euro	79 275	83 316	84 225	86 089
30	Ungarn	Tausend Euro	83 592	85 999	81 752	81 596
31	Volksrepublik China	Tausend Euro	68 522	74 560	78 987	70 685
32	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	77 905	77 883	78 468	88 598
33	Polen	Tausend Euro	59 700	66 687	74 386	69 561
34	Ausfuhr in EU-Länder (EU-27)	Tausend Euro	691 351	735 774	761 848	757 478
35	Einfuhr (Generalhandel)	Tausend Euro	824 730	865 637	937 744	962 624
Einfuhr nach Warengruppen						
36	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	80 426	85 597	97 903	104 827
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	686 152	717 172	729 835	767 124
davon						
38	Rohstoffe	Tausend Euro	6 408	7 657	7 486	7 017
39	Halbwaren	Tausend Euro	33 240	40 299	45 045	41 926
40	Fertigwaren	Tausend Euro	646 504	669 216	677 303	718 181
Einfuhr nach ausgewählten Ländern						
41	Volksrepublik China	Tausend Euro	94 219	87 922	86 032	91 382
42	Polen	Tausend Euro	69 309	76 199	83 569	83 317
43	Italien	Tausend Euro	59 832	63 221	71 596	68 559
44	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	70 154	78 317	71 535	99 809
45	Niederlande	Tausend Euro	62 132	68 586	68 509	69 638
46	Tschechische Republik	Tausend Euro	48 191	57 098	59 544	57 838
47	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-27)	Tausend Euro	505 324	539 759	570 635	584 338

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
400	452	480	339	387	352	409	361	408	351	447	490	415	1
271	324	349	240	257	253	293	277	305	256	319	368	325	2
70 029	67 099	75 225	56 780	74 988	84 298	81 406	84 828	97 468	113 933	95 384	93 190	91 388	3
38	38	45	38	39	48	50	42	55	58	61	49	51	4
129	128	131	99	130	99	116	84	103	95	128	122	90	5
46 176	89 372	46 595	40 490	84 075	92 618	64 973	73 057	68 411	98 695	107 992	56 055	81 454	6
37	90	32	31	62	72	46	44	75	108	130	41	32	7
313	289	380	330	333	459	457	360	583	625	553	399	494	8
1 404	1 567	1 777	1 471	1 498	1 715	1 975	1 488	2 223	2 113	2 177	1 881	1 959	9
239	279	256	186	222	208	261	213	245	219	264	280	224	10
147	190	175	135	137	146	182	157	181	150	181	196	166	11
142	184	162	125	129	133	159	143	161	133	164	182	153	12
42 821	50 298	53 754	43 736	44 147	64 131	68 877	61 754	76 126	94 784	70 943	69 226	59 381	13
131	168	169	148	155	206	229	180	245	261	275	210	187	14
25	31	31	29	28	39	43	34	43	49	50	38	35	15
92	89	81	51	85	62	79	56	64	69	83	84	58	16
33 159	59 890	26 691	24 544	61 232	70 146	47 740	38 151	48 472	94 043	89 704	35 325	62 465	17
219	531	159	150	425	452	331	222	346	1 007	952	239	199	18
36	74	26	24	56	66	38	40	55	103	126	38	28	19
194	247	262	256	289	377	404	303	442	540	482	332	308	20
1 013	1 291	1 293	1 185	1 168	1 463	1 689	1 302	1 798	1 849	1 884	1 561	1 385	21
1 344 262	1 366 243	1 216 588	1 288 195	1 396 088	1 346 157	1 062 165	1 304 631	1 370 136	1 302 260	886 400	941 589	1 176 822	22
82 590	81 547	69 841	76 227	89 295	81 764	67 299	69 443	79 288	80 182	69 042	70 269	76 066	23
1 227 266	1 256 481	1 114 827	1 169 353	1 262 142	1 223 274	961 619	1 193 730	1 250 732	1 184 010	787 552	833 512	1 037 787	24
9 921	8 437	7 331	8 365	9 992	8 187	9 351	8 640	8 286	9 508	8 420	7 470	7 148	25
50 818	57 269	43 099	55 887	53 493	49 069	38 387	45 941	51 120	55 100	44 214	45 157	51 699	26
1 166 528	1 190 775	1 064 398	1 105 101	1 198 657	1 166 017	913 881	1 139 149	1 191 327	1 119 403	734 918	780 885	978 940	27
76 714	102 800	98 237	89 763	88 985	127 678	98 466	106 210	116 636	128 156	64 994	62 363	98 801	28
96 864	89 416	64 374	86 454	92 375	88 703	61 054	84 886	87 970	74 089	52 173	65 554	86 378	29
83 845	89 966	84 695	91 037	88 854	85 306	45 781	72 055	78 126	56 730	15 672	41 281	65 061	30
67 646	84 998	74 386	68 232	81 577	71 287	67 545	68 883	59 648	65 469	67 210	77 581	72 052	31
92 374	98 802	84 379	82 253	88 112	93 560	58 768	93 571	84 017	83 696	54 965	43 738	81 221	32
76 274	64 165	65 390	64 712	70 485	60 628	53 106	63 545	67 402	66 018	46 059	44 866	57 017	33
819 876	761 692	675 846	792 367	831 807	747 823	554 396	725 650	762 867	679 615	426 037	542 077	676 000	34
953 703	1 015 997	911 780	966 581	1 033 132	1 021 376	832 847	962 590	938 334	917 875	845 240	938 677	965 681	35
113 894	112 551	101 215	106 066	93 234	95 805	102 155	107 370	104 159	114 824	130 698	107 820	126 480	36
768 848	823 154	723 193	761 347	843 358	821 725	635 874	768 321	741 266	716 324	650 476	746 610	718 627	37
7 871	6 022	7 160	7 765	6 806	7 779	5 089	6 365	6 288	6 341	6 825	6 049	5 670	38
44 279	47 997	38 084	44 811	44 527	44 060	35 319	43 284	41 890	45 891	33 405	28 224	26 731	39
716 699	769 135	677 949	708 771	792 025	769 885	595 466	718 671	693 088	664 092	610 246	712 336	686 226	40
81 946	97 537	99 694	96 969	109 190	104 918	88 476	98 054	74 005	66 236	164 566	262 864	193 353	41
88 847	90 916	79 257	78 058	94 384	87 557	65 729	77 475	75 302	71 440	53 997	59 367	70 181	42
73 203	91 031	61 641	69 779	65 269	67 228	55 627	60 364	63 979	65 632	46 923	54 647	60 147	43
94 433	102 903	88 104	98 559	120 024	110 726	91 009	116 290	115 684	96 444	94 808	81 069	58 550	44
71 879	67 475	65 564	68 259	73 130	66 841	63 267	81 119	72 572	84 736	63 956	66 659	84 187	45
58 458	59 361	57 676	57 926	64 422	65 310	55 651	53 996	56 220	52 959	38 701	39 205	48 764	46
611 493	632 857	555 378	595 352	602 114	597 985	496 608	571 669	577 611	578 580	440 894	458 890	542 725	47

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
Einzelhandel¹⁾						
1	Beschäftigte	2015=100	...	104,4	105,1	105,6
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	...	108,5	110,2	111,1
3	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	...	100,1	98,6	98,8
4	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	...	94,9	95,5	92,7
5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	...	102,9	101,7	99,1
6	Umsatz²⁾	2015=100	...	104,1	105,6	107,2
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	...	107,8	109,5	110,5
8	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	...	97,8	97,7	97,0
9	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	...	100,0	101,1	99,2
10	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	...	100,9	100,0	98,5
Gastgewerbe						
11	Beschäftigte	2015=100	...	98,1	96,3	96,9
	davon					
12	Beherbergung	2015=100	...	107,1	103,0	106,9
13	Gastronomie	2015=100	...	93,8	93,0	92,4
14	Umsatz²⁾	2015=100	...	100,3	105,9	105,2
	davon					
15	Beherbergung	2015=100	...	105,7	123,9	126,3
16	Gastronomie	2015=100	...	96,5	96,1	94,2
Fremdenverkehr (einschl. Campingplätze)						
17	Gästeankünfte	Anzahl	312 320	322 760	320 164	336 508
18	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	21 385	23 473	21 795	22 081
19	Gästeübernachtungen	Anzahl	811 544	827 271	821 537	862
20	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	48 438	51 855	47 912	52 226
Verkehr						
Kraftfahrzeuge						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge³⁾	Anzahl	6 887	7 081	6 950	7 095
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	5 571	5 776	5 576	5 670
23	Lastkraftwagen	Anzahl	737	778	805	843
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	317	243	272	278
Straßenverkehrsunfälle						
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	4 747	4 835	4 708	4 649
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	558	549	563	486
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 188	4 286	4 145	4 163
28	Getötete Personen	Anzahl	9	9	8	8
29	Verletzte Personen	Anzahl	719	720	722	627

1) ohne Handel mit Kfz

2) Preisbasis 2015

3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
105,3	105,1	105,8	106,3	106,1	107,0	107,2	107,0	106,2	106,6	106,5	106,8	107,3	1
110,6	111,1	111,4	112,1	111,4	112,6	112,9	113,0	111,9	114,5	116,1	116,1	116,2	2
100,6	99,3	99,8	99,4	98,6	98,3	97,8	112,0	111,6	112,0	110,7	110,8	111,5	3
92,9	92,5	92,5	91,5	92,5	89,3	90,5	90,7	90,6	92,0	90,3	86,7	85,8	4
98,6	97,9	98,4	99,0	98,9	98,8	98,9	97,6	98,0	98,3	97,3	98,4	98,4	5
106,4	108,9	107,4	101,1	106,5	115,5	118,1	101,9	100,7	112,0	105,9	113,8	111,1	6
109,9	110,1	112,4	100,8	109,0	119,6	126,2	104,9	105,8	121,0	119,2	120,2	112,5	7
102,2	100,5	102,7	94,5	94,9	95,9	106,4	94,0	92,2	101,6	106,6	114,0	108,4	8
106,2	106,6	103,8	103,6	101,2	98,4	91,0	92,6	89,5	96,2	91,2	97,3	98,2	9
98,5	99,3	94,6	91,5	98,5	106,1	92,3	85,0	91,2	103,6	102,2	113,9	109,0	10
99,9	100,5	100,8	101,1	96,7	97,0	95,7	92,8	93,0	87,6	70,9	75,8	79,7	11
111,0	110,3	112,3	113,4	112,1	109,7	109,0	107,1	105,1	100,1	77,5	80,7	89,3	12
95,2	96,2	95,9	95,9	90,4	91,6	90,2	86,9	87,9	82,5	68,0	73,5	75,7	13
117,9	107,4	114,8	115,7	107,7	100,1	116,4	85,4	83,8	56,5	29,5	44,2	70,9	14
145,3	127,9	139,9	148,9	135,3	113,4	139,3	95,8	98,0	57,7	18,5	34,7	78,3	15
103,7	96,6	101,7	98,9	93,5	92,8	104,4	79,6	76,2	55,2	34,2	48,1	66,6	16
418500	397664	448943	398615	371048	296446	280819	216275	233940	100968	18544	93920	217414	17
28664	37217	33568	25578	21223	17031	14323	13609	12623	4634	559	1800	6644	18
1030030	1128652	1237409	969017	971759	721350	698287	562661	632544	336220	108756	291771	574400	19
63500	87121	83790	59585	53760	44659	33494	31396	28178	13832	4355	8178	15940	20
8732	8054	7595	5587	6382	6266	6450	5620	5634	5776	3847	4871	6114	21
6995	6526	6092	4461	5202	5139	5333	4430	4480	4279	2540	3427	4453	22
942	837	892	692	766	794	754	747	607	727	535	521	666	23
338	374	300	231	154	63	79	166	273	458	419	542	599	24
4832	4724	4693	4726	4900	4755	4449	4092	3917	3325	3026	3860	4019	25
601	532	557	604	511	459	397	402	312	331	354	436	491	26
4231	4192	4136	4122	4389	4296	4052	3690	3605	2994	2672	3424	3528	27
5	5	13	9	3	7	5	10	4	5	6	5	7	28
798	663	696	785	646	587	506	546	403	416	435	541	599	29

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Verbraucherpreisindex	2015=100	100,6	102,1	103,9	105,4
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2015=100	100,9	104,1	107,2	108,2
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2015=100	102,7	105,0	108,4	111,5
4	Bekleidung und Schuhe	2015=100	100,2	101,5	103,0	104,7
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2015=100	100,1	100,9	102,1	103,5
6	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	2015=100	100,6	101,5	102,0	103,4
7	Gesundheit	2015=100	101,0	101,9	102,8	103,8
8	Verkehr	2015=100	99,3	102,5	106,3	107,7
9	Post und Telekommunikation	2015=100	98,8	97,6	96,6	96,0
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2015=100	100,9	102,3	103,9	104,6
11	Bildungswesen	2015=100	103,3	106,6	105,1	107,9
12	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	2015=100	102,8	106,1	108,1	110,6
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2015=100	102,2	102,4	103,9	107,0
Jahresteuersatzrate						
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Verbraucherpreisindex	Prozent	0,6	1,5	1,8	1,4
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Prozent	0,9	3,2	3,0	0,9
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Prozent	2,7	2,2	3,2	2,9
17	Bekleidung und Schuhe	Prozent	0,2	1,3	1,5	1,7
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	Prozent	0,1	0,8	1,2	1,4
19	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	Prozent	0,6	0,9	0,5	1,4
20	Gesundheit	Prozent	1,0	0,9	0,9	1,0
21	Verkehr	Prozent	-0,7	3,2	3,7	1,3
22	Post und Telekommunikation	Prozent	-1,2	-1,2	-1,0	-0,6
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Prozent	0,9	1,4	1,6	0,7
24	Bildungswesen	Prozent	3,3	3,2	-1,4	2,7
25	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	Prozent	2,8	3,2	1,9	2,3
26	Andere Waren und Dienstleistungen	Prozent	2,2	0,2	1,5	3,0
Baulandpreise						
27	Grundstücksarten insgesamt	Euro je m²	36,64	35,20	42,61	36,73
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m ²	43,86	41,46	50,56	49,81
29	Rohbauland	Euro je m ²	17,93	16,27	12,47	12,89
30	sonstiges Bauland	Euro je m ²	14,68	14,02	19,65	13,70
31	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2015=100	101,8	104,7	109,9	115,9

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
106,0	106,5	106,4	106,1	106,2	105,5	106,1	105,4	105,9	106,0	106,3	106,4	107,2	1
108,3	108,9	109,3	108,3	107,9	108,8	109,1	110,1	111,9	112,1	112,3	113,8	113,2	2
111,9	111,7	111,8	112,6	112,6	112,6	112,3	112,9	112,4	113,0	114,7	115,1	116,3	3
104,3	102,5	102,0	106,8	108,1	107,8	107,7	102,0	102,9	106,3	105,6	106,3	105,5	4
103,5	103,5	103,4	103,7	103,7	103,7	103,9	104,4	104,3	104,4	104,5	104,3	104,7	5
103,8	102,9	103,2	103,5	103,8	104,5	104,7	104,5	104,4	104,9	105,0	104,7	104,7	6
104,1	103,9	103,9	104,0	104,1	104,0	104,0	104,1	104,6	104,6	104,8	105,1	105,2	7
108,9	109,3	109,0	107,8	107,9	108,1	108,1	108,7	108,5	107,0	105,0	104,3	105,7	8
95,5	95,8	95,8	95,9	95,9	95,9	95,9	96,0	96,0	95,8	95,7	95,5	95,5	9
108,0	112,2	111,4	108,2	107,7	99,9	104,3	97,8	100,2	100,5	104,1	103,9	108,0	10
108,2	108,2	108,4	108,7	108,9	109,2	109,1	108,7	108,5	108,7	109,1	108,9	109,0	11
111,2	111,2	111,0	110,8	111,1	111,5	111,9	112,1	112,3	112,6	113,0	113,3	113,1	12
106,4	107,4	107,7	107,9	109,1	109,2	109,1	108,4	108,6	108,5	109,3	109,8	110,7	13
1,8	1,7	1,6	1,1	1,0	1,1	1,5	1,8	2,0	1,7	1,1	0,9	1,1	14
1,4	1,8	2,8	0,3	0,5	1,4	1,5	2,5	3,4	4,3	5,0	5,4	4,5	15
2,2	2,8	2,7	3,2	2,5	2,7	3,1	2,9	2,1	2,4	3,1	3,2	3,9	16
1,4	4,3	2,3	1,5	1,7	1,4	3,3	1,2	1,7	3,1		0,5	1,2	17
1,5	1,5	1,3	1,1	0,8	0,7	1,1	1,4	1,3	1,2	1,0	0,7	1,2	18
1,8	1,0	1,2	1,5	1,8	2,3	2,1	1,9	1,4	2,2	1,9	1,7	0,9	19
1,3	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,5	0,8	0,8	1,0	1,1	20
2,1	1,9	1,6	0,3	-0,6	-0,9	0,1	3,0	3,1	0,9	-2,4	-4,1	-2,9	21
-1,2	-0,8	-0,6	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,3	-0,4	-0,5	-0,5	-0,3	0,0	22
2,6	0,9	0,0	0,5	0,5	0,4	1,5	0,9	1,3	0,3	0,2	0,1	0,0	23
2,8	2,8	2,7	2,9	3,1	3,9	3,8	2,7	2,6	2,4	0,8	0,6	0,7	24
2,9	2,8	2,4	2,0	2,6	2,6	2,2	2,7	2,7	2,6	2,8	2,7	1,7	25
2,6	3,2	3,6	3,6	4,3	4,4	4,4	3,1	3,1	3,0	3,5	3,6	4,0	26
39,47	.	.	36,92	.	.	32,11	.	.	37,68	27
46,43	.	.	57,65	.	.	48,38	.	.	47,18	28
8,40	.	.	8,05	.	.	12,57	.	.	19,19	29
13,00	.	.	13,72	.	.	12,44	.	.	13,73	30
.	.	116,6	.	.	116,9	.	.	118,1	.	.	119,2	.	31

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Monatsdurchschnitt			
	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer (ohne Sonderzahlungen)					
	<i>Insgesamt vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>					
1	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	2918	2982	3095	3170
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	2787	2851	2964	2999
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	3329	3457	3588	3737
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	2795	2859	2992	2999
5	Energieversorgung	Euro	3856	3920	4077	4251
6	Baugewerbe	Euro	2611	2692	2688	2834
7	Dienstleistungsbereich	Euro	3019	3079	3194	3305
8	Handel ¹⁾	Euro	2440	2533	2625	2711
9	Gastgewerbe	Euro	1968	2003	2119	2205
10	Verkehr und Lagerei	Euro	2541	2482	2679	2817
11	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	3955	4030	4334	4140
12	Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	2814	2855	3060	3150
13	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	3556	3668	3743	3880
14	Erziehung und Unterricht	Euro	4259	4169	4308	4433
15	Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	3609	3581	3670	3691
16	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	2528	2701	2727	2933
	<i>Insgesamt teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>					
17	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	1923	1958	2018	2129
	davon					
18	Produzierendes Gewerbe	Euro	1605	1756	1859	1944
19	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	Euro	/	/	/	/
20	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	1610	1765	1876	1978
21	Energieversorgung	Euro	2475	2469	2685	2932
22	Baugewerbe	Euro	1431	1587	1566	1531
23	Dienstleistungsbereich	Euro	1967	1983	2037	2151
24	Handel ¹⁾	Euro	1450	1525	1485	1568
25	Gastgewerbe	Euro	1130	1218	1280	1329
26	Verkehr und Lagerei	Euro	1759	/	1714	/
27	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	2610	2593	2858	2860
28	Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	/	/	/	/
29	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	2727	2832	2884	3040
30	Erziehung und Unterricht	Euro	2577	2539	2628	2747
31	Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	2121	2152	2192	2308
32	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	1613	1795	1902	1813

1) einschl. Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
3161	.	.	3209	.	.	3214	.	.	3207	.	.	3097	1
3000	.	.	3033	.	.	3043	.	.	2971	.	.	2798	2
3756	.	.	3717	.	.	3786	.	.	3944	.	.	3957	3
2990	.	.	3019	.	.	3033	.	.	3001	.	.	2708	4
4281	.	.	4259	.	.	4302	.	.	4313	.	.	4285	5
2875	.	.	2924	.	.	2919	.	.	2659	.	.	2927	6
3288	.	.	3349	.	.	3349	.	.	3399	.	.	3338	7
2702	.	.	2708	.	.	2733	.	.	2723	.	.	2601	8
2215	.	.	2208	.	.	2225	.	.	2136	.	.	1443	9
2760	.	.	2887	.	.	2913	.	.	2815	.	.	2757	10
4164	.	.	4143	.	.	4161	.	.	4268	.	.	4211	11
3155	.	.	3184	.	.	3154	.	.	2901	.	.	2933	12
3871	.	.	3980	.	.	3894	.	.	3960	.	.	3973	13
4422	.	.	4547	.	.	4450	.	.	4535	.	.	4487	14
3689	.	.	3694	.	.	3759	.	.	3756	.	.	3779	15
2966	.	.	2969	.	.	2992	.	.	2984	.	.	2856	16
2124	.	.	2149	.	.	2168	.	.	2176	.	.	2142	17
1956	.	.	1948	.	.	1967	.	.	1920	.	.	1803	18
/	.	.	/	.	.	/	.	.	/	.	.	/	19
1990	.	.	1983	.	.	1996	.	.	1949	.	.	1803	20
2932	.	.	2896	.	.	3028	.	.	2972	.	.	2877	21
1547	.	.	1540	.	.	1556	.	.	1568	.	.	1555	22
2143	.	.	2173	.	.	2192	.	.	2207	.	.	2180	23
1552	.	.	1579	.	.	1606	.	.	1616	.	.	1550	24
1362	.	.	1333	.	.	1323	.	.	1253	.	.	969	25
/	.	.	1878	.	.	1872	.	.	1852	.	.	2067	26
2871	.	.	2883	.	.	2904	.	.	2964	.	.	2890	27
/	.	.	/	.	.	/	.	.	2247	.	.	2047	28
3049	.	.	3093	.	.	3054	.	.	3106	.	.	3120	29
2766	.	.	2786	.	.	2759	.	.	2776	.	.	2757	30
2289	.	.	2324	.	.	2358	.	.	2386	.	.	2407	31
1807	.	.	1849	.	.	1852	.	.	1859	.	.	1779	32

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5 309	5 358	5 504	5 801
2	je Einwohner	Euro	2 457	2 488	2 566	2 714
	darunter					
3	Personalausgaben	Millionen Euro	1 492	1 502	1 548	1 605
4	je Einwohner	Euro	690	698	721	751
5	Laufender Sachaufwand	Millionen Euro	959	974	997	1 054
6	je Einwohner	Euro	444	452	465	493
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Millionen Euro	2 843	2 870	2 917	2 990
8	je Einwohner	Euro	1 316	1 333	1 360	1 399
9	Sachinvestitionen	Millionen Euro	534	600	667	779
10	je Einwohner	Euro	247	279	311	364
	davon					
11	Baumaßnahmen	Millionen Euro	449	496	551	641
12	je Einwohner	Euro	208	230	257	300
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Millionen Euro	85	104	116	138
14	je Einwohner	Euro	39	48	54	64
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5 435	5 526	5 826	5 979
16	je Einwohner	Euro	2 515	2 566	2 715	2 797
	darunter					
17	Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen	Millionen Euro	1 573	1 685	1 807	1 838
18	je Einwohner	Euro	728	782	842	860
	darunter					
19	Grundsteuer A und B	Millionen Euro	242	243	246	248
20	je Einwohner	Euro	112	113	115	116
21	Gewerbesteuer (netto)	Millionen Euro	656	693	764	743
22	je Einwohner	Euro	304	322	356	348
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Millionen Euro	555	606	622	655
24	je Einwohner	Euro	257	281	290	307
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Millionen Euro	100	122	153	170
26	je Einwohner	Euro	46	56	71	79
27	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Millionen Euro	682	689	686	701
28	je Einwohner	Euro	316	320	320	328
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Millionen Euro	3 439	3 412	3 520	3 592
30	je Einwohner ²⁾	Euro	1 591	1 584	1 641	1 681
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen ³⁾	Millionen Euro	291	346	433	501
32	je Einwohner ³⁾	Euro	135	161	202	234
33	Finanzierungssaldo	Millionen Euro	125	168	322	178
34	je Einwohner	Euro	58	78	150	83
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ⁴⁾	Millionen Euro	1 759	1 616	1 497	1 423
36	je Einwohner ⁴⁾	Euro	814	751	698	666

1) Angaben kumulativ

2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich

3) ab IV/2011 ohne Beiträge und ähnliche Entgelte

4) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden; ohne Kassenkredit

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
2662	.	.	4105	.	.	5801	.	.	1389	.	.	2782	1
1241	.	.	1913	.	.	2714	.	.	650	.	.	1302	2
743	.	.	1128	.	.	1605	.	.	389	.	.	777	3
346	.	.	526	.	.	751	.	.	182	.	.	363	4
482	.	.	746	.	.	1054	.	.	251	.	.	493	5
225	.	.	348	.	.	493	.	.	118	.	.	231	6
1472	.	.	2227	.	.	2990	.	.	751	.	.	1505	7
686	.	.	1038	.	.	1399	.	.	351	.	.	704	8
273	.	.	473	.	.	779	.	.	155	.	.	336	9
127	.	.	220	.	.	364	.	.	73	.	.	157	10
218	.	.	390	.	.	641	.	.	122	.	.	270	11
101	.	.	182	.	.	300	.	.	57	.	.	127	12
55	.	.	82	.	.	138	.	.	33	.	.	66	13
26	.	.	38	.	.	64	.	.	15	.	.	31	14
2654	.	.	4080	.	.	5979	.	.	1278	.	.	3142	15
1237	.	.	1901	.	.	2797	.	.	598	.	.	1470	16
754	.	.	1194	.	.	1838	.	.	259	.	.	703	17
352	.	.	556	.	.	860	.	.	121	.	.	329	18
126	.	.	195	.	.	248	.	.	58	.	.	127	19
59	.	.	91	.	.	116	.	.	27	.	.	59	20
400	.	.	577	.	.	743	.	.	197	.	.	331	21
186	.	.	269	.	.	348	.	.	92	.	.	155	22
173	.	.	320	.	.	655	.	.	-5	.	.	181	23
81	.	.	149	.	.	307	.	.	-2	.	.	85	24
44	.	.	85	.	.	170	.	.	3	.	.	54	25
21	.	.	39	.	.	79	.	.	1	.	.	25	26
320	.	.	511	.	.	701	.	.	159	.	.	294	27
149	.	.	238	.	.	328	.	.	75	.	.	138	28
1707	.	.	2595	.	.	3592	.	.	831	.	.	2181	29
796	.	.	1210	.	.	1681	.	.	389	.	.	1020	30
185	.	.	259	.	.	501	.	.	176	.	.	274	31
86	.	.	121	.	.	234	.	.	82	.	.	128	32
-8	.	.	-25	.	.	178	.	.	-111	.	.	360	33
-4	.	.	-12	.	.	83	.	.	-52	.	.	168	34
1439	.	.	1429	.	.	1423	.	.	1403	.	.	1368	35
671	.	.	666	.	.	666	.	.	657	.	.	640	36

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2016	2017	2018	2019
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Millionen Euro	30957	33079	34108	34540
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Millionen Euro	1393	1405	1312	1292
3	mittelfristige Kredite	Millionen Euro	1689	1668	1661	1767
4	langfristige Kredite	Millionen Euro	27875	30006	31135	31481
5	darunter an inländische Nichtbanken	Millionen Euro	30542	32597	33528	34023
	davon					
6	Unternehmen	Millionen Euro	11002	12125	12791	13151
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	4124	4893	5031	4915
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	10499	11366	11767	12219
9	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	4917	4213	3939	3738
10	Einlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	38766	40185	41716	43306
	davon					
11	Sichteinlagen	Millionen Euro	22323	23923	25888	27771
12	Termineinlagen	Millionen Euro	2343	2227	1985	1854
13	Sparbriefe	Millionen Euro	1165	1004	824	750
14	Spareinlagen	Millionen Euro	12935	13031	13019	12931
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Millionen Euro	38612	40062	41593	43166
	davon					
16	Unternehmen	Millionen Euro	7112	7503	7543	7732
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	3226	3239	3472	3681
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	26277	27479	28531	29719
19	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	1997	1841	2047	2034
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	686	664	653	624
21	Zinsgutschriften	Millionen Euro	32	27	22	21
22	Lastschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	685	655	604	693
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	12935	13031	13019	12931
	darunter bei					
24	Großbanken	Millionen Euro	1383	1369	1935	2006
25	Sparkassen	Millionen Euro	8501	8490	8570	8580
26	Kreditgenossenschaften	Millionen Euro	2394	2507	2403	2229
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	2848	2646	2489	2209
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	339	323	329	221
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	54	36	47	35
30	Baugewerbe	Anzahl	66	55	63	39
31	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Anzahl	62	55	44	24
32	Gastgewerbe	Anzahl	36	37	28	20
33	übrige Schuldner	Anzahl	2509	2323	2160	1988
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	9	13	15	13
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	534	405	374	381
36	Verbraucher	Anzahl	1822	1746	1595	1440
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	2547	2350	2661	2020
38	mangels Masse abwesene Verfahren	Anzahl	258	247	188	157
39	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Anzahl	43	49	40	32
40	Voraussichtliche Forderungen	Tausend Euro	361076	461839	291711	506843
41	Beschäftigte	Anzahl	1609	2284	3298	2905

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

2) am Jahres- bzw. Monatsende

3) Umsätze im Quartal; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

ZAHLENSPIEGEL

2019							2020						Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
34 624	.	.	34 889	.	.	34 540	.	.	35 331	.	.	35 734	1
1 434	.	.	1 465	.	.	1 292	.	.	1 388	.	.	1 247	2
1 754	.	.	1 822	.	.	1 767	.	.	1 844	.	.	1 926	3
31 436	.	.	31 602	.	.	31 481	.	.	32 099	.	.	32 561	4
34 062	.	.	34 424	.	.	34 023	.	.	34 846	.	.	35 147	5
13 160	.	.	13 342	.	.	13 151	.	.	13 661	.	.	13 937	6
5 027	.	.	5 033	.	.	4 915	.	.	5 022	.	.	4 893	7
12 049	.	.	12 226	.	.	12 219	.	.	12 454	.	.	12 683	8
3 826	.	.	3 823	.	.	3 738	.	.	3 709	.	.	3 634	9
42 217	.	.	42 887	.	.	43 306	.	.	43 760	.	.	45 056	10
26 249	.	.	26 930	.	.	27 771	.	.	27 912	.	.	29 386	11
1 967	.	.	1 995	.	.	1 854	.	.	2 008	.	.	1 835	12
781	.	.	772	.	.	750	.	.	778	.	.	772	13
13 220	.	.	13 190	.	.	12 931	.	.	13 062	.	.	13 063	14
42 091	.	.	42 752	.	.	43 166	.	.	43 618	.	.	44 915	15
7 292	.	.	7 714	.	.	7 732	.	.	7 618	.	.	7 879	16
3 532	.	.	3 616	.	.	3 681	.	.	3 729	.	.	3 827	17
29 344	.	.	29 536	.	.	29 719	.	.	30 220	.	.	30 950	18
1 923	.	.	1 886	.	.	2 034	.	.	2 051	.	.	2 259	19
644	.	.	618	.	.	624	.	.	666	.	.	561	20
6	.	.	6	.	.	21	.	.	6	.	.	5	21
608	.	.	650	.	.	693	.	.	757	.	.	562	22
13 220	.	.	13 190	.	.	12 931	.	.	13 062	.	.	13 063	23
2 067	.	.	2 033	.	.	2 006	.	.	1 991	.	.	2 204	24
8 615	.	.	8 605	.	.	8 580	.	.	8 532	.	.	8 531	25
2 424	.	.	2 435	.	.	2 229	.	.	2 424	.	.	2 414	26
177	226	206	141	179	165	149	224	139	149	111	199	214	27
20	18	21	15	11	19	17	25	12	24	17	23	18	28
2	1	4	5	5	1	3	2	4	3	1	6	1	29
3	3	5	4	-	4	4	4	1	5	3	2	5	30
5	1	2	1	1	1	2	3	-	4	4	3	2	31
1	1	2	1	1	1	-	3	3	3	2	3	2	32
157	208	185	126	168	146	132	199	127	125	94	176	196	33
-	1	4	1	1	1	-	-	-	-	-	1	-	34
29	30	33	32	23	33	30	23	25	13	28	24	28	35
117	165	138	83	131	101	90	154	94	100	58	129	138	36
161	211	193	124	168	148	137	202	130	137	94	179	196	37
12	12	11	14	9	16	10	15	6	9	15	17	15	38
4	3	2	3	2	1	2	7	3	3	2	3	3	39
14 848	16 190	49 102	14 858	9 525	24 041	13 725	14 602	22 962	143 788	10 302	49 092	26 235	40
111	77	161	137	54	51	130	101	166	784	53	394	182	41

Veröffentlichungen im August 2020

Titel	Periodizität	Bestellnummer	Preis in Euro
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Januar 2019 – Mai 2020 nach Wirtschaftszweigen	m	05 101	5,00
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Januar 2019 – Juni 2020 nach Wirtschaftszweigen	m	05 101	5,00
Baugenehmigungen Juni 2020	m	06 207	5,00
Gäste und Übernachtungen März 2020 Vorläufige Ergebnisse	m	07 401	6,25
Gäste und Übernachtungen April 2020 Vorläufige Ergebnisse	m	07 401	6,25
Gäste und Übernachtungen Mai 2020 Vorläufige Ergebnisse	m	07 401	6,25
Verbraucherpreisindex Juli 2020	m	12 101	6,25
Statistisches Monatsheft Juli 2020	m	40 301	5,00
Aktuelle Zahlen in Zeiten der Corona-Pandemie 2020, Ausgabe: August 2020	m	41 027	0,00
Ergebnisse der tierischen Erzeugung 1.1. – 30.6.2020	vj	03 305	3,75
Verdienste 1. Vierteljahr 2020	vj	13 106	6,25
Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalt und Familie 2019 nach Kreisen Ergebnis des Mikrozensus	j	01 110	5,00
Schweinebestand am 3. Mai 2020 Endgültige Ergebnisse	j	03 313	2,50
Straßenverkehrsunfälle Juni 2020 Vorläufige Ergebnisse	j	08 102	6,25
Jahresbericht der Straßenverkehrsunfälle 2019	j	08 103	6,25
Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften am 31.12.2019	j	11 301	7,50
Kaufwerte für Bauland 2019	j	12 103	3,75
Real- und Nominallohnindex 2019	j	13 107	3,75
Faltblatt Bevölkerung, Ausgabe 2020	j	80 107	0,00
Ernte- und Betriebsberichterstattung - Feldfrüchte und Grünland 2020, Stand Juli	u	03 204	1,25
Ernte- und Betriebsberichterstattung - Obst im Marktobstbau 2020, Stand: Juli	u	03 209	1,25
Landtagswahl am 27. Oktober 2019 Repräsentative Wahlstatistik für Frauen und Männer nach Altersgruppen	5j	29 416	7,50

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; hj - halbjährlich; j - jährlich; u - unregelmäßig; 5j - 5jährlich

